

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



3 / 2011

Religionen im politischen Diskurs



Religion hat Konjunktur: In Zeiten von technologischem Fortschritt und Wertewandel besinnen sich die Menschen wieder auf Christentum, Islam und Judentum. Doch Glauben kann auch ein Sprengsatz sein für Intoleranz, Gewalt, Verfolgung und Vernichtung. Über dieses gespannte Verhältnis diskutierten im Rahmen der Europäischen Wochen beim 14. Passauer Tetralog im vollbesetzten Audimax der Universität Passau: (v.l.) Akademiedirektor und Leiter Heinrich Oberreuter; Joachim Gauck, Schirmherr der Europäischen Wochen 2011, erster Leiter der nach ihm benannten Stasi-Unterlagenbehörde, Bundespräsidentkandidat 2010 und Vorsitzender der Vereinigung „Gegen Vergessen – für Demokratie“; der Islamwissenschaftler Bassam Tibi; der israelische Diplomat und Publizist Avi Primor und Hans Maier, früherer bayerischer Kultusminister und ehemaliger Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Foto: T. Scholz

Siehe Seite 3-4

Hamm-Brücher-Preis für Heinz Buschkowsky

Aus den Händen von Hildegard Hamm-Brücher erhielt der Bürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky (SPD) den von ihr gestifteten „Förderpreis für Demokratie lernen und erfahren 2011“. Gewürdigt wurden damit seine Verdienste um Bildung und Integration in seinem Bezirk.

Heinz Buschkowsky

Siehe Seite 5

Ursula Münch als neue Direktorin vorgeschlagen

Erstmals in der über 50-jährigen Geschichte der Akademie wird voraussichtlich eine Frau (ab 1. November 2011) das Direktorenamt übernehmen. Die Münchner Politikwissenschaftlerin Ursula Münch setzte sich in einer spannenden Wahl gegen ihren zuletzt verbliebenen Mitbewerber Roland Sturm von der Universität Erlangen-Nürnberg durch.



Ursula Münch

Erst nach zwei Sitzungen und fünf Wahlgängen gab es im Kuratorium die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder. Adressat des Vorschlags ist die Staatsregierung, bei der das Recht zur Ernennung (auf sechs Jahre) liegt.

Die verheiratete Mutter von zwei Kindern ist seit 1999 Professorin für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr in München.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>14. Passauer Tetralog:</i>	
Religionen im Diskurs – À Dieu	3
Integration und Bildung als Lebensaufgabe	5
Die Akademie fest in Schülerhand	6
Die gesellschaftliche Mitte in der Krise	7
Regieren unter Druck	9
Politik – Getriebener oder Gestalter?	12
Neue Ansätze zur Erklärung wirtschaftlichen Verhaltens	15
Behindert? – Politisch aktiv!	18
Gibt es ein Recht auf Oper?	20
Die Zukunft der Verwaltung	22
Das Elend der öffentlichen Haushalte	24
<i>Akademiegespräch im Landtag:</i>	
Von der Revolte zur neuen Ordnung?	25
24 Positionen zu Kunst und Politik	26
Iran – alte Hochkultur mit Atomprogramm	27
Panzer gegen Statuen	30
Bilder von Leid und Tod	33
Nachgefragt in Europa	36
Der „Unvermeidliche“ lädt – die Gäste kommen in Scharen	38
Bilanz und Auftrag	38
Hans Maier: Ein Mann des Maßes	40
Waldemar von Knoeringen: Geistiger Vater der Akademie	42
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	43
Pressespiegel	45
Themen – Tagungen – Termine	47
Namen und Nachrichten	52

Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:

K. Heinz **Eisfeld**

Kollegium:

Dr. Saskia **Hieber**, Dozentin
Internationale Politik

Dr. Ondrej **Kalina**
Pers. Referent des Direktors
Europäische Integration
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Gero **Kellermann**, Dozent
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Stefan **Köppel**
Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent
Medien und Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Michael **Spieker**
Ethische und theoretische
Grundlagen der Politik

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Online-Redaktion:

Sebastian Haas

Organisationsreferat:

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich Oberreuter
(verantw.)

Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:
Dinauer GmbH
Lindberghstraße 4 82178 Puchheim

Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

Religionen im Diskurs – À Dieu

Ein Titel, zwei Botschaften: „À Dieu“ lautete das Motto der Passauer Europäischen Wochen (EW) 2011 – einerseits Festspiele mit Bezug zur Spiritualität und Religiosität in herausfordernden Zeiten, andererseits die letzte Saison des Intendanten Pankraz Freiherr von Freyberg. In diesem Kontext hatte sich Akademiedirektor Heinrich Oberreuter für den 14. Passauer Tetralog mit „Religionen im politischen und gesellschaftlichen Diskurs“ ein sehr aktuelles und strittiges Thema ausgesucht.

Denn Religion hat Konjunktur: In Zeiten von technologischem Fortschritt und Wertewandel besinnen sich die Menschen wieder auf Christentum, Islam und Judentum. Doch Glauben kann auch ein Sprengsatz sein für Intoleranz, Ge-



Hans Maier hofft auf einen „Weltfriedenspakt der Religionen“

Fotos: Toni Scholz

walt, Verfolgung und Vernichtung. Über dieses gespannte Verhältnis diskutierten im Audimax der Universität Passau: Hans Maier, früherer bayerischer Kultusminister und ehemaliger Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken; Joachim Gauck, Schirmherr der Europäischen Wochen 2011, erster Leiter der nach ihm benannten Stasi-Unterlagenbehörde, Bundespräsidentkandidat 2010 und Vorsitzender der Vereinigung gegen Vergessen/für Demokratie; der

israelische Diplomat und Publizist Avi Primor und der Politik- und Islamwissenschaftler Bassam Tibi.

Das Audimax der Universität Passau war voll besetzt. 650 Gäste waren zum Tetralog gekommen – das hat es in seiner Geschichte noch nicht gegeben. Zur Einführung mahnte EW-Intendant von Freyberg: „Es liegt an uns, uns auf die positiven Impulse unserer christlichen Kultur zu besinnen, ohne den Dialog mit Mitgliedern anderer Religionsgemeinschaften zu verringern.“ Oder wie es Heinrich Oberreuter ausdrückte: „Man streitet nicht über Gott mit der Waffe in der Hand.“

Problem Integration

Doch wie sieht es mit der gesellschaftlichen und politischen Integration der Religionen aus? Zum Beispiel in Deutschland, wo gut 60 Millionen Christen leben, aber auch fünf Millionen Muslime und 130 000 Personen jüdischen Glaubens? Sollen deshalb nur noch Fortschritt und Freiheit zählen, die alten ethischen und religiösen Wertorientierungen aber nicht mehr?

Hans Maier begann mit einer logischen, aber dennoch überraschenden Feststellung: In Zeiten der Globalisierung rücken auch die Religionen enger zusammen. Muslime, Christen und Ju-

den versuchen zusammen zu leben, suchen nach Gemeinsamkeiten, finden aber meist nur die Unterschiede. Nichtsdestotrotz hoffe er im aufgeklärten 21. Jahrhundert auf einen „Weltfriedenspakt der Religionen“.

Mit der Integrationsfähigkeit der Religionen beschäftigt sich Bassam Tibi schon lange. Er selbst ist (wie der Großteil der gut 1,7 Milliarden Muslime weltweit) in dem Glauben aufgewachsen, die einzig wahre Religion sei der Islam, und Muslime dürften nur kurze Zeit außerhalb islamischer Regionen leben. Die Realität aber sieht anders aus. Millionen Muslime leben als Minderheiten in Indien, in Europa, und sie passen sich den Gegebenheiten

„Man streitet nicht über Gott mit der Waffe in der Hand.“

Heinrich Oberreuter

ten dort an. „Wenn Ihnen also ein Muslim erklärt: Die einzige Wahrheit ist der Islam. Dann sollten Sie fragen: Welcher Islam? Denn es gibt genauso wenig einen Islam wie es ein Christentum gibt“, sagte Tibi. Wir streiten nicht einfach mit Moslems, sondern mit Sunniten, Reform-Muslimen, Schiiten, weniger Gläubigen oder stark Gläubigen. Der Frieden zwischen allen Religionen – und hier stieß er auf breite Zustimmung – sei nur auf dem Fundament von Respekt und Dialogbereitschaft möglich.

Respekt und Dialogbereitschaft – die vermisst Avi Primor bei einigen seiner jüdischen Glaubensgenossen. Zwar habe das Judentum keinen Ehrgeiz, andere Religionen zu bekehren. Doch da die Religion eng an den Begriff der Nation geknüpft ist, tun sich Probleme auf. Das „auserwählte Volk“ hält sich an viele Gebote, hat viele Prüfungen bestanden, ist durch das Leiden



ein Vorbild für die anderen – und wartet auf die Erfüllung der Verheißung im eigenen Land Israel. An dieser Stelle höre die Toleranz für strenggläubige Juden auf, sie pochten auf den Siedlungsbau in den Nachbarstaaten. Primor gab aber zu bedenken, dass der Großteil seiner Landsleute ein gänzlich unreligiöses Leben führt (also nicht anders als bei uns). Außerdem hätten sich die gläubigen Juden außerhalb Israels meist in liberalen Reformkirchen zusammengeschlossen.

Konflikte und Toleranz

Da wurde es Zeit für Joachim Gauck, sich in die Diskussion einzuschalten. Er erinnerte an die vielen fundamentalistischen Christen auf dieser Welt: „Aus reiner Angst verbannen sie den



Joachim Gauck: Kirchen waren in der DDR Orte der Orientierung und Toleranz

Zweifel in sich, puppen sich ein in ihrer Welt, reflektieren nicht.“ Für sie – aber auch für viele andere – sei die Bindung an die Religion stärker als die an den Staat.

Ein Beispiel kennt Gauck aus eigener Erfahrung: Zu Zeiten des Sozialismus war die Religion quasi abgeschafft, es galten andere Heilsversprechen, Abermillionen litten. Und wo sammelte sich der Protest? In den Kirchen. Denn sie waren Orte der Orientierung, der Anerkennung des Individuums, Orte der lebendigen Religiosität und der Toleranz. „Toleranz bedeutet: Die Werte des anderen achten, auch wenn

man sie niemals selbst für sich übernehmen würde. Und das brauchen wir auch heute. Wir verlieren etwas, wenn wir glauben, die Moderne sei areligiös“, meinte Gauck.



Wies auf die Vielfalt des Islam hin: Bassam Tibi

Die Toleranz zwischen den Religionen in Europa sei gewachsen, erklärte Hans Maier. Doch erkennt der ehemalige bayerische Kultusminister auch viele Grenzen im Zusammenleben und machte dies deutlich an Beispielen wie Religionsunterricht oder Religionswechsel – Letzterer ist noch nicht als allgemeines Menschenrecht anerkannt. „Der Weg eines Muslims hin zum Christentum ist geradezu gefährlich“, meinte Maier. Auch wies er auf „einige provokante und auch beleidigende Sätze in den Heiligen Schriften von Muslimen, Christen und Juden“ hin. Solche Überlieferungen nicht zu zerstören, aber immer wieder neu zur Diskussion zu stellen, könne den gegenseitigen Respekt nur steigern.

Gegenseitiger Respekt

Respekt vor der Religiosität des Einzelnen und das Ende der „Tyrannei der öffentlichen Meinung“ – das forderte auch Bassam Tibi von jeder Religion. „Glaubensfreiheit ist das Recht auf Vielfalt im Glauben, selbst wenn ich ihn nicht praktiziere“, sagte Tibi. Er selbst sieht sich als ein Gründervater des sogenannten Euro-Islam, der

sich fünf Punkten verpflichtet sieht: Demokratie, ein säkulares öffentliches Leben, Menschenrechte, Pluralismus und Zivilgesellschaft. Klingt gut, nur hat der Euro-Islam ein Problem: Er ist in unseren Kreisen noch immer nicht heimisch und auch nicht an der deutschen Islamkonferenz beteiligt.



Avi Primor: Toleranz hört bei strenggläubigen Juden auf

Die Beziehungen zwischen Christen und Juden thematisierte zum Abschluss Avi Primor. Der 75-Jährige erzählte: „Wir alle sind mit sehr vielen Vorurteilen aufgewachsen. Ich konnte

„Glaubensfreiheit ist das Recht auf Vielfalt im Glauben, selbst wenn ich ihn nicht praktiziere“

Bassam Tibi

zum Beispiel in meiner Jugend keine Kirche ohne Gefühle von Angst und Beklommenheit betreten.“ Auch heute gebe es noch Kreise, in denen sich an den Empfindungen nichts verändert habe und Verkrampfung in den Beziehungen herrscht. Aber für den großen Teil von Juden und Christen sei das Verhältnis heute frei und entspannt. ■

Sebastian Haas

(Siehe Presseschau Seite 46)

Integration und Bildung als Lebensaufgabe

Neuköllner Bürgermeister Heinz Buschkowsky erhielt Hamm-Brücher-Preis

Bildung führt zu Integration, Integration zu Teilhabe, Teilhabe zu Wohlstand – das ist die Losung von Heinz Buschkowsky (SPD), dem Bürgermeister von Berlin-Neukölln. „Wir in Neukölln glauben nicht an natürliche Verwahrlosung. Wir tun etwas, auch wenn die Politik sonst stockt. Denn jeder hat einen Platz in unserer Gesellschaft verdient.“ Mit diesen Worten bedankte er sich für die Auszeichnung mit dem „Hildegard-Hamm-Brücher-Förderpreis für Demokratie lernen und erfahren 2011“. Der 62-Jährige erhielt ihn aus den Händen der großen alten Dame des Liberalismus für seine konsequente, pragmatische und konstruktive Bildungspolitik.

Buschkowsky packt an. Unter seiner Förderung entwickelten sich Problemschulen wie der Rütli-Campus zu Zentren von Integration, Anerkennung und demokratischer Schulung. In diesem Jahr, so erklärte ein sichtlich stol-

kümmern als gar nicht, meinte der Berliner Bezirksbürgermeister und riet den Anwesenden in der Akademie, auch in ihrer Umgebung genau hinzusehen: „Es gibt viele Neuköllns in Deutschland.“ Dort ist er gerade dabei, gleiche Chan-



Heinz Buschkowsky freute sich sichtlich über den Hamm-Brücher-Preis
Fotos: Haas



Preisstifterin Hildegard Hamm-Brücher ließ ihr politisches Leben Revue passieren

zer Bürgermeister, verlassen alle Schüler die einstige Problemschule mit Abschluss; 2006 seien es nur drei von vier gewesen.

Er reißt den Mund weit auf. Er ist eine fröhlich-frotzelnde Flitzpiepe. Er provoziert. Er kritisiert. Er kämpft für einen starken Staat. „Denn nur ein starker Staat kann sich um die Schwachen kümmern.“ Wenn ein starker Staat bedeutet, Schwänzer auch mal mit der Polizei in die Schule zu holen, um so Kriminalität im Ansatz zu bekämpfen – warum denn nicht? Besser so

cen für alle zu schaffen und die immer gleichen Gedanken an Herkunft und Religion der Mitmenschen in den Hintergrund zu rücken.

Ausgezeichnete Schulen

Zwei Projekte erhielten ebenfalls eine Auszeichnung aus den Händen von Hildegard Hamm-Brücher: „Interkulturelles Lernen – damit Bildung gelingt“ von der Theodor-Heuss-Schule Offenbach und „Auf Augenhöhe“ der Be-

rufsschule 1 Augsburg. Akademiedirektor Heinrich Oberreuter drückte in seinem Grußwort seinen Respekt und seine Dankbarkeit für das Engagement von Schülern und Lehrern aus: „Die Demokratie bietet viel Schönes, aber auch viel Schutt. Wer sich mit beiden Seiten auseinandersetzt, verdient jede Unterstützung.“

Am Ende der Veranstaltung stand die Stifterin des Preises im Mittelpunkt. Die 90-Jährige Hildegard Hamm-Brücher kam selbst aufs Podium, um im Gespräch ihr Leben Revue passieren zu lassen. Besonderes Interesse fand dabei ihr „seltsames politisches Leben“: Es begann als „Fräulein Brücher“ in der bayerischen Politik der Nachkriegszeit (als Frau, als Protestantin, als Liberale), hatte einen seiner vielen Höhepunkte in den Kämpfen mit Franz Josef Strauß und ist nun das einer großen Dame der Demokratie. Sie ist zwar nicht altersmilde geworden, es überwiegt aber der Respekt vor den Leistungen anderer – so zum Beispiel der Respekt vor dem ehemaligen bayerischen Kultusminister Hans Maier, der seinerseits eine stimmungsvolle Laudatio auf seine lange politische Gegnerin und Weggefährtin hielt. Eines konnte diese starke Frau ihren meist jugendlichen Zuhörern mitgeben: Resignation hilft niemals. Der beste Ratgeber ist immer eine gute Portion Optimismus.

Die Preisverleihung war Teil der 21. Lernstatt Demokratie 2011, die die Akademie gemeinsam mit dem Förderprogramm Demokratisch Handeln – das an der Universität Jena angesiedelt ist – veranstaltet. 180 Schüler, Lehrer, Politiker und Wissenschaftler diskutierten ganz im Sinn des Hamm-Brücher-Preises über Demokratie und demokratisches Lernen, vitale Bürgergesellschaft sowie Engagement in Pädagogik und Bildungspolitik. Mitglieder aus deutschlandweit 52 Projektgruppen haben sich durch die Teilnahme an der Ausschreibung „Gesagt. Getan. 2010“ für die Teilnahme qualifiziert. ■

Sebastian Haas

Siehe auch den Bericht über das Akademiegespräch mit Heinz Buschkowsky im Akademie-Report 1/2011 und die nächsten Seiten

Die Akademie fest in Schülerhand

Lernstatt Demokratie 2011

Die Lernstatt Demokratie 2011 begann im neuen Auditorium der Akademie, das noch mehr eine Baustelle war – wie die Demokratie selbst. Sie muss sich immer weiter entwickeln, sich dem Leben und der Politik stellen. Deshalb diskutierten 180 Schüler, Lehrer, Politiker und Wissenschaftler vier Tage lang über Demokratie und demokratisches Lernen, vitale Bürgergesellschaft sowie Engagement in Pädagogik und Bildungspolitik.

Hildegard Hamm-Brücher, Schirmherrin der Veranstaltung, stellte gleich zu Beginn fest: „Selbst ich lerne in meinem hohen Alter bei jeder Lernstatt noch etwas dazu.“ Der engagierten Politikerin liegt der Gedanke am Herzen, dass Demokratie gelebt werden muss, um zu gedeihen: „Sie ist nicht vollkommen, sie muss gehegt und gepflegt werden.“

Diesem Gedanken konnte sich Akademiedirektor Heinrich Oberreuter nur anschließen. Er machte klar, dass „Demokraten nicht vom Himmel fallen“, und politische Bildung somit eine entscheidende Rolle spiele. Oberreuter legte besonders den Schülern nahe, geschaffene Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie – wie das Grundgesetz – aufzugreifen und sie in ihrer Generation umzusetzen.

Der Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV) Klaus Wenzel meinte, dass der Politik-



Heinrich Oberreuter und Hildegard Hamm-Brücher eröffneten gemeinsam die Veranstaltung

unterricht keine Revolution erfahren müsse, sondern professionelle Weiterentwicklung. Deshalb forderte er Schüler, Eltern, Lehrer und Politiker zu einem gemeinsamen Dialog auf.

Optimistisch berichtete der Geschäftsführer des Förderprogramms Demokratisch Handeln, Wolfgang Beutel, dass mit 4000 Projekten in 20 Jahren das Bewusstsein für demokratisches Denken gestärkt worden sei.



Sah sich gewieften Interviewpartnern gegenüber: Der bayerische Kultusminister Ludwig Spaenle

Zwei Schülerinnen äußerten auf dem Podium ihre Wünsche für die Lernstatt 2011 und standen damit im Einklang mit ihren Vorrednern: Durch gemeinsame Projekte das demokratische Gemeinschaftsgefühl stärken; die Vielfalt der Anregungen wirken lassen und in den Alltag tragen; Anerkennung für ihr Engagement erfahren.

Politik und Jugend

Unter dem Motto „Politik und Jugend im Gespräch“ durften die Schüler des Förderprogramms den bayerischen Kultusminister Ludwig Spaenle mit allen Fragen löchern, die ihnen unter den Nägeln brannten. Sowohl die drei Schüler, welche die Fragerunde auf dem Podium moderierten, als auch jene im Publikum schreckten nicht davor zurück, schwierige Themen anzupacken. Die jungen Leute interessierten sich für die Euro-Finanzkrise in Griechenland, den Ausstieg aus der Atomenergie nach Fukushima oder den demographischen Wandel. Selbst die Jüngsten meldeten sich zu Wort, ließen Spaenle nicht ausweichen, nagelten ihn regelrecht auf eine Antwort fest.

Der Bayerische Kultusminister zeigte sich beeindruckt: „Ich treffe hier junge Menschen, die nicht mal halb so alt sind wie ich, aber mindestens genauso gewieft.“ Die Schüler entlockten ihm auch Persönliches. Die gute Stimmung erreichte ihren Höhepunkt, als Spaenle sich als Fan des TSV 1860 München ausgab und sich wünschte, ein Oberfranke möge doch Nachfolger von Thomas Gottschalk werden.

Zum Schluss entlockten ihm die jungen Moderatoren noch diesen Ratschlag für alle Politiker: Sich selbst nicht zu wichtig nehmen. Damit wurde der Minister aus der Fragerunde entlassen und anschließend durch die Ausstellung geführt, in der sich die Projektgruppen der Lernstatt Demokratie vorstellten. ■

Susanne Friedl

Die gesellschaftliche Mitte in der Krise

Abstiegsängste setzen rechtsextremes Potential frei

Die Ansicht, rechtsextreme Einstellungen finden sich nur am äußersten Rand der Gesellschaft, ist ein Trugbild. Dies ist ein zentrales Ergebnis einer Studie aus dem Jahr 2010, die Elmar Brähler, Sozialpsychologe am Universitätsklinikum Leipzig, in Tutzing vorstellte.

Die Studie wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegeben und untersuchte sechs Dimensionen rechtsextremer Einstellungen: die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und die Verharmlosung des Nationalsozialismus. Dabei zeigte sich, dass die gängige Vorstellung einer ausgeglichenen, gemäßigten gesellschaftlichen Mitte falsch ist. Nicht nur an den rechten und linken Flügeln zeigen sich extremistische Tendenzen.

Die meisten Befragten distanzieren sich zwar, solange Aussagen direkte Bezüge zur NS-Diktatur erkennen ließen. Doch chauvinistische oder ausländerfeindliche Ressentiments wiesen

alle Gesellschaftsschichten, Bildungsstufen und Bundesländer auf. Auch Bayern bildet hier keine positive Ausnahme (siehe Grafik).

Hinzugekommen ist der Antikapitalismus als Motiv einer antidemokratischen Einstellung bei Rechtsextremen. Kapitalismus-, Globalisierungs- und Amerikanismuskritik hängen nachweisbar mit rechtsextremen Einstellungen zusammen: ein Feld, auf dem sich rechte und linke Extreme nur noch schwer unterscheiden lassen.

Differenziertes Bild

Jedoch äußern sich rechtsextreme Einstellungen nicht zwangsläufig in gewalttätigen Aktionen oder Wahlent-

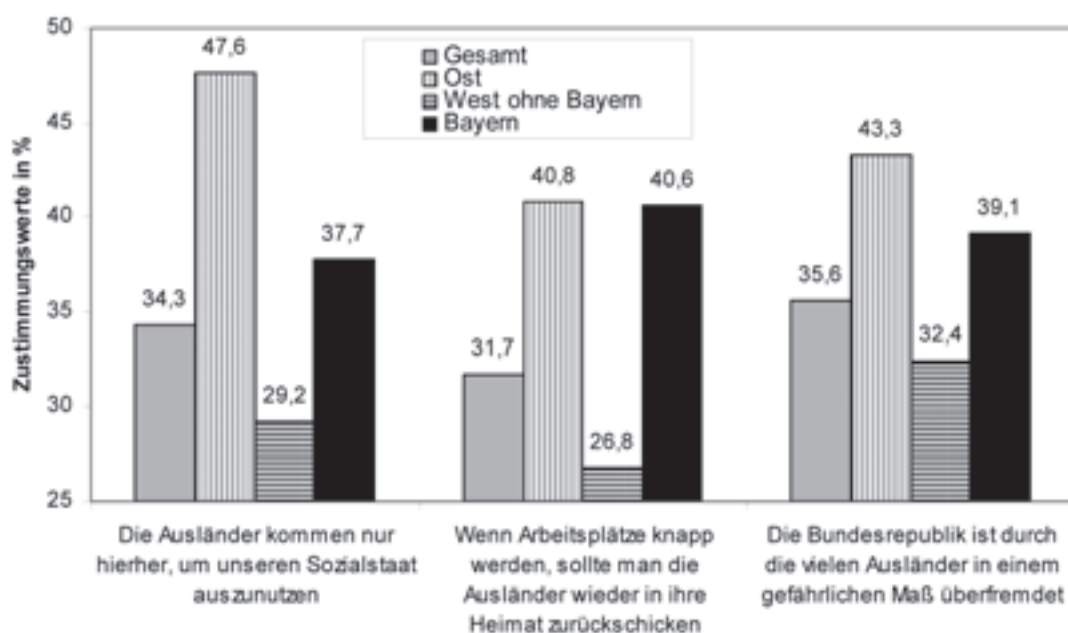
scheidungen zugunsten rechter Parteien, sagte Brähler. Personen mit rechtsextremen Einstellungen wählten quer durch das deutsche Partienspektrum, insbesondere Union und SPD. Noch gelänge es den rechten Parteien also nicht, ihr Potential auszuschöpfen – doch ab wann schlagen sich Einstellungen in Wahlentschei-



Elmar Brähler hat rechtsextreme Einstellungen in Deutschland untersucht

Fotos: Förster/Schröder

Zustimmung zu den Aussagen der Dimension „Ausländerfeindlichkeit“ (in Prozent)



dungen und politischem Handeln nieder? Brähler warnt: Die Mitte werde schnell zur Gefahr für die Demokratie, wenn sich die politische und ökonomische Schönwetterlage ändere. Sollte sich diese Schicht akut von wirtschaftlichen und sozialen Abstiegsängsten bedroht fühlen, könnten rechtspopulistische und extremistische Parteien leicht die bereits vorhandenen Einstellungen abrufen.

Insgesamt ist Brählers Bild differenziert. Er rät davon ab, lediglich einzelne Aspekte der Studie herauszupicken, denn ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild zeige sich nur bei der Gesamtbetrachtung aller Dimensionen und sei relativ selten.

Die Studie lieferte auch beunruhigende Ergebnisse hinsichtlich der politischen Deprivation in Deutschland. Ein hoher Prozentsatz der Befragten stimmte Aussagen wie „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ zu. Dies beweise, dass die politische Mitwirkung der Bevölkerung in Deutschland noch nicht ausreichend gelinge, so Brähler.

Auch wenn die grundsätzliche Übereinstimmung mit der Demokratie als Staatsform und auch mit der bundesrepublikanischen Verfassung hoch (93,2 Prozent) ist: Mit dem Funktionieren der Demokratie zeigte sich ein großer Teil der Befragten (54 Prozent) nicht zufrieden. Erfreulich ist die Zunahme der Akzeptanz der konkreten Ausgestaltung der Demokratie in Ostdeutschland (von 27 auf 32 Prozent), wenn auch der insgesamt niedrige Wert für Ost und West (46 Prozent) deutlich macht, wie wenig die Menschen die Demokratie als ihr eigenes Projekt begreifen.

Authentisches Theater

Einen ganz anderen Zugang zum Thema Rechtsextremismus bot das Regensburger ue-theater mit dem Stück „Elly und Ingo“. Es erzählt parallel die Lebensgeschichte der Regensburger Lehrerin Elly Maldaque (gespielt von

Auch die Figur des gewalttätigen Neonazis Ingo ist authentisch. Sie wurde aus verschiedenen Aussteigerberichten und Interviews mit Skinheads geformt. Ingo erlebt als Kind und Jugendlicher nur Ausgrenzung und Gewalt, bis er die Welt als Dschungel begreift, in dem allein der Stärkere ein Recht hat



Ausdrucksstarkes Spiel: Stefanie Boettger als Elly Maldaque in Anstaltskleidung (links) und Daniel Zimpel als Neonazi Ingo

Stefanie Boettger) während der Weimarer Republik und des heutigen Neonazis Ingo (Daniel Zimpel). Maldaque tendierte politisch nach links, ohne sich aber parteipolitisch zu betätigen. Trotzdem geriet sie bald ins Visier der Politischen Polizei. Schließlich sprach die Regierung der Oberpfalz die fristlose Kündigung aus. Sie erlitt einen Nervenzusammenbruch. Sie wurde in eine Nervenheilanstalt eingewiesen, wo sie nach elf Tagen unter ungeklärten Umständen am 20. Juli 1930 starb.

zu überleben. Das Prinzip der Gewalt steht über allem anderen. Schließlich findet er Zugang zu einer neonazistischen Skinheadgruppe. Er fühlt sich zum ersten Mal akzeptiert. Dort gerät er immer weiter in den Gewaltstrudel und begeht schwerste Straftaten, bis hin zu Mord.

Das Stück eignet sich besonders gut für den Einsatz an Schulen, da es mit seinen sechs Kapiteln gut in eine Doppelstunde passt. Und bezahlbar ist die Regensburger Theatertruppe auch: 300 Euro verlangen die beiden Schauspieler und Regisseur Kurt Raster für einen Auftritt, der mit kleiner Bühne und wenig Requisiten auskommt. ■

Lena Förster / Michael Schröder

Linktipps:

Die Publikation der Studie „Die Mitte in der Krise“, findet sich unter <http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf> kostenfrei zum Download.
<http://www.uetheater.de/component/content/article/154.html>
<http://www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de>
<http://www.youtube.com/Onlineberatung>
<http://www.youtube.com/Onlineberatung#p/u/2/B0jUOfcKdMI>

(Siehe Presseschau Seite 45)

Regieren unter Druck

Politische Führung in der Stimmungsdemokratie

Politiker sollen die Wünsche der Bürger wahrnehmen, aber nicht in Populismus und Klientelpolitik verfallen. Sie sollen „klare Kante“ zeigen, Entscheidungen gegen den Willen der Mehrheit werden aber nicht mehr laut- und klaglos hingenommen. Dazu kommt der Druck durch Medien, Meinungsumfragen und permanenten Wahlkampf. Welche Spielräume hat politische Führung noch? Wie muss sie in einer modernen Demokratie aussehen? Ist unser politisches System noch führbar?

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter versuchte eine Annäherung an den schwierigen Gegenstand politischer Führung. Sein Ausgangspunkt: „Massen und Großstrukturen können sich nicht selbst führen.“ Sie bedürfen der Führung, wobei es in der Politik darauf ankomme, die Wünsche der Bürger zu berücksichtigen und gleichzeitig auch



Heinrich Oberreuter: „Rationalität im politischen Diskurs ist auf ein Minimum geschrumpft“

Fotos: Haas

die langfristigen Folgen und Ergebnisse des Handelns im Auge zu behalten. Dies werde aber Oberreuter zufolge mit der Entwicklung zur Stimmungsdemokratie immer schwieriger. Rationalität sei im politischen Diskurs immer mehr durch Emotionen ersetzt worden und inzwischen „auf ein Minimum geschrumpft“. Indem man den Staat immer mehr als zuständig für die Verwirklichung von Erwartungen sehe, werde

die Politik immer abhängiger von individuellen Wünschen, Lebenslagen und Stimmungen der Bürger. Die zwei wichtigsten Ursachen dafür sind aus Oberreuters Sicht zum einen die Entwicklung der Parteiendemokratie, in der die Logik der Parteiräson immer mehr die Staatsräson überwölbe, und zum zweiten die Medien, die mit ihren eigenen Gesetzen der Emotionalisierung und Vereinfachung die Politik zu Anpassungsreaktionen zwingen.

Zentrales Bindeglied: Vertrauen

Der frühere bayerische Finanzminister Kurt Faltlhauser plädierte aus seiner langjährigen Erfahrung heraus dafür, eben diesen Zwängen nicht nachzugeben: „Zickzack ist nicht vertrauenserweckend!“. Auch empfiehlt er keine basisdemokratische „Abtastung“ von Reformen im Vorfeld, da diese sonst zerredet würden. Die Rente mit 67 wäre seiner Ansicht nach auf diesem Wege nie durchsetzbar gewesen. Das zentrale Bindeglied zwischen Bürger und Politik, nämlich Vertrauen, könne nur durch entschlossenes und glaubwürdiges Handeln hergestellt werden.

Wie schwer das Geschäft der politischen Führung ist, wusste auch Henrik Gast von der Universität Regensburg zu berichten. Sein Fazit aus dem Forschungsstand und eigenen Untersuchungen: „Politische Führung bleibt stets hinter den Erwartungen zurück.“ Das liege vor allem daran, dass völlig

unterschiedliche Vorstellungen von guter Führung existierten und dass an politisches Führungspersonal vielfältige Erwartungen herangetragen werden, die sich teilweise gänzlich widersprechen, was Gast an zahlreichen Interviewaussagen verdeutlichte. So soll etwa ein Bundeskanzler gleichzeitig einerseits rasch entscheiden und seine Vorstellungen durchsetzen, sich andererseits aber mit den anderen politischen Mitspielern abstimmen und koordinieren. Auf diesem Hintergrund richtete Gast ein Plädoyer an Medien und politische Bildung, ein realitätsnahes Bild von politischer Führung zu vermitteln. Dann gäbe es vielleicht auch weniger Enttäuschungen.



Kurt Faltlhauser: „Zickzack ist nicht vertrauenserweckend!“

„Diktatur als Form uneingeschränkter Machtentfaltung, die dem Verständnis des westlichen Verfassungsstaats entgegensteht“ – so definiert Jan C. Behrends vom Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam den Begriff Diktatur, wie er seit Beginn des 20. Jahrhunderts verwendet wird. Er verglich dabei die Entstehung und Entwicklung des Führerkults während des Nationalsozialismus in Deutschland mit der bolschewistischen Herrschaft in der Sowjetunion. Hierbei betonte der Zeithistoriker, dass persönliches Charisma, sowohl bei Hitler als auch bei Stalin, ein entscheidend-



der Faktor gewesen sei. Deutlich arbeitete er aber auch die Unterschiede der beiden Diktaturen hinsichtlich Entstehungshintergrund und Weiterentwicklung der beiden Nationen nach dem Ende der Diktatorenherrschaft heraus. Seine These, auch mit Bezug auf die revolutionären Entwicklungen in Nordafrika, lautete, dass eine Diktatur, die sich schon über einen längeren Zeitraum etabliert habe, entweder nur durch äußere Bedingungen wie Krieg, oder durch schwache, machtmüde Eliten von innen zerstört werden kann. Beispiele für diese These bilden das kommunistisch regierte China und das Regime in Iran. Ihre Führungen sind noch „von einer Vision geleitet“ und die Eliten stützen das System und deswegen halten sich diese Regime auch in der heutigen modernen Zeit an der Macht.

Krise der Qualitätsmedien

„Regieren kann man mit den Medien, gegen die Medien und – Dank des Internets – bald auch ohne die traditionellen Massenmedien“, glaubt der Publizist und frühere Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“ Wolfgang Storz. Seiner Ansicht nach ist es falsch, eine allgemeine Medienkrise zu konstatieren. Vielmehr handele es sich um eine Krise der Qualitätsmedien, die für die Demokratie konstitutiv sind. Immer mehr werde Journalismus zur Gratwanderung zwischen Unterhaltung und Politik. Personalisierung und die Reduzierung auf persönliche Duell lösen immer mehr die Darstellung und Erklärung komplexer politischer Prozesse und Inhalte ab. „High Noon als Endlosschleife, wenn auch nur mit Platzpatronen“ wird zum dominanten Darstellungsformat. Diese Entwicklungen kamen und kommen Storz zufolge nicht plötzlich, sondern entfalten über einen längeren Zeitraum nahezu unbemerkt Wirkkraft.

„Für Politiker ist Medienpräsenz zu einer Machtressource geworden“, stellte Carsten Reinemann von der Universität München fest. Und dies in einem immer schwieriger zu beherrschenden Umfeld: enorme Beschleunigung durch immer kürzere Aufre-

gungszyklen, Medien-Hypes, permanenter Ausnahmezustand als Normalfall usw. Außerdem, so der Kommunikationsforscher, verschärfe sich ein weiteres Problem für die Politiker, dem sie relativ ideenlos gegenüber stehen: etwa 50 Prozent der Wählerinnen und Wähler wissen vier Wochen vor dem Wahltermin noch nicht, wen sie wählen werden. Das setzt Merkel und Co. enorm unter Druck, zumal die Allgegenwart demoskopischer Befunde den Wahltag durch eine Art permanente virtuelle Dauerwahl ersetzen.

Im Griff der Lobbyisten

Kann Politik überhaupt noch führen oder ist sie längst im Griff von Lobbyisten und Beratern? Thomas Leif, Chefreporter des SWR, zeichnete ein alarmierendes Bild von den Verflechtungen zwischen Wirtschaft und Politik.



Thomas Leif: ernste Gefährdung der Demokratie durch Lobbyismus

Dabei übernehmen Lobbyisten oft gar die operative Arbeit, z.B. durch die Erarbeitung von Vorlagen für Parlamentarier oder Gesetzentwürfe. Zentral sei hierbei auch das Aufmerksamkeitsmanagement in den Medien. Das größte Problem liegt für ihn in der mangelnden Transparenz: Wer beeinflusst wie wen? Dies bleibe meist im Dunkeln. Dabei gebe es eine symbiotische Beziehung zwischen Lobbyisten und Politikern, bei der Erstere aber oft durch größere Ressourcen und Professionalität im Vorteil seien. Im Endeffekt resultiere daraus eine ernste Gefährdung der Demokratie.

Ulrich von Alemann stimmte Leifs Befunden im Wesentlichen zu, wollte aber aus politikwissenschaftlicher Sicht den Alarmismus etwas dämpfen. So könnten Berater die Politik durchaus bereichern, wenn man sie ließe. Das müsse dann aber auch transparent geschehen. Die „Kommissionitis“ als Symptom der Entscheidungsschwäche der Politik sei oft auch ein Kanal für



Ulrich von Alemann lobte Deutschland als „erstaunlich rationale Demokratie“

intransparenten Einfluss. Aber insgesamt sei der Lobbyismus besser als sein Ruf. Schließlich sei alle Politik immer auch Interessenvertretung. Neben dem von Leif als „schwarz“ bezeichneten Bereich gebe es auch einen „grauen“ und „weißen“, in dem legitime Interessen legal vertreten werden. Auch die Politik sei besser als ihr Ruf: Man müsse die vielen Schranken sehen, die den Regierenden gesetzt sind. Dazu gehöre der Einfluss einzelner Parteien, Lobbyisten und Medien. Dieser sei nüchtern zu analysieren und zu kritisieren, wenn er überhand nehme.

Schließlich nahm Alemann die jüngsten Landtagswahlen zum Anlass, Deutschland als „erstaunlich rationale Demokratie“ zu qualifizieren: Die Wahlbeteiligung sei wieder leicht gestiegen, Rechtsextreme seien gescheitert, Linke zurechtgestutzt worden. Die Sorgen wegen des Fünfparteiensystems hätten sich als unberechtigt erwiesen (weder Große noch Dreierkoalitionen mussten gebildet werden). Und in Baden-Württemberg sei immerhin eine lange hegemonial agierende Partei abgewählt worden.



Nachhaltigkeit – dieser Begriff kommt aus der Forstwirtschaft, wo man Jahrzehnte im Blick haben muss bei der Frage, welche Bäume man pflanzt und welche man schlägt. Nachhaltigkeit ist in einer Demokratie daher schwer zu verwirklichen, meinte der Heidelberger Politikwissenschaftler Manfred G. Schmidt. Unser politisches System zeichnet sich durch die häufige und



Manfred G. Schmidt: „Every day is an election day“

regelmäßige Möglichkeit aus, eine Regierung abzustrafen und eine neue Führung zu bestimmen. Alle vier bis fünf Jahre werde gewählt und bedingt durch die Gliederungsebenen unseres Staatswesens sei es nur wenig übertrieben zu sagen: „Every day is an election day“. Dies färbe auf die Entscheidungsträger ab: Das Streben nach me-

fung beispielsweise ist sehr nachhaltig, so wie auch die Forschungs- und Sozialpolitik. Bildungspolitik andererseits meist nicht, denn sie ist Ländersache.

Für Herwig Birg, ehemaliger langjähriger Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung der Universität Bielefeld, ist das Thema Demographie ein anderes Paradebeispiel für diese Entwicklung: Die (erschreckenden) Daten lägen schon lange auf dem Tisch, die Experten seien sich weitgehend einig – doch die Bewusstseinsbildung der politischen Entscheider hinke hinterher.

Zielfindung und Zielbestimmung

Bernhard Vogel, ehemaliger Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz und Thüringen, bezeichnete seinen Vortrag als „Bogen zur Praxis“. Gleich zu Beginn hielt er fest, dass Regieren „Zielfindung und Zielbestimmung“ bedeute. Aus seiner Erfahrung heraus beschrieb der CDU-Politiker, dass heute bei Wahlen die personelle Komponente im Vergleich zur programmatischen immer mehr Gewicht bekomme. Mit Verweis auf die immer intensiver geforderten plebiszitären Elemente und die Orientierung an Stimmungsmessungen in der Bevölkerung gab Vogel zu bedenken, „dass die Politik ihre

in einer Gesprächsrunde. Für Schmidt liegen zwei Hauptursachen vor, die das Verhältnis zwischen Politikern und Bürgern erschweren: Zum einen, dass Politik durch Zeitdruck und zunehmender inhaltlicher Komplexität immer schwieriger werde. Zum anderen, weil die Bürger erheblich anspruchsvoller geworden seien. Aus Sicht der Wähler sollen Politiker „möglichst gute Produkte zu möglichst günstigen Preisen anbieten, und das möglichst unterhaltsam“. Diese Nachfrage-Angebots-Lücke weite sich zusehends.

Dass direktdemokratische Elemente auf Bundesebene nicht das Allheilmittel seien, darin waren sich die Diskutanten einig. So verwies Vogel auf die Gefahr, dass die im Grundgesetz gegebene „Verfassungssouveränität“



Bernhard Vogel: „Politik darf ihre Führung nicht der Popularität opfern“

„Dem Volk aufs Maul schauen, ja, aber ihm nach dem Mund reden, nein!“

Bernhard Vogel

dial verwertbaren kurzfristigen Erfolgen überlagert strategische Planungen. Legt man sich Zahlen und Daten vor, so liegt der Schluss nahe, dass das System der unitarischen Konsensdemokratie die nachhaltigste Politik möglich mache.

Der Bundesrepublik als einer föderalen Konsensdemokratie stellte Schmidt ein „leicht überdurchschnittliches Zeugnis“ aus: Die Inflationsbekämp-

Führung nicht der Popularität opfern darf“. Meinungen müssten ernst genommen, gleichzeitig aber müssten Ziele vorgegeben werden. Laut Vogel ist der Erfolg der Zukunft vom Wert der Erfahrung abhängig: „Dem Volk aufs Maul schauen, ja, aber ihm nach dem Mund reden, nein!“

Abschließend vertieften Bernhard Vogel, Manfred G. Schmidt und Heinrich Oberreuter einige Aspekte des Themas

(mit dem Änderungsverbot der Artikel 1 und 20 und der Gliederung des Bundes in Länder in Art. 79, Abs. 3) gegen die „Volkssouveränität“ in plebiszitären Entscheidungen kaum stand halten könnte. Themen wie die Todesstrafe zeigten, wie fragil sich Mehrheiten je nach öffentlicher Stimmungslage wandelten. ■

*Susanne Friedl
Lea Watzinger
Stefan Köppl
Manfred Schwarzmeier*

Politik – Getriebener oder Gestalter?

Globale Wirtschaftskrisen und die Folgen für einen stabilen Euro

Seit dem Herbst 2008 konnte die Weltwirtschaft nur durch mehrmalige Notoperationen vor dem Absturz bewahrt werden. Bankenrettungsschirme, milliardenschwere Konjunkturprogramme und Stabilisierungsfonds für überschuldete Länder der Eurozone ließen den Staat als Retter der Marktwirtschaft erscheinen. Dabei ist in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, die Politik werde durch ökonomische Prozesse mehr getrieben als dass sie selbst gestaltende Kraft sei. Und es regt sich der Verdacht, dass sie diese Prozesse nur teilweise versteht, geschweige denn entsprechend vorsorgend beeinflussen kann.

Ist nun Staats- oder Marktversagen die Ursache der Finanz- und Wirtschaftskrise? Norbert Walter, ehemaliger Chefvolkswirt der Deutschen Bank, beantwortete diese Frage mit den zen-

Auslaufmodell zu bezeichnen und einen neuen Kapitalismus mit effektiver staatlicher Regulierung zu fordern.

Auslaufmodell

Die Reparaturen am jetzigen System seien nicht ausreichend. Alte Geschäftsmodelle müssten überprüft und die Regulierung auf internationaler Ebene gestärkt werden, um in einer globalisierten Welt die Kontrolle über die Finanzmärkte wieder herzustellen. Nur so könne man das Vertrauen der Bürger in die Marktwirtschaft wiedergewinnen. Aber auch von Unternehmen und Bürgern müssten moralische Selbstverpflichtung und gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein eingefordert werden, um die Welt menschlicher und effektiver zu gestalten.

Theorien überdenken

Moritz Schularick interpretierte Finanzkrisen als immer wiederkehrende Erscheinungen des modernen Kapitalismus. Alleine in den USA könne man sieben schwere Krisen in den vergangenen 140 Jahren identifizieren. Seine eigenen Forschungsergebnisse legten nahe, dass Finanzkrisen immer ein Kreditboom vorausginge und sie weniger durch Haftungs- oder Anreizprobleme verursacht seien. Die jetzige Krise sei nicht durch Kredite für Investitionen, sondern für die privaten Haushalte begünstigt worden. Die Politik habe nach dem Zweiten Weltkrieg – so Schula-

rick – insofern Lehren aus der Weltwirtschaftskrise gezogen, als man mit einer expansiven Geldpolitik den Finanzsektor stabilisierte. Dadurch habe man deflationäre Tendenzen vermieden, aber gleichzeitig eine Entschuldung der Kreditwirtschaft verhindert.

Die realwirtschaftlichen Kosten solcher Krisen blieben dennoch hoch. Das Ausmaß der wirtschaftspolitischen Interventionen übersteige in der jetzigen Krise alle bisherigen Staatseingriffe. Mittelfristig gehe es um eine stärkere Regulierung, mit einer höheren Eigenkapitalunterlegung des Kreditgeschäftes. Die Wirtschaftswissenschaft müsste ihre Theorien überdenken und festlegen, was Banken tun dürften bzw. welche optimale Größe sie haben sollten. Welche Regulierungskosten entstanden bzw. tragbar wären, sei auch zu klären. Insofern würden die jetzigen Erfahrungen einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte und ökonomischen Theorie leisten.

Schwierige Umsetzung

Die Forderung nach einer stärkeren Finanzmarktregulierung ist rasch formuliert, ihre Umsetzung aus ökonomischen, rechtlichen und politischen Gründen sehr kompliziert und schwierig. Die USA hätten schon im Juli 2010 in einigen Bereichen – so Friedrich Heinemann – Regulierungen in einem einheitlichen Gesetz, das unter anderem die Begrenzung des Eigenhandels, stärkere Rechte für Aufsichtsbehörden, Pläne für Insolvenz von Großbanken und Verbraucherschutz vorsieht, gesetzlich beschlossen.

In der EU seien dagegen einheitliche Regelungen wegen der Kompetenzprobleme zwischen nationaler und europäischer Ebene schwerer durchzusetzen. Dennoch sei es gelungen, eine neue EU-weit geltende Einlagensicherung (100 000 Euro) mit verkürzter Auszahlungsfrist und einem Selbstbehalt



Norbert Walter will einen neuen Kapitalismus mit effektiver staatlicher Regulierung

tralen Aussagen eines Klassikers der Nationalökonomie. Schon Adam Smith habe erkannt, dass der Mensch durch Eigenliebe getrieben sei. Sie könne jedoch durch Mitgefühl, Ethik und staatliche Institutionen in ihre Schranken gewiesen werden. Gier als Treibsatz für Finanzblasen entstehe vor allem dann, wenn der Eigenliebe nicht durch einen entsprechenden staatlichen Ordnungsrahmen Grenzen gesetzt würden. Dieser Verantwortung sei der Staat aber immer weniger nachgekommen. Norbert Walter ging sogar soweit, das angelsächsische Wirtschaftssystem als



der Banken bei verkauften Kreditforderungen einzuführen. Bei Managergehältern habe man sich aber nur auf Empfehlungen einigen können, um Risikomanagement und langfristiges Erfolgsdenken zu fördern. Die Umsetzung bleibt aber den einzelnen EU-Ländern überlassen.

Illusionen

Auf europäischer Ebene habe man sich auch – so Heinemann – auf wichtige Grundprinzipien zur Überwachung der Rating-Agenturen, Hedge-Fonds und risikobehafteten Finanzgeschäfte (Derivate, Leerverkäufe, Kreditausfallversicherungen) einigen können, ohne jedoch schon konkrete Regelungen zu beschließen.

Kein Konsens sei bei der Frage erzielt worden, ob man die Transaktionen oder die Aktivitäten auf den Finanzmärkten besteuern wolle. Anvisiert werde ein europäischer Ausschuss für Systemrisiken, um die Risiken im Finanzsystem makroökonomisch zu beaufsichtigen. Ein neues Europäisches

System für Finanzaufsicht, das aus nationalen sowie neu gegründeten europäischen Institutionen in Paris, London und Frankfurt besteht, werde künftig einzelne Finanzinstitutionen überwachen. Vieles sei im Fluss, doch könne man schon jetzt vermuten, dass die Regulierung nicht so restriktiv ausfallen werde, wie man es noch unmittelbar nach der Krise erwartet hatte. Es sei allerdings eine Illusion zu hoffen, Regulierungen könnten Blasen und Vertrauenskrisen grundsätzlich unterbinden.

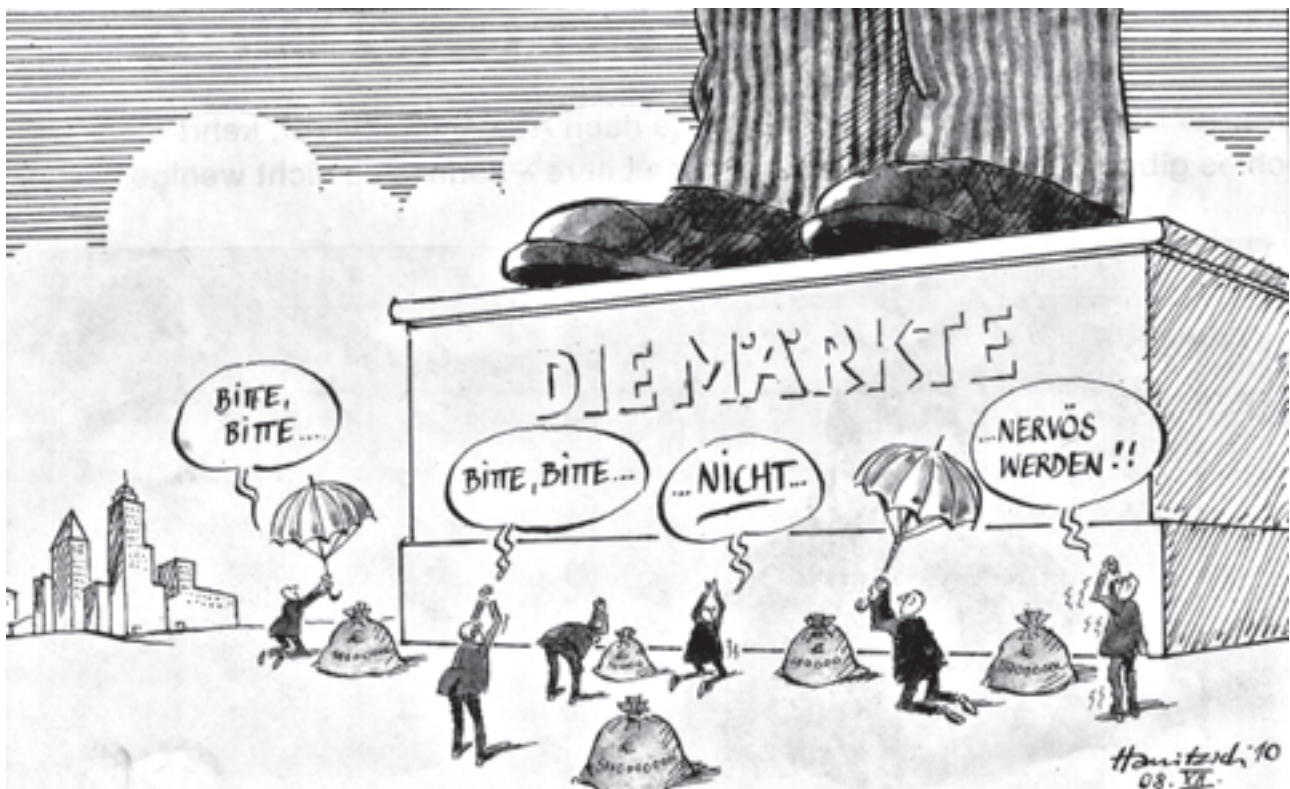
Deutschland kein Schuldenstaat

Gelingt der Weg aus dem Schuldenstaat? Dies beantwortete Thiess Büttner zunächst mit dem Hinweis, dass Deutschland trotz der steigenden öffentlichen Verbindlichkeiten, die seit Anfang der 1970er Jahre bis 2010 von etwa 20 auf rund 75 Prozent des Sozialproduktes (BIP) expandierten, kein Schuldenstaat sei. Die Bundesrepublik hätte keine Probleme, eine Anschlussfinanzierung der Schulden zu

erhalten und müsste gegenüber dem Schuldendienst nicht andere Staatsaufgaben nachrangig behandeln. Dank niedriger Zinsen stagnierten die Zinsausgaben seit Jahren und unsere Bonität sei immer noch hervorragend. Die Haushaltslage habe sich vor der Finanzkrise sogar deutlich verbessert, bevor das staatliche Defizit aufgrund der Bankenrettungen und Konjunkturprogramme wieder stark ins Minus drehte. Da sich Deutschland rascher als erwartet von der Krise erholt habe, stabilisieren sich das Defizit und der gesamte Schuldenstand.

Berücksichtige man die hohen Verpflichtungen gegenüber den „Bad Banks“, also die vom Staat garantierten Bürgschaften für Bankschulden, dann steige die Gesamtverschuldung jedoch weiter auf über 80 Prozent des BIP. Dennoch sei die Bundesrepublik auch aufgrund der nun im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse langsam wieder auf einem guten Pfad.

Dies könne man von den EU-Südländern, insbesondere von Griechenland



Stoßseufzer der Finanzpolitiker

SZ-Zeichnung: Dieter Hanitzsch

und Portugal, nicht sagen, die nur Dank der EU-Rettungspakete vor einer Staatsinsolvenz bewahrt werden konnten.

Euro als Spaltpilz

In den anschließenden Diskussionsrunden zur Eurokrise spielten diese Fragen eine zentrale Rolle.

Joachim Starbatty, der schon vor über zehn Jahren vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Einführung der Gemeinschaftswährung geklagt hatte, sah den Euro nicht als Bindeglied, sondern als Spaltpilz für die europäische Integration.



Euro-Kritiker Joachim Starbatty: Die Eurozone entwickelt sich auseinander Fotos: Haas

Die Konvergenz monetärer und realer Indikatoren in den letzten zehn Jahren sei eine Scheinwelt gewesen, die letztlich die unterschiedlichen Entwicklungen in der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Euroländer nicht widergespiegelt habe. Die EU-Südländer hätten den deutlichen Rückgang ihrer Realzinsen nicht zum Abbau ihrer Schulden genutzt, sondern im Gegenteil ihre Staatsausgaben ausgedehnt bzw. für einen kreditfinanzierten Bau-boom genutzt.

Als die Finanzmarktkrise die Banken sowie die Realwirtschaft getroffen und zu einer Neueinschätzung der Risiken geführt habe, hätten sich die internationalen Anleger zurückgezogen, so Starbatty. Griechenland und Portugal

seien von den anderen EU-Ländern auch deshalb gerettet worden, um die eigenen Banken zu schützen. In Irland



Theo Waigel forderte eine Verschärfung des Stabilitätspaktes

sei es das marode Bankensystem gewesen, das fast eine Staatspleite verursacht hätte, wären nicht mit Milliardengarantien die stabilen EU-Länder zu Hilfe gekommen.

ren Arbeitslosigkeit ergeben, besser abzufedern seien.

Die Folgen für die Finanzwirtschaft seien jedoch schwer zu kalkulieren. Zudem verwies er darauf, dass die zahlreichen Verstöße gegen die Stabilitätskriterien nie zu entsprechenden Sanktionen gegenüber einzelnen Defizitsündern geführt haben. Dies müsse sich natürlich ändern, wenn man die Eurozone auf solide Grundlagen stellen wolle.

Glaubwürdigkeitslücke

Auch Theo Waigel, der Vater des Stabilitätspaktes, monierte diese Glaubwürdigkeitslücke und forderte seine umfassende Überarbeitung und Verschärfung.

Waigel hielt aber daran fest, dass die Euroeinführung eine richtige Entscheidung gewesen sei. Vielfach werde vergessen, welche Kosten die Währungsschwankungen in Europa verursacht hätten. Zudem sei ein zusammenwach-

„Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende“

Joachim Starbatty

Letztlich entwickle sich jetzt die Eurozone auseinander und die politischen Spannungen nähmen zu. Ein Austritt einzelner Länder aus der Eurozone sei – so Starbatty – besser, denn mit einer Abwertung kombiniert mit einem zumindest partiellen Schuldenerlass, könnten diese Länder weit aus rascher ihre Wettbewerbsfähigkeit erreichen: Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.

Folgen für die Eurozone

Soweit wollte Karlhans Sauerheimer nicht gehen, doch wies er darauf hin, dass eine Abwertung die Binnenkonjunktur nicht so hart treffen würde und die negativen verteilungspolitischen Folgen, die sich aus einer höhe-

sender Binnenmarkt, ohne gemeinsame Währung ein Antagonismus und auf Dauer könne Europa in der Welt nicht mit einer Vielzahl von Einzelwährungen bestehen. Ein Auseinanderbrechen der Eurozone hätte auch unabsehbare Konsequenzen für das Finanzsystem und die Weltwirtschaft.

Günther Schmidt und Stefan Schirm skizzierten die geostrategischen Folgen der jüngsten Entwicklungen und Fragen der Global Economic Governance. Den internationalen Organisationen IWF und Weltbank käme eine immer bedeutendere Rolle zu. Der Einfluss der Schwellenländer wachse und die zunehmende Zahl von Akteuren mache die Weltlage nicht sicherer. ■

Wolfgang Quaisser

Neue Ansätze zur Erklärung wirtschaftlichen Verhaltens

Paradigmenwechsel in der Wissenschaft nach der Finanzkrise

Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise werden zentrale Paradigmen der neoklassischen Wirtschaftstheorie zunehmend zur Diskussion gestellt. Dabei wird auf zum Teil langjährige Entwicklungen und Debatten in der Ökonomik zurückgegriffen. Im Rahmen einer Kooperationstagung mit der Evangelischen Akademie waren führende Wissenschaftler dieser Disziplinen eingeladen, ihre Forschungsergebnisse vorzustellen.

Warum gilt Fairness als wichtiges Motiv wirtschaftlichen Verhaltens? Sind deshalb wesentliche Grundannahmen der Ökonomie überholt? Schon der Klassiker Adam Smith, so Klaus M. Schmidt von der Universität München, habe 1759 in seinem Werk „Die Theorie der ethischen Gefühle“ deutlich gemacht, dass menschliches Handeln nicht nur auf Eigennutz basiere. Dennoch habe das Leitbild des homo oeconomicus in der Ökonomie lange Zeit genau auf dieser Annahme basiert.

Dieses Menschenbild stoße allerdings dann an seine Grenzen, wenn Märkte und Verträge unvollständig seien oder es um strategische Interaktionen zwischen wenigen Entscheidungsträgern gehe. Dann spiele Fairness und Reziprozität, das heißt Handeln nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit, eine entscheidende Rolle. Dies habe schon die ökonomische Spieltheorie in den 1980er Jahren nachgewiesen.

Bestätigt hätten sich diese Ergebnisse auch im Rahmen der experimentellen Ökonomie, die seit Mitte der 1990er Jahre im Rahmen von Laborexperimenten ökonomisch Entscheidungssituationen mit Probanden simuliere. Der Vorteil dieser Methode läge darin, so Klaus Schmidt, dass man die einzelnen Einflussfaktoren auf ökonomische Entscheidungen kontrollieren und damit ähnlich wie in naturwissenschaftlichen Experimenten kausale Zusammenhänge identifizieren könne.

Klaus Schmidt stellte die Anwendungsmöglichkeiten dieses neuen Ansatzes anhand seiner eigenen Forschungstätigkeit vor. Warum werden in Firmen



Klaus M. Schmidt untersucht Einflussfaktoren auf ökonomische Entscheidungen *Fotos: Haas*

der gleichen Branche gut und schlecht bezahlte Jobs für ähnliche Tätigkeiten angeboten? Dies sei, so Schmidt, keine konstruierte Situation, sondern repräsentiere unterschiedliche Unternehmensstrategien in zwei sehr bekannten Einzelhandelsfirmen der USA.

Im Rahmen seiner Laborexperimente konnte Schmidt nachweisen, dass immer dann gut bezahlte Arbeitsplätze angeboten würden, wenn vor der Einstellung eine umfangreiche Überprüfung und Vorauswahl der Mitarbeiter möglich gewesen sei. Wesentliche Bedingung sei auch, dass sie nach ihrer Einstellung durch ihre Tätigkeit eigene

Reputation aufbauen und recht selbstständig arbeiten konnten. Diese Faktoren wirkten komplementär, d.h. sie unterstützten sich gegenseitig. Fehle eines dieser Merkmale, dann wirke sich die Einstellung besser bezahlter Arbeitnehmer nicht positiv aus. Dies erkläre, warum Unternehmen der gleichen Branche mit sehr unterschiedlichen Jobprofilen erfolgreich sein könnten.

Beschränkte Rationalität

Wann handeln Menschen voll und wann nur begrenzt rational? Mathias Erlei von der TU Clausthal sah in seinen ökonomischen Laborexperimenten die These der von Alexander Simon begründeten Entscheidungstheorie bestätigt, dass Menschen sich meist nur eingeschränkt rational verhielten. Aber je mehr Wettbewerb auf den Märkten herrsche, desto rationaler würden sich die Individuen verhalten. Erlei bringt es auf den Punkt: „Über den Konkurrenzmechanismus handeln Menschen oftmals rationaler, ohne ihrem Wesen nach rationaler geworden zu sein.“ Die Annahmen der klassischen ökonomischen Theorie müsse man deshalb nicht völlig verwerfen, aber den in der Realität unterschiedlichen Marktformen anpassen bzw. deutlich einschränken.

Typische Muster menschlichen Verhaltens kann man auch in Entscheidungsspielen entdecken. Johann Graf Lambsdorff von der Universität Passau führte solche Spiele mit den Tagungsteilnehmern exemplarisch durch. Er reflektierte das Verhalten der Tagungsteilnehmer kritisch und stellte eine hohe Übereinstimmung mit den Forschungsergebnissen fest. Graf Lambsdorff folgerte daraus, dass der Mensch zwar rationales Verhalten anstrebe, doch aufgrund mangelnder



Selbstkontrolle und eigener Überschätzung dann vielfach zu Fehlentscheidungen neige. Zudem sei das Vertrauen in die Rationalität anderer begrenzt. Entscheidungen würden vielfach ad hoc und auf Basis intuitiver Wahrscheinlichkeiten getroffen. Dies alles führe oftmals dazu, dass kollektiv rationale Lösungen nicht erreicht würden.



Johann Graf Lambsdorff: Menschen neigen zu Fehlentscheidungen

Karlheinz Ruckriegel von der Hochschule Nürnberg sah in der Glücksforschung eine wichtige Ergänzung der Wirtschaftswissenschaften, denn die Annahme der Nutzenmaximierung als vorherrschendes Ziel des ökonomischen Handelns sei zu kurz gegriffen. Dies ergebe sich schon aus der Suche jener Faktoren, die nicht nur das „glücklich sein“ im Moment, sondern als dauerhaftes Gefühl der Zufriedenheit mit dem Leben bestimmten: liebevolle soziale Beziehungen, physische und psychische Gesundheit, Engagement und befriedigende Erwerbs- und/oder Nichterwerbs-Arbeit, die innere Haltung und Lebensphilosophie sowie die Mittel zur Befriedigung der materiellen Bedürfnisse.

Die Wirtschaftswissenschaft versuche, so Ruckriegel, auch quantitative Bestimmungsfaktoren für das Glück zu ermitteln. In den letzten Jahren sei eine beachtliche Datenbasis auf nationaler und internationaler Ebene entstanden. Sie zeige, dass die skandinavischen Länder bei Ländervergleichen zur Lebenszufriedenheit an der Spitze lägen und dies nicht nur wegen ihres hohen Einkommensniveaus, sondern

auch, weil ein hohes Vertrauen zueinander in der Gesellschaft existiere, die Einkommensunterschiede gering seien und eine positivere Sichtweise im täglichen Leben nachweisbar sei.

„shared value“

Eine wesentliche Erkenntnis der ökonomischen Glücksforschung bestehe nach Ruckriegel auch darin, dass in entwickelten Industrienationen kein wesentlicher Zusammenhang zwischen der Höhe des Wirtschaftswachstums und der Zunahme der Lebenszufriedenheit bestehe. Die Fixierung der Wirtschaftspolitik auf das Wachstumsziel des Sozialproduktes



Karlheinz Ruckriegel: Glücksforschung wichtige Ergänzung der Wirtschaftswissenschaften

sei deshalb verfehlt. Die menschlichen Präferenzen für höhere Arbeitsplatzsicherheit anstatt Einkommensmaximierung sowie für kooperative und vertrauensvolle Arbeitsbeziehungen müssten deshalb verstärkt in die Arbeitsmarktpolitik und Unternehmensführung Eingang finden, so die Forderung des Referenten.

Die Politik nehme die Erkenntnisse der Glücksforschung zunehmend zur Kenntnis. Ein Beispiel sei, dass nach alternativen Konzepten zur Messung der Wirtschaftskraft gesucht werde. Namhafte Ökonomen forderten zudem auf Unternehmensebene neue Konzepte. So müsse der „shared value“, d.h. das gleichzeitige Verfolgen von

wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zielen, als Unternehmensorientierung verankert werden.

Einen ganz anderen neuen Forschungsansatz stellte der Physiker Jürgen Mimkes von der Universität Paderborn vor. Seine Makro-Ökonophysik versucht Gesetze der Thermodynamik auf die Abläufe der Ökonomie zu übertragen. Dabei ergäben sich durchaus plausible und überaus anregende Anwendungsmöglichkeiten. Einige Tagungsteilnehmer kritisierten jedoch, dass die Physik und speziell die Thermodynamik mit bestimmten Annahmen operiere, die nicht so einfach auf die Ökonomie übertragbar seien. Gesellschaften – und die Ökonomie sei nun einmal ein wesentlicher Teil davon – würden eben anders als Naturgesetze funktionieren.

Hirnforschung und Wirtschaft

Die Ökonomie bedient sich zunehmend auch anderer Wissenschaftsbereiche, um ihre Erkenntnismöglichkeiten zu erweitern. So ist beispielsweise in den letzten Jahren die sogenannte Neuro-Ökonomie entstanden, die Erkenntnisse und Verfahren der Neurologie zur Erklärung von ökonomischen Entscheidungsprozessen heranzieht. Man wolle erfahren, so Daniel Schunk von der Universität Mainz, wie das menschliche Gehirn in ökonomischen und sozialen Kontexten Entscheidungen treffe. Hierzu würden Experimente mit Probanden im Rahmen von üblichen ökonomischen Entscheidungssituationen in einer Magnetresonanztomographie (Hirnscanner) durchgeführt. Dies ermögliche es bestimmte Hirnregionen zu identifizieren, die bei Anreizen bzw. Sanktionen besonders aktiv seien.

Die Untersuchungen ergaben, dass der rechte Vorderlappen des Gehirns eine zentrale Rolle bei der Impulskontrolle spiele. Im Rahmen von Experimenten hätte man nachweisen können, dass eine partielle Deaktivierung der Region, das eigennutzenorientierte Verhalten, d.h. den Egoismus verstärke. Man könne aus den Experimenten



deshalb auch schließen, so Schunk, dass diese Region für das Normbefolgungsverhalten entscheidend sei.

Allerdings sei man mit der Forschung erst ganz am Anfang, um zu verstehen, wie das gesamte neuronale Netzwerk bei der Normbefolgung funktioniere. Letztlich ginge es auch um die Frage, welchen Einfluss man der Umwelt und der genetischen Ausstattung auf das menschliche Verhalten zuweisen könne. Daran schließt sich auch bildungspolitisch die relevante Frage an, ob und wie man diese Netzwerke im Kindesalter positiv trainieren könne.

Hanjörg Herr von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin forderte vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise einen Neustart der Makro-Ökonomie. Zwei Jahrzehnte der unregulierten Globalisierung hätten weitweit die wirtschaftlichen Instabilitäten insbesondere der Finanzmärkte verstärkt. Gleichzeitig sei die Einkommensverteilung ungleicher geworden und prekäre Beschäftigungsverhältnisse hätten zugenommen. Schließlich sei die ökologische Krise als das größte Marktversagen seit dem Bestehen des Kapitalismus anzusehen.

„Guter Kapitalismus“

Eine radikale Systemabkehr sei nicht zu empfehlen, denn der Marktmechanismus habe sich als effizientes Allokationssystem erwiesen, doch müsse er entsprechend der Lehren von John Maynard Keynes nach gesellschaftlichen Präferenzen gesteuert und reguliert werden. Dies gelte insbesondere für die Eurozone, wo eine enge Abstimmung in der Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik notwendig sei. Die Vision eines solchen „guten Kapitalismus“ habe er in dem gleichnamigen Buch mit zwei anderen Kollegen entworfen.

Nach mehreren Jahrzehnten planwirtschaftlicher Experimente habe sich China – so Margot Schüller vom Institut für Asienstudien – äußerst erfolgreich dem Marktkapitalismus zugewandt. Die Wirtschaftsdynamik der letzten Jahrzehnte war so stark, dass China bereits 2010 Japans Wirtschafts-

kraft übertrafen und Deutschland als Exportweltmeister abgelöst habe.

Exportweltmeister China

Eigentlich lege die Wirtschaftstheorie Walter Euckens nahe, dass es eine Interdependenz der Ordnungen gebe, d.h. letztlich der Kapitalismus erst mit demokratischen Strukturen seine Dynamik langfristig entfalten könne. China widerlege auf den ersten Blick diese These. Was sind die Ursachen hierfür und welche Besonderheiten weise das chinesische Wirtschaftssystem auf?

China stelle, so Schüller, eine eigene nicht übertragbare Variante des Kapitalismus dar, in der sowohl Marktkoordination als auch hierarchische Strukturen der zentralen Kontrolle bzw. Regulierung nebeneinander existieren würden. Starke Regulierungen seien vor allem auf dem Arbeits- und Kapitalmarkt vorzufinden.

Die Eigentumsstrukturen seien von außen schwer verstehbar. Es gäbe private, aber auch staatliche Unternehmen genauso wie gemischte Eigentumsformen von privaten und kommunalen Firmen. Einige der Staatsunternehmen seien der Zentrale in Peking unterstellt, andere würden von Provinzbehörden bzw. den Kommu-

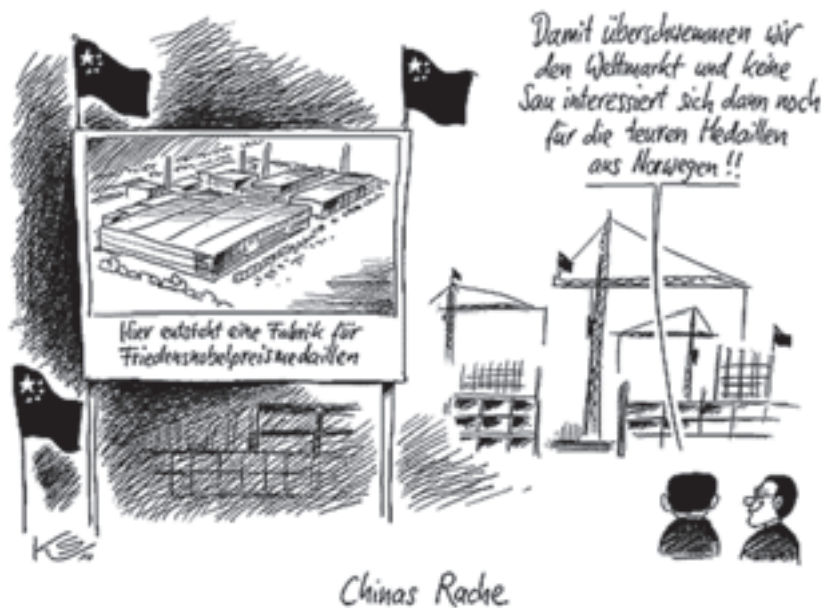
nen betrieben. Die Dynamik des chinesischen Kapitalismus erkläre sich neben seiner Exportorientierung und Offenheit gegenüber ausländischen Direktinvestitionen auch dadurch,



Margot Schüller beschrieb die chinesische Variante des Kapitalismus

dass es wirtschaftliche Konkurrenzbeziehungen zwischen den Regionen gäbe. Auch habe sich das politische System insofern flexibilisiert, als es zunehmend Recht und Sicherheit für die aufstrebende Mittelklasse garantiere. Ob dies langfristig ausreiche, blieb in der Diskussion offen. ■

Wolfgang Quaisser



Zeichnung: Stuttmann

Behindert? – Politisch aktiv!

Teilhabe Behinderter am öffentlichen Leben

Menschen mit Behinderungen ins politische Leben einbeziehen – das ist eine populäre Forderung. Aber was bedeutet es, sie von Anfang an in die Planung und Durchsetzung öffentlicher Projekte zu integrieren? Eine gemeinsame Tagung mit der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe e.V. Bayern und der Beauftragten der Staatsregierung für die Belange der Menschen mit Behinderung, Irmgard Badura, suchte im Bayerischen Landtag nach Antworten.

Die UN-Behindertenrechtskonvention entfacht derzeit landauf landab Diskussionen über den Abbau von Diskriminierungen von Menschen mit Behinderungen. Seit dem Jahr 2009 gilt diese Konvention auch in Deutschland. Sie etabliert keine Sonderrechte für Behinderte, sondern sie konkretisiert die allgemeinen Menschenrechte im Hinblick auf die besondere Lage von Menschen mit Behinderung. In ihr kommt ein allgemeiner Wandel im Blick auf Behinderungen zur Geltung, dessen Beginn man in den 1970er Jahren verorten kann und der seit etwa zehn Jahren auch in der Bundesrepublik zum Tragen kommt. Danach ist Behinderung nicht Sache medizinischer Diagnostik und individuellen Schicksals. Sie wird nicht einfach als Defizit betrachtet, sondern als eigene Qualität. Behinderungen – so die neue Perspektive – entstehen aus dieser besonderen Lebensform erst durch beeinträchtigende soziale Umstände.

Leitbild Inklusion

Diesem Perspektivwechsel entspricht der Übergang vom Leitbild der Integration einer an sich außen stehenden Gruppe in die Normalität der Mehrheit hin zum Leitbild der Inklusion, die von der Legitimität natürlicher Vielfalt ausgeht, die es entsprechend anzuerkennen gilt. Der Gedanke der Selbstbestimmung ist dabei von größter Bedeutung. Das hat politische Folgen, da der Gedanke (und die Praxis) einer fürsorglichen und in-Obhut-nehmenden Repräsentation der Forderung nach

Selbstbestimmung nicht gerecht wird. An ihre Stelle soll nicht die – auch in anderen Bereichen fragwürdige – sogenannte Eigenverantwortung treten, sondern das Konzept der Assistenz, die dazu befähigen soll, selbstbestimmt zu



Irmgard Badura: „Die Partizipation von Menschen mit Behinderung muss sich deutlich erhöhen“

Fotos: Haas

leben und zu entscheiden. „Nichts über uns ohne uns“, lautet der Slogan für diese Forderung, die auch auf der Tagung erhoben wurde.

Großer Handlungsbedarf

So wird auch augenfällig, dass die Beteiligungsproblematik keine spezifische Behindertenproblematik ist. Sie ist vielmehr ein Ausdruck einer generellen Krise der Repräsentation.

In ihrer Stellungnahme zur Teilnahme Behinderter am öffentlichen Leben stellte Irmgard Badura ihre Arbeit vor und sprach auch kritische Punkte an. Die Mitsprache in den Haushaltsverhandlungen der Ministerien sei ihr beispielsweise versprochen worden – aber eben nur versprochen. „Die Partizipation von Menschen mit Behinderung muss sich deutlich erhöhen“, forderte Badura. „An meinem Beispiel zeigt sich, dass, wenn es ans Eingemachte geht, der Handlungsbedarf noch sehr groß ist.“

Barrierefreie Wahllokale

Warum beispielsweise sitzen in den Tarifverhandlungen sozialer oder Pflegeeinrichtungen nur die Träger am Tisch und nicht auch die Nutzer? Wieso können (wie auch immer) beeinträchtigte Wähler so schwer mit ihren Abgeordneten in Kontakt treten? Geschweige denn selbst politisch aktiv werden? Die Behindertenbeauftragte sieht viele Defizite und sagt: „In den Ortsverbänden der Parteien hat sich oftmals keiner Gedanken darüber gemacht, ob ihre Veranstaltungen oder Geschäftsstellen barrierefrei sind. Erst wenn es eine Checkliste für das kommunale Angebot gibt und diese umgesetzt wird, ist auch ein Engagement möglich.“ Ein erster Schritt wäre, für die kommenden Landtags- und Bundestagswahlen nur noch barrierefreie Orte als Wahllokale auszuwählen. Menschen mit Behinderungen müssten hier deutlich ihre Rechte einfordern.

Das Recht, um das sich die gesamte Tagung „Teilhabe am öffentlichen Leben. (K)ein Thema für Menschen mit Behinderung?“ drehte, war Paragraph 29 der Behindertenrechtskonvention, der sich dem politischen Teilhaberecht widmet. In den Ländern Europas ist die Situation Behinderter



aber denkbar unterschiedlich, erklärte Bernd Schulte vom Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht.

Verständliche Wahlprogramme

In Belgien, Portugal, Dänemark und Tschechien zum Beispiel kann Personen mit geistiger Behinderung das Wahlrecht völlig entzogen werden. Diese Denkweise aber ändert sich zusehends. Schulte forderte Konsequenzen auch für das deutsche Wahl- und Betreuungsrecht, in dem bislang das Wahlrecht automatisch verliert, wenn eine Person unter „Totalbetreuung“ steht.

Britische Parteien veröffentlichen bereits leicht verständliche Wahlprogramme, in manchen Ländern dürfen Analphabeten von einer Person in die Wahlkabine begleitet werden, deutsche Städte stellen eigene Aktionspläne für barrierefreie Wahlen auf. Und auch die Betroffenen selbst beteiligen sich zunehmend selbst – wie beim Zustandekommen der UN-Behindertenrechtskonvention. „Das kann nicht hoch genug eingeschätzt werden“, meinte Schulte und sieht die Aufgabe der Politik darin, diesen Weg fortzuführen.

Echte Teilhabe kann nur erreicht werden, wenn man die Barrieren im Kopf überwindet, meint Christian Seuss, Landesgeschäftsführer des Bayerischen Blindenbundes, und gab ein Beispiel: „Solange im Schuhgeschäft meine Begleitperson nach meiner Schuhgröße gefragt wird und nicht ich selbst, können wir noch so viel über Inklusion reden – sie wird nicht Wirklichkeit werden.“

Dass es Barrieren auch in den Köpfen vieler Politiker gibt, bestätigten die beiden Landtagsabgeordneten Thomas Beyer (SPD) und Joachim Unterländer (CSU). Um ihre Interessen stärker in den Blickpunkt zu rücken, empfiehlt Unterländer Menschen mit Behinderung: „Geben Sie der Politik Nachhilfe. Wenden Sie sich auch an Kommunal- und Finanzpolitiker. Denn

Der Artikel 29 der UN-Behindertenrechtskonvention in einfachen Worten:

„Menschen mit Behinderung dürfen in der Politik und in Gruppen mitbestimmen. Sie haben das Recht, in ihrem Land mit zu entscheiden. Jeder Mensch mit Behinderung hat das Recht zu wählen. Das heißt: Jeder darf mitbestimmen, welche Politiker in Deutschland etwas entscheiden dürfen. Darum muss es zum Beispiel genug Orte geben, wo auch Rollstuhl-Fahrer wählen können. Und es muss Schablonen geben, damit auch blinde Menschen wählen können. Und die Wahl-Zettel müssen leicht zu verstehen sein. Wenn ein Mensch mit Behinderung Hilfe bei der Wahl braucht, darf er sich jemanden dafür aussuchen. Jeder Mensch mit Behinderung be-

stimmt selber, wen er wählt. Niemand darf ihn zwingen, eine Partei zu wählen. Und niemand darf einen Menschen mit Behinderung zwingen zu verraten, welche Partei er wählt. Jeder Mensch mit Behinderung kann selber Politik machen. Er kann in einer Partei mitarbeiten. Und er kann in einer Wahl gewählt werden. Jeder Mensch mit Behinderung kann auch in anderen Gruppen mitarbeiten. Zum Beispiel in Gruppen, die die Natur schützen. Jeder Mensch mit Behinderung kann Gruppen für Menschen mit Behinderung gründen und dort mitmachen. Zum Beispiel Gruppen, die für ihre eigenen Rechte kämpfen. Dafür muss Deutschland sorgen!“

für eine konstruktive Debatte benötigen wir alle Politikfelder.“ Für Beyer und Ute Strittmatter vom Netzwerk von und für Frauen und Mädchen mit

len erleichtern soll. Für die Politiker war es wichtig zu sehen, dass die Parteien in dieser Sache an einem Strang ziehen. „Das war ein erstes Zeichen in die Gesellschaft hinein“, meinte Unterländer, „dem müssen nun weitere Schritte folgen.“



Thomas Beyer: Parteien ziehen bei der Inklusion an einem Strang



Joachim Unterländer: „Geben Sie der Politik Nachhilfe“

Behinderung in Bayern ist es ebenfalls entscheidend, diese Fragen auf kommunaler Ebene zu klären.

Inklusion in der Schule

Das Gespräch auf dem Podium drehte sich auch um den bayerischen Gesetzentwurf zur Inklusiven Schule, der behinderten Kindern ab dem nächsten Schuljahr den Besuch von Regelschu-

Beyer fügte hinzu, wie schwierig es sei, ein so stilles Thema wie Politik für Menschen mit Behinderung in den Medien zu platzieren. Umso selbstverständlicher müsse es werden, dass die Betroffenen ihre Belange öffentlich – und auch im Parlament – vertreten. Dass

uns da die skandinavischen Länder und auch Österreich voraus sind, bemerkte Strittmatter.

Christian Seuss erklärte abschließend: Wenn mehr behinderte Politiker in hohe Parteifunktionen kämen, dann würden in der Politik insgesamt andere, nämlich sozialere Prioritäten gesetzt. ■

Sebastian Haas / Michael Spieker

Gibt es ein Recht auf Oper?

Kultur und Verfassung

„Kunst und Wissenschaft sind von Staat und Gemeinde zu fördern. Sie haben insbesondere Mittel zur Unterstützung schöpferischer Künstler, Gelehrter und Schriftsteller bereitzustellen, die den Nachweis ernster künstlerischer oder kultureller Tätigkeit erbringen.“ Das sagt Artikel 140 der Bayerischen Verfassung. Kultur fördern und pflegen, Bürgern die Teilnahme an ihr sichern – das ist Auftrag für den Staat. Doch wie weit soll die staatliche Kulturförderung gehen? Gibt es ein Recht auf Opern und Ausstellungen? Die Tagung „Kultur und Verfassung“ untersuchte die Bedeutung der Kultur für das gesellschaftliche Zusammenleben.

Eröffnungsredner war der ehemalige Bundesverfassungsrichter Udo Steiner. Der Professor aus Regensburg hält es nicht für sinnvoll, die Kulturförderung ins Grundgesetz aufzunehmen. Erstens sei der Staat nur ein Akteur von vielen. Den überwiegenden Teil der Kulturförderung leisteten Vereine und



Udo Steiner: Kulturförderung nicht ins Grundgesetz aufnehmen

Fotos: Haas

Stiftungen – und das ist nach Steiners Meinung auch gut so. Denn nur eine große Vielfalt der Fördermöglichkeiten garantiere die Freiheit der Kunst. Schutz nur durch eine Institution könne schnell zur Schutzhaft ausarten.

Zweitens glaubt Steiner, dass die Kunst ihre Freiheit (ein „unangreifbares gepanzertes Grundrecht“) allein

schützen kann – egal ob vor Kommerz, Terror oder Eingriffen des eigenen oder anderer Staaten.

Drittens gab Steiner zu bedenken: „Kulturfreundliche öffentliche Räume sind zwar nötig. Doch wann fördern wir noch die Kunst, und wann schon einen Wirtschaftszweig?“

Viertens solle man nicht naiv sein und glauben, dass Kulturförderung nicht nach den Regeln der Politik funktioniere. Sie sei ein Hauen und Stechen, und „ein Verfassungsgesetz löst keine Probleme“.

Steiner provozierte mit der Frage: „Was hilft der Verfassungsrang?“ Seine Antwort: Nicht viel. Denn die Kultur spiele dann „kaum mehr als eine schöne Nebenrolle im Grundgesetz“.

Flexibler Rechtsschutz

Karl-Heinz Ladeur, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Hamburg, sprach über die Freiheit der Kunst – und die stößt an ihre Grenzen, wenn es um die Übernahme geistigen Eigentums geht: Heiner Müller klaute von Bert Brecht, Helene Hegemann bediente sich für „Axolotl Roadkill“ aus Internetblogs, Diskjockeys nutzen Musik Anderer für ihre Samples, gleiches gilt für Videokünstler, Wissenschaftler oder die gesamte Industrie. Solche Übernahmen mögen unethisch sein, gegen das Urheberrecht verstoßen sie nicht immer.

„Der Sinn der Kunst ist nun mal der Denkanstoß“, meinte Ladeur – solange man es nicht mache wie Ex-Verteidigungsminister Guttenberg. Diese Problematik macht Patentschutz und Urheberrecht in der Kunst so schwierig. Macht es zum Beispiel Sinn, von einem Lied eine bestimmte Tonfolge schützen zu lassen? Oder gar Kombinationen von Buchstaben in genau diesem Text? Gerade für das schnelle, häufig anonyme und flüchtige Internet mit seinen Blogs, Portalen und sozialen Netzwerken greifen die alten



Karl-Heinz Ladeur: Im Internet greifen die alten juristischen Verfahren nicht mehr

juristischen Verfahren nicht mehr. Deshalb schlägt Ladeur eine Art flexiblen Rechtsschutz im Internet vor, den dann ein „Cyber Court“ durchsetzen kann.

Kultur und Rundfunk

Bildung und Unterhaltung – das ist die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Doch hat die Kultur überhaupt noch eine Chance gegen Sportschau, Talkshows und „Deutschland sucht den Superstar“?

Wolfgang Langenbacher, Medienexperte von der Universität Wien und Vorsitzender des Österreichischen Ethikrats für Public Relations, sieht bei der hohen Anzahl von Hör- und Fernsehspielen und eigener Orchester keinen Grund zur Sorge: „Man darf nicht unterschätzen, wie viel Kultur der Rundfunk verbreitet und wie viele Menschen so einen Zugang zu Kultur bekommen.“



K. Heinz Eisfeld ist Beiratsvorsitzender der Akademie und Mitglied im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks. Er sieht sich in dieser Funktion Kritik ausgesetzt.



Rundfunkrat K. Heinz Eisfeld:
große Zahl öffentlich-rechtlicher Kulturprogramme

Erstens: Das Programm sei schlecht. Eisfeld konterte mit dem Hinweis auf die große Zahl öffentlich-rechtlicher Regional- und Spartenprogramme, auch für die Kultur.

Zweitens: Die Gebühren seien zu hoch. Qualität habe ihren Preis, entgegnete der Rundfunkrat, diskutierte aber auch gern über den Sinn übertrager Rechte für Sportübertragungen. Sein Ziel erfülle der öffentlich-rechtliche Rundfunk dann, wenn er diese Kriterien erfüllt: für jeden zu empfangen, wirtschaftlich gesund, offen für Mitsprache und an den Wünschen der Kunden orientiert. All das miteinander zu kombinieren fällt sichtlich schwer.

Der Schriftsteller Robert Stauffer, ebenfalls Rundfunkrat, erklärte während seiner kleinen Lesung: Noch nie wurde so viel Literatur und Musik für Radio und Fernsehen aufbereitet wie heute – und sei es nur als Hintergrund für Krimis und Dokumentationen.

Dass man viele dieser Beiträge zum mehrmaligen Hören auf PC oder Handy überspielen könne, habe außerdem einen „hohen pädagogischen Wert“.

Schutz der Kulturgüter

Sophie-Charlotte Lenski von der Universität München erläuterte den staatlichen Kulturgüterschutz. Kunstwerke und Kulturgüter können in ein nation-

ales Verzeichnis eingetragen werden und dürfen danach nur noch mit Genehmigung ausgeführt werden – im Gegenzug gibt es Begünstigungen bei der Steuer. Gerade einmal 600 Werke sind von privater und öffentlicher Seite verzeichnet. „Hier ist die Verwaltung gefordert, das Gesetz besser umzusetzen“, sagte Lenski. Ein besonderes Spannungsfeld bestehe auch bei der Rückgabe von Kunstwerken, die im Nationalsozialismus enteignet wurden. Hier zeige sich deutlich, dass Kulturgüterschutz in erster Linie ein politisches Thema ist.



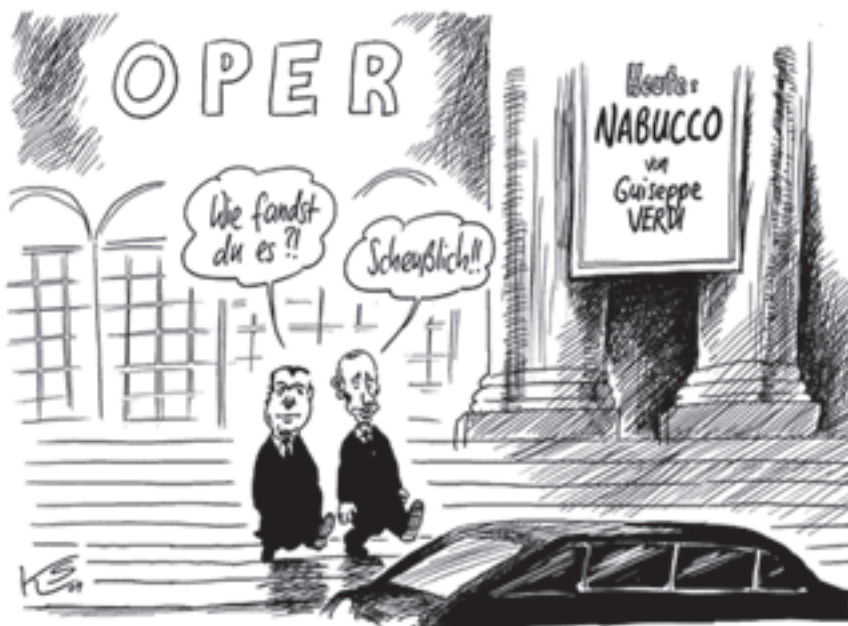
Sophie-Charlotte Lenski:
Kulturgüterschutz ist ein politisches Thema

zen“, sagte Lenski. Ein besonderes Spannungsfeld bestehe auch bei der Rückgabe von Kunstwerken, die im Nationalsozialismus enteignet wurden. Hier zeige sich deutlich, dass Kulturgüterschutz in erster Linie ein politisches Thema ist.

Kulturelle Traditionen

Der Föderalismus-Forscher und Staatsrechtler Hans-Peter Schneider sprach zum Thema „Rechtssatz und geronnene Geschichte: Der kulturelle Gehalt der Grundrechte“.

Schneider legte dar, dass alle Regelungen unseres Grundgesetzes auf kulturellen Traditionen ruhen, gar von „spektakulären Kulturereignissen“ ausgelöst wurden: die Religionsfreiheit durch die Reformation, die Meinungsfreiheit durch die Erfindung des Buchdrucks, die Berufsfreiheit durch die Französische Revolution und die Bauernbefreiung. ■



Zeichnung: Stuttmann

Sebastian Haas / Sebastian Ehnes

Die Zukunft der Verwaltung

Wie kann die Verwaltung in Zukunft für ein gedeihliches Zusammenleben der Bürger sorgen? In Tutzing diskutierten Verwaltungsprofis, Politiker, Wissenschaftler und Bürger über Entwicklungslinien.

Keine Sensibilität für den Einzelfall, eine unverständliche Amtssprache, das sture Zurückziehen auf Vorschriften – Bürokratie wird emotional oftmals mit Mismut und Überdross in Verbindung gebracht, stellte der ehemalige Direktor des Deutschen Bundestags Wolfgang Zeh fest. Diese äußerliche Betrachtungsweise lenke jedoch von dem Verfassungsauftrag der Verwaltung ab: für den Bürger da zu sein und eine legitime Grundlage für das Handeln des Staates zu schaffen. In unserer pluralistischen Gesellschaft ohne religiöse und ideelle Vorgaben müssten staatliche Entscheidungen auf rationalen, immer gleichen und kontrollierbaren Strukturen beruhen. Gängigen Sonntagsreden von der „Gesetzesflut“ stellte Zeh eine Analyse über das Entstehen von Gesetzen und damit einhergehendem Verwaltungsbedarf entgegen.

Mentalitätswandel für weniger Bürokratie

„75 Prozent der Gesetze kommen von der jeweiligen Regierung“, so Zeh. Sie spinne aber nur ein Garn zu einem Muster, welches woanders herkommt. Dieses Garn reiche über den Koalitionsvertrag, den Vorstellungen der Parteien bis zum Einfluss von Verbänden, der Medien, Kultur und Forschung. Grundvoraussetzung für weniger Bürokratie sei ein Mentalitätswandel. Zu weniger Bürokratie zu kommen, sei schwierig in einer Gesellschaft, die viel Sicherheit möchte, die Risiken, wo immer möglich, vermeiden will und immer zuerst danach fragt, wer Schuld hat.

„Die politischen Spitzen müssen sehen, dass das Vertrauen der Bürger auch in einer hochregulierten Gesellschaftskultur nur dann erhalten werden kann, wenn alle Chancen für Modernisierungsprozesse genutzt werden“, sagte der ehemalige Staatssekretär im Bundesforschungsministerium Wolf-Michael Catenhusen, der stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Normenkontrollrats ist.

Die Regulierungsintensität in Deutschland hänge mit der Rechtstradition zusammen, aber auch mit den positiven Erfahrungen wichtiger Akteure, wie der Wirtschaft. Diese wüssten die Rechtssicherheit dieses Systems zu schätzen. Um zu besseren Gesetzen kommen, erinnerte er an den ehernen Grundsatz „Für ein gutes Gesetz braucht man



Wolfgang Zeh: Gesellschaft möchte Sicherheit und Risikovermeidung
Foto: Friedl

mindestens ein Jahr Zeit“. Nach seiner Erfahrung sei ein großer Überarbeitungsbedarf je wahrscheinlicher, desto weniger Zeit zwischen Ankündigung und Umsetzung eines Gesetzes liegt. Durch die Arbeit eines unabhängigen „watch dogs“, wie den Nationalen Normenkontrollrat, könnten jedoch Reformprozesse zur Senkung von Bürokratiekosten und der einheitlich strukturierten Umsetzung von Gesetzen in Gang kommen.

Die Art und Weise, wie etwas in der Verwaltung passiert, wie die Mitarbeiter die Verwaltung und die Außenwelt wahrnehmen, die Sinnstiftung und Selbstdeutung von Verwaltungsangehörigen bis hin zum Weltbild lässt sich mit dem Begriff der Verwaltungskultur zusammenfassen.

Der Historiker Stefan Fisch, Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, verglich verschiedene dieser Verwaltungskulturen. Besonders prägnant seien die Beispiele von entstehenden Verwaltungen wie der Europäischen Kommission, die ihren Ursprung in der „Hohen Behörde“ der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1952) hat. Deren Gründungspräsident Jean Monnet prägte die Kommission im Sinne des französischen Verwaltungsmodells. Dies zeige sich noch heute an der starken Rolle des Französischen als Amtssprache, dem „Cabinet“-System und der Personalrekrutierung mittels „Concours“.

Unterschiedliche Verwaltungskulturen

Auch der Vergleich traditioneller, jahrhundertalter Verwaltungen öffne den Blick für bis heute geltende Unterschiede. Ob Akten gebunden archiviert werden oder aus einzelnen Blättern bestehen, die man nachträglich herausnehmen kann, ob einheitliche Systeme der Anlegung von Akten bestehen oder die Akten individuell geführt werden und den entsprechenden Beamten „unentbehrlich“ machen können, ermöglichen verwaltungskulturelle „Aha-Erlebnisse“.

Der Computer kann zweierlei sein. Hilfestellung und schreckliche Barriere. In jedem Fall verändert er die Verwaltung. Der Innsbrucker Rechtsinformatiker Friedrich Lachmayer zeigte dies anhand von Strukturbeispielen. „Der Computer ist präzise und transparent – aber auch unerbittlich“, so Lachmayer. „Die Rationalität der Ma-



schine ist größer als unsere. Diese Rationalität haben wir eigentlich nicht so gerne, wir wollen Billigkeit und Elastizität“, sagte er.

Auf dem Weg zum Maschinenrecht

Elektronische Akten und eGovernment führten zu Veränderungen in der Kommunikation. Auch komme möglicherweise ein „Maschinenrecht“ auf uns zu. Der Computer bestimme Abläufe, so wie eine Ampel auf rot schaltet und bestimmt, wer gehen kann und wer nicht.

In Programmen der Verwaltungsmodernisierung spiegeln sich auch ethische Konzepte wider, so der Hagener Verwaltungsethiker Thomas Faust. Das auf Effizienz gerichtete „New Public Management“ der 1990er Jahre sei inspiriert durch die Ethik des Konsequentialismus, also den Blick auf den Zweck und die Folgen des Handelns. Das „Public Government“ der 2000er

Jahre sei dagegen stärker auf „Prinzipien guten Handelns“, wie dem Leitbild des „homo socialis“ gemünzt und entspricht damit eher Konzepten der deontologischen Ethik. Faust erinnerte an die Individualethik. Durch die Entwicklungen in der Kommunikationstechnologie und durch neue Gesetz-

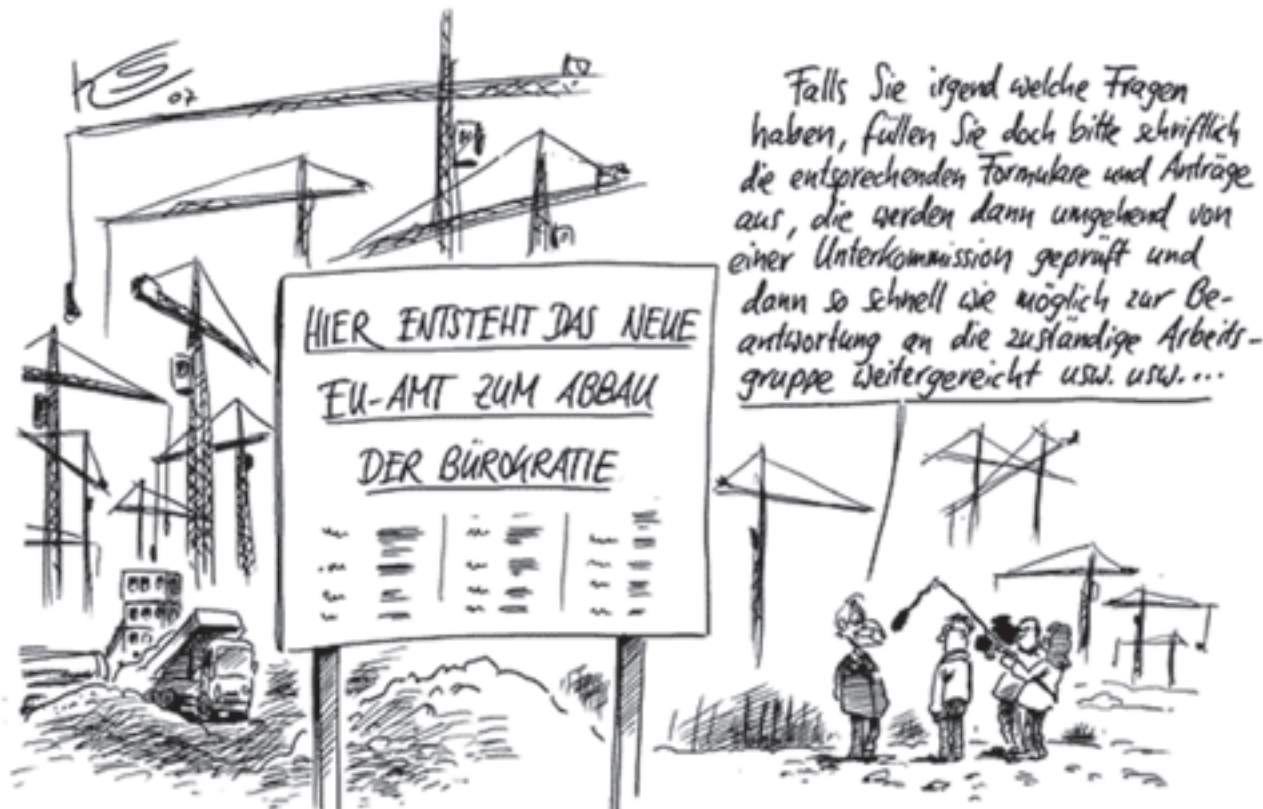
gebungen würden neue Möglichkeiten geschaffen, Bürgerethos zu artikulieren. Innerhalb der Verwaltung würden die Möglichkeiten, konstruktive Kritik äußern zu können, stärker in den Blickpunkt rücken und Umdenkungsprozesse in Gang setzen. ■

Gero Kellermann

Der Nationale Normenkontrollrat

Aufgabe des Nationalen Normenkontrollrates (2006) ist es, die Bundesregierung bei der Umsetzung ihrer Maßnahmen auf den Gebieten des Bürokratieabbaus und der besseren Rechtsetzung zu unterstützen. Vereinbart wurde die Gründung eines Normenkontrollrats im Koalitionsvertrag der Großen Koalition im Jahr 2005 zwischen CDU, CSU und SPD. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt fünf Jahre. Eine erneute Berufung ist möglich. Der Rat setzt sich aus Vertretern der Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Justiz und Verwaltung zusammen. Die Tätigkeit ist ehrenamtlich.

Quelle: www.normenkontrollrat.bund.de



Zeichnung: Stuttmann

Das Elend der öffentlichen Haushalte

Finanzwissenschaftlerin Gisela Färber analysierte zukünftige Entwicklungen

Die Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte kratzt mittlerweile an der 2-Billionen-Grenze. Durch den demografischen Wandel droht weiteres Ungemach. Wie wird sich staatliches Handeln dadurch verändern?

„Wenn wir uns vielleicht in zehn Jahren wiedersehen, steht das Thema des Elends der öffentlichen Haushalte immer noch auf der Tagesordnung. Aber vielleicht haben wir bis dahin den einen oder anderen Baustein gesetzt“, sagte die Speyerer Finanzwissenschaftlerin Gisela Färber auf der Tutzingener Tagung „Die Zukunft der Verwaltung“.

Dazu stellen sich aber besondere Herausforderungen. Diese hängen insbesondere mit dem demografischen Wandel zusammen. Den Deutschen fehle ein Drittel der Geburten zum Generationenerhalt, stellte sie fest. Noch gravierender sei die Tatsache, dass sich im Jahr 2050 die Zahl der über 80-Jährigen gegenüber 1990 verfünffacht haben wird. Insgesamt wird trotz Zuwanderung die Bevölkerung von jetzt über 80 Millionen auf 65 Millionen im Jahr 2060 geschrumpft sein.

„Länger arbeiten“

Das wirkt sich natürlich dramatisch auf die staatlichen Einnahmen und Ausgaben aus. Insbesondere werden bei der gewaltigen Zunahme älterer Menschen die Ausgaben für Renten, Gesundheit und Pflege frappierend nach oben gehen, sagte Färber. Der letztlich am meisten schonende Weg zur Deckelung der steigenden Kosten bestehe in einer Rentenreform nach dem Grundsatz „Länger arbeiten“. „Das

müssen die Gewerkschaften begreifen, die Arbeitgeber müssen aber eine andere Gesundheitspolitik in den Betrieben entwickeln“, sagte Färber, die Mitglied im Nationalen Normenkontrollrat ist.



*Gisela Färber: Bausteine zur Reduzierung der Staatsverschuldung
Foto: Friedl*

Die Bevölkerungsentwicklung wird regional sehr unterschiedlich sein. München wird wachsen, quer durch die Bundesrepublik werden Metropolräume und Stadtstaaten weniger und später altern. Dagegen verlieren Peripherie und Grenzümgebungen jetzt schon an Bevölkerung und altern stark – insbesondere, wenn sie nicht genügend Arbeitsplätze bieten.

Hochbrisant ist die Frage, wie die Politik mit der Unterteilung in prosperierende und dünner besiedelte Gebiete umgeht. Viele Leistungen von Verwaltung und Daseinsvorsorge sind oftmals abhängig von der Zahl der Nutzer – wegen der hohen Fixkosten (etwa Schwimmbad, Theater, Schule). „Wir brauchen dezentrale kostengünstigere Bereitstellungstechnologien“, appellierte Färber. In Sachsen würden

zum Beispiel teure, aber zu wenig genutzte Kanalnetze zurückgebaut, um die Kosten zu senken.

Verschiedene Schulstandorte

Auch könnten „Kreisschulen“ mit verschiedenen Schulstandorten in dünner besiedelten Gebieten einen Ansatz zur Kostensenkung darstellen. So würden Schüler zum Beispiel drei Tage die Woche in die Stadt zum zentralen Unterricht fahren und zwei Tage jahrgangsübergreifend vor Ort ausgebildet. „Das ‚Alle gehören zu einer kleinen Einheit, die nicht beweglich ist‘ wird so nicht mehr durchzuhalten sein. Dies ist in der Bildungspolitik aber immer noch nicht angekommen“, kritisierte sie.

Dies waren nur einige Beispiele, die aus der Verschuldung aus der Vergangenheit und aus dem demografischen Wandel resultieren. Das Ziel der Haushaltssanierung erfordere weitere Veränderungen, insbesondere effizientere Formen der Aufgabenerfüllung. Färber hob dabei die Rolle des Föderalismus

„Es gewinnt derjenige, der seinen Haushalt zuerst saniert und zukunftsfest gemacht hat“

in Deutschland hervor, der zum Teil auch Standortwettbewerb bedeute: „Es gewinnt derjenige, der seinen Haushalt zuerst saniert und zukunftsfest gemacht hat“, prognostizierte die Finanzwissenschaftlerin. ■

Gero Kellermann

Von der Revolte zur neuen Ordnung?

Udo Steinbach über Arabien im Umbruch

Was mit der Selbstverbrennung eines jungen Mannes in Tunesien begann, ist zum Flächenbrand für eine ganze Region geworden: Die arabische Welt – von Tunesien über Ägypten, Bahrain, Jemen, Syrien bis hin zum revolutionär geschüttelten Libyen – befindet sich in einem großen politischen Umbruch. „Um den Prozessen in der arabischen Welt eine positive Entwicklung zu geben, muss Europa sich öffnen und eine inklusive Sicht auf den Mittelmeerraum entwickeln“, forderte Udo Steinbach beim 43. Akademiegespräch im Bayerischen Landtag. In seinem Vortrag zum Thema „Arabien im Umbruch – Von der Revolte zur neuen Ordnung?“ warb der bekannte deutsche Nahost-Experte und profunde Kenner der arabischen Welt für einen vorurteilslosen Dialog und die Integration der beiden Kulturräume: „Die Chancen liegen in der Komplementarität von Europäern und Arabern“, sagte Steinbach. Die Kulturen könnten einander ergänzen – zum beiderseitigen Nutzen.

Landtagspräsidentin Barbara Stamm sagte zur Eröffnung: „Wir erleben zurzeit eine beispiellose Welle der Revolte in der arabischen Welt. Das Ausmaß der Proteste legt nahe, dass es in der arabisch-islamischen Welt ein Zurück nicht geben wird.“ Aus Sicht von Heinrich Oberreuter ist es noch fraglich, ob die „Arabellion“ auch tatsächlich in eine neue Ordnung nach dem Vorbild europäischer Demokratien münden werde. Zu groß seien die Ungewissheiten und Unsicherheiten hinsichtlich der inneren Strukturen, der Wahlprozesse und der politischen Kräfte.

Wie die Revolten im Einzelnen verlaufen werden und mit welchem Ergebnis, vermochte auch der Islamwissenschaftler und Referent des Abends nicht vorauszusagen. „Insgesamt stehen wir am Anfang eines Prozesses, der die Zukunft Europas im 21. Jahrhundert essenziell betreffen und noch Jahre dauern wird“, sagte Steinbach. Richtung und Ende des Wandels, der

auch von Bürgerkriegen begleitet werde, seien unklar. Zwar könnten die alten Machthaber noch versuchen, die Uhren zurückzudrehen; die Zeit aber,



Udo Steinbach plädierte für europäisch-arabische Nachbarschaft mit Pluralität
Foto: Friedl

so Steinbach, könne nicht zurückgedreht werden. Die Kluft zwischen den Menschen, die eine Neuordnung wollten, und den alten Regimes sei zu groß

geworden. Steinbach erblickt in den Revolten, unabhängig von der Sequenz aktueller Medienberichte, eine tiefgreifende historische Zäsur und den in der Geschichte nunmehr dritten Versuch der arabischen Welt, selbstbestimmte Strukturen sowie Freiheit zu erlangen.

Fremdbestimmung und Frustration

Zum ersten Mal hätten die Araber bereits zwischen 1916 und 1919 den Traum von Selbstbestimmung geträumt, als sie angesichts der Überreste des im Ersten Weltkrieg zerfallenen Osmanischen Reiches auf legitimierte Strukturen hofften. Diese erste arabische Revolution, so Steinbach, sei jedoch fehlgeschlagen, weil die europäischen Mächte damals das osmanische Zerfallsprodukt neokolonial in Mandatsgebiete aufteilten.

Auch die zweite arabische Revolution schlug, wie der 67-jährige Islamwissenschaftler ausführte, fehl. Sie begann 1952, als in Ägypten Gamal Abdel Nasser an die Macht kam und mit seinem pan-arabischen Nationalismus die Initialzündung für neue Unabhängigkeitsbewegungen gab. Dieser Prozess habe sich aber letztlich in den Fallstricken des Ost-West-Konflikts, sozialistischer Gesellschaftsexperimente, Klientelpolitik sowie widerstreitender Nationalismen verheddert. Die arabischen Systeme verfestigten sich bald alle zu Diktaturen. Und auch wo der Sozialismus ausgerufen wurde, wäre dieser auf faktischen Staatskapitalismus zum Zwecke der Selbstbereicherung privilegierter Schichten hinausgelaufen. Die Überschrift der nun dritten arabischen Revolution heiße „Frustration“, sagte Steinbach. Ein Mann



übergießt sich in Tunesien mit Benzin, zündet sich an. Die dadurch entstandenen Unruhen weiteten sich – begünstigt durch die freien und neuen Medien – über einen Volksaufstand zu einer Revolution hin aus: Arbeitslosigkeit, fehlende Perspektiven für junge Leute und Armut als Antrieb. „Diese Menschen haben nichts zu verlieren“, betonte der Islamwissenschaftler. Angesichts der Frustration bildeten sich solidarische Gemeinschaften, die sich gegen die Regime ihrer Länder auflehnen. Dabei handele es sich um Bewegungen, die alle Schichten, alle Religionen und Konfessionen umfassen und ein breites Spektrum der Bevölkerung repräsentierten. Allerdings seien vielfach keine politischen Führungspersönlichkeiten und keine demokratischen Strukturen vorhanden. „Kräfte, die in ein parlamentarisches System einmünden, sind nicht da“, analysierte der Fachmann.

Zur Rolle des Westens im Nahen und Mittleren Osten machte Steinbach seine Meinung unmissverständlich klar: „Auswärtige Einmischungen waren bislang immer verhängnisvoll.“ Der Westen könne die Reformkräfte stärken, sollte aber eine weitreichende Einmischung vermeiden. Das gelte auch für Libyen, wo es um die Verhinderung einer humanitären Katastrophe geht, nicht aber darum, dem Land in neokolonialer Manier den Entwicklungsweg vorzuschreiben.

Schluss mit Arroganz und Klischees

Überhaupt warnte der Islamwissenschaftler vor europäischer Arroganz. Auch dürften die Europäer nicht nur angstvoll auf Flüchtlingsströme oder vermeintliche Terrorgefahren starren: „Die neuen Gesellschaften in der arabischen Welt brauchen Europa“, betonte Steinbach und verwies in diesem Zusammenhang auf die Rolle der Frauen, die im arabischen Aufbruch unübersehbar eine große Bedeutung hätten. Die Europäer seien aufgerufen, Klischees über Bord zu werfen und mit den Menschen in der arabischen Welt in einen vorurteilslosen Dialog einzutreten. „Die Europäer müssen auf die

Kulturen auf der anderen Seite des Mittelmeeres offen zugehen, um den politischen Prozessen dort eine positive Entwicklung zu geben“, forderte Steinbach. Der Wissenschaftler gab zu, dass diese neue inklusive Sicht des Mittelmeerraumes für die Europäer schon eine gewisse Herausforderung darstellt, gelte es dabei doch auch, die eigene Identität zu klären. Steinbachs Vision der zukünftigen europäisch-arabischen Nachbarschaft defi-

niert das Mittelmeer als „mare nostrum“, also einen gemeinsamen geographischen Raum rund um das Mittelmeer, in dem Grundwerte geteilt, zugleich aber religiöse, kulturelle und politische Pluralität akzeptiert würden. Europäer und Araber könnten dabei voneinander lernen und einander ergänzen – zum beiderseitigen Nutzen. ■

*Katja Helmö
(Bayerischer Landtag)*

24 Positionen zu Kunst und Politik GEDOK stellt in der Akademie aus

Die Akademie ist stolz auf die Symbiose von Kunst und Politik. Mit diesen Worten leitete Michael Schröder, stellvertretend für den Akademiedirektor, seine Begrüßung zur diesjährigen Eröffnung der Ausstellung der Künstlerinnen des Gedok-Kunstvereins ein. Er bedankte sich für die Zusammenarbeit seit 1998. Für Schröder ist klar: Kunst kann und soll nicht so sein, dass sie allen gefällt.

Genau hier besteht die Verbindung zwischen den Bildern der Künstlerinnen und der Arbeit der Akademie. Sie regen zu Diskussionen und Interpretationen an. Nicht selten hätten Tagungsgäste schon die verschiedenen Kunstwerke im Bezug zum jeweiligen Tagungsthema gedeutet. Nach einem musikalischen Intermezzo, das durch Johanna Varner und Dick Toerring gestaltet wurde, hatte die Vorsitzende

der Gedok München, Angelika Schulz, das Wort. Auch sie bedankte sich für die erfolgreiche, langjährige Zusammenarbeit: „Für mich ist die Akademie ein Informationsknotenpunkt für unsere Kunst“.

Die aktuelle Ausstellung von GEDOK – 24 Positionen – ist noch bis zum Juli 2012 in der Akademie für Politische Bildung zu sehen. ■

Susanne Friedl



*Sprachen zur Ausstellungseröffnung: Dozent Michael Schröder und Gedok-Vorsitzende Angelika Schulz
Foto: Friedl*

Iran – alte Hochkultur mit Atomprogramm

Der Iran ist eine alte und erfolgreiche Hochkultur, ein großartiges Land mit berühmter literarischer Tradition und ein Machtfaktor weit über die Region hinaus. Zu den Sicherheitsrisiken werden das Atomprogramm und das militärische Potential gezählt. Dazu kommt das Bestreben Teherans, sich verstärkt für den Schutz von Schiiten im Irak oder Bahrain einzusetzen. Die Risiken für die Stabilität des gesellschaftlichen und politischen Gefüges dieser Staaten sind offenkundig.

Der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien (IAEA) liegen keine Beweise über ein militärisches Nuklearprogramm vor. Allerdings ist davon auszugehen, dass der Iran schnell eine Schwellenfähigkeit und die Option atomarer Bewaffnung erreichen möchte. In der Vergangenheit war Iran allerdings, wie andere Länder der Region auch, Opfer oder zumindest Subjekt westlicher Einflussnahme und hegt entsprechendes Misstrauen gegen alle Versuche westlicher Einflussnahme.

Krieg in Vorbereitung

Ulrich Tilgner hat als Journalist seit 1980 für die ARD und das ZDF aus dem Nahen und Mittleren Osten berichtet. Von 2002 bis 2008 leitete er das ZDF-Büro in Teheran. Seit 2008 arbeitet er als Korrespondent für das Schweizer Fernsehen. Der Mittlere Osten verfüge über 57 Prozent der Weltölvorräte, sagte Tilgner. Und die wenigsten dieser Erdölstaaten seien enge Freunde der USA. Der Einfluss des Westens in der Arabischen Welt sinke, wie die jüngsten Unruhen bewiesen. Das militärische und politische Engagement der USA in Irak und Afghanistan habe 2000 Milliarden Dollar gekostet, aber keine neue Zivilgesellschaft hervorgebracht. Auch Obamas „Change“, so Tilgner, sei nicht umsetzbar und dies sei das Signal für die Region, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.

Die Frage nach den amerikanisch-iranischen Beziehungen und der Wahrscheinlichkeit militärischer Auseinandersetzungen wird unterschiedlich bewertet. Ulrich Tilgner ist sich sicher:

„Ein Krieg gegen den Iran wird seit zwei Jahren in den Vereinigten Arabischen Emiraten vorbereitet, allerdings nicht mit regulären Streitkräften, sondern mit lateinamerikanischen und südafrikanischen Söldnern.“



*Ulrich Tilgner war von 2002 bis 2008 ZDF-Korrespondent in Teheran
Fotos: Ehnes*

Irans konventionelle militärische Mittel könnten von amerikanischen Einheiten ausgeschaltet werden. Anders sehe es dagegen bei iranischen Spezialeinheiten und Selbstmordkommandos aus. Die asymmetrische Kriegsführung sei eine Bedrohung für die USA. Iran könnte in Nachbarländern intervenieren, aber die Kriegsgefahr werde überschätzt. Die Militärausgaben seien im internationalen Vergleich gering, meinte Tilgner.

Gering sei auch die Gefahr von Chaos im Land. Er wehrte sich gegen die übliche Berichterstattung und betonte: „Der Iran und insbesondere Teheran funktionieren!“ Verkehrsmittel, Infrastruktur und einzelne Industriezweige

seien leistungsfähig. Die Energieindustrie sei allerdings veraltet. Die internationalen Sanktionen und der miserable Kreditleumund behinderten die Entwicklung. Alleine der Nachholbedarf der Investitionen auf dem Energiesektor betrage etwa 200 Milliarden Dollar.

Die Wirtschaft stellt sich ambivalent dar: Günstige Produkte erlauben einen gewissen Konsum, Photohandys sind für 20 Dollar zu haben. Andererseits existieren große Probleme wie Arbeitslosigkeit, eine Inflation zwischen 20 und 25 Prozent. Die wirtschaftliche Situation werde durch hohe Subventionen und Sozialprogramme verzerrt. Soziale Probleme und innere Widersprüche spiegeln sich in gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Milizen und in den Machtkämpfen in der Staatsführung.

Die Spaltung der Gesellschaft setze sich auch in den Sicherheitskräften fort. So gebe es bei den berüchtigten Basidj-Milizen nicht nur Schlägertrupps und Ahmadinedschad-Anhänger, sondern auch kritische Gruppen.

Der politischen und religiösen Führung Irans ist an internationaler Anerkennung gelegen. Iran muss sich aus der Isolation befreien. Die Chancen stünden nicht schlecht: Irans Außenpolitik, beschrieb Tilgner, sei pragmatisch geworden. Revolutionsbewegungen würden nicht mehr unterstützt. Die Beziehungen zum benachbarten Ausland seien gut. Die Aufbauarbeit, beispielsweise im westlichen Afghanistan, habe sich gelohnt. Gleichzeitig werde nicht darauf verzichtet, den anti-amerikanischen Kampf und einzelne terroristische Organisationen zu unterstützen.

Christl Catanzaro von der Universität München beschrieb die iranischen Reformmöglichkeiten als wenig aussichtsreich: Reformversuche von aussen trieben nur das Volk geschlossen hinter das Regime; innere Reformen dagegen wären durch Diskurse über

gesellschaftlichen Wandel und die Trennung von Staat und Religion möglich; Reform von oben ist ebenfalls denkbar. Dem entgegen stehen allerdings die inneren Machtkämpfe.

Junges Wahlvolk

Schließlich Reformen von unten – sie sind durch den mächtigen Unterdrückungsapparat kaum vorstellbar. Die inneren Machtkämpfe werden angeheizt durch Diskussionen über den



Christl Catanzaro: innere Machtkämpfe im Iran

„wahren schiitischen Islam“. Insgesamt ist die politische Landschaft getrübt durch eine zerstrittene Opposition und den Einfluss der Sicherheitskräfte auf die Politik. Dennoch werden bärtige Revolutionswächter die Zukunft nicht alleine bestimmen. Die Mehrheit des Wahlvolks ist jung: 70 Prozent der Iraner sind unter 30 Jahren. Diese Jugend hat ein großes Interesse an persönlichen Freiheiten, Mode und Musik. Sicher gebe es unter den jungen Iranern verschiedene Gruppierungen, auch religiöse. Außerdem mache sich ein Stadt-Land-Gefälle bemerkbar. Grundsätzlich sei aber vieles gleichzeitig möglich: „Junge Iraner können religiös sein und gleichzeitig Popmusik lieben“, sagte Catanzaro.

Nationalismus, anti-israelische Strömungen und Verschwörungstheorien seien unterschiedlich verbreitet. Was die Gesellschaft aber eine, sei die Ablehnung äußerer Einmischung, die Frustration über die internationale Isolation und über den Iran-Irak-Krieg, in dem man sich von der internationalen Gemeinschaft im Stich gelassen

fühlte. Auch Christl Catanzaro ist sich sicher: Ein Angriff der USA würde das Regime nicht destabilisieren – im Gegenteil: Ahmadinedschads Anti-Amerikanismus habe ihm auch von politischen Gegnern Sympathie gebracht. Der Westen müsse endlich seine Überheblichkeit im Umgang mit dem Iran ablegen, iranischen Interessen differenzierter und aufmerksamer begegnen und akzeptieren, dass der Iran in der Region eine Rolle spielen soll und muss. Es werde vollkommen übersehen, welche Hilfsleistungen Iran beispielsweise in Afghanistan erbracht und wie viele Millionen Flüchtlinge Iran aufgenommen habe.

Desolater Zustand der Gaswirtschaft

Michael Sander vom Forschungszentrum Jülich berichtete über Irans Energiewirtschaft und über Kooperationsmöglichkeiten. Russland und Iran halten zusammen 40 Prozent der Gasreserven der Welt. Aber die iranische Gaswirtschaft sei in einem so desolaten Zustand, dass man mehr Gas importiere als exportiere. Iran exportiert kein Gas nach



Michael Sander: Strukturelle Probleme der iranischen Energiewirtschaft

Europa – auch wegen der russischen Politik, die den europäischen Energiemarkt mit eigenen Lieferungen dominieren und kontrollieren möchte. Russland liefert über 30 Prozent der europäischen Öl- und 40 Prozent der europäischen Gasimporte und habe Kooperation nicht nötig. Die große Frage für die iranische Energiewirtschaft, die

immerhin 10 Prozent der weltweiten Öl- und 16 Prozent der Gasreserven besitzt, lautet: Wohin in Zukunft liefern? Geht es nach Russland, ist klar: nicht nach Westen und Norden, nicht nach Europa!

Russlands Interessen gegenüber Iran sind ambivalent: Einerseits werden strategische Partner in einer multipolaren Weltordnung gegen die USA gesucht, auch werden Waffen nach Iran geliefert. Andererseits möchte Russland keine Konkurrenten in der Region und es bestehen Spannungen durch das iranische Atomprogramm.

Der iranische Energiesektor steht vor erheblichen strukturellen Problemen: Er wird von mehreren, auch konkurrierenden staatlichen Akteuren dominiert. Die Raffineriekapazität ist unterentwickelt, 30 Prozent des Benzins muss importiert werden. Die Preise sind reguliert, die Energiewirtschaft ist damit international nicht konkurrenzfähig und notwendige Investitionen bleiben aus. Russland plant Investitionen und den Aufbau gemeinsamer Unternehmen, beispielsweise eine Beteiligung am größten Gasfeld der Welt und sieben weiteren Gasfeldern sowie an mehreren Pipelineprojekten.

Insgesamt ist das russisch-iranische Verhältnis, trotz aller Investitionen, jedoch angespannt. Auch regionale Energieforen haben keine etablierten Kooperationsmechanismen, keine gemeinsame Strategie oder Steuerungsmöglichkeiten der Märkte entwickelt. Das 2001 gegründete „Gas Exporting Countries Forum (GECF)“ ist sehr heterogen. Eine „Gastroika“ Russland-Iran-Quatar hielte zwar 53 Prozent der weltweiten Reserven und 25 Prozent der Förderung. Preisabsprachen und Förderquoten existierten aber genauso wenig wie im Energieclub der Shanghai Cooperation Organisation.

Iran in der Vormoderne

Reza Hajatpour von der Universität Bamberg beschäftigte sich mit der Frage, ob der Gedanke der Modernisierung im Iran angekommen ist. Iran werde von einer geistlichen Minderheit



regiert und der Klerus verliere sein traditionell gutes Ansehen in der Bevölkerung. Es gebe das Paradox, dass durch die neue geistige Heimatlosigkeit im Iran eine religiöse Krise des politischen Islam entsteht. Die frühe Auflösung der islamischen Einheit und damit Spaltung in Schiiten und Sunniten und schließlich die Anforder-



Reza Hajatpour: mono-klerikatische Herrschaftsstruktur im Iran

rungen der Moderne haben zu Herrschafts- und Identitätskrisen geführt. Fragen nach weltlicher und geistig-spiritueller Herrschaft, ihrer Inspirationsquelle, ihrer Trennung und ihrer Legitimationsherleitung seien von zentraler Bedeutung. Die weltliche Herrschaft religiöser Rechtsgelehrter wird mit Berufung auf den 12. Imam eigentlich als usurpatorisch abgelehnt. Chomeini hob diese Einschränkung auf, war aber damit nicht mehr streng schiitisch. Mehr noch: Seine Doktrin der Herrschaft religiöser Rechtsgelehrter spaltete die Gesellschaft. Das zentrale schiitische Dilemma ist: Herrschaft ist notwendig, aber usurpatorisch.

Hajatpour versuchte, die komplexe Lage zu erläutern: Die Schia stünde einem säkularen Staat eigentlich nicht im Wege, werde aber immer Einfluss und die Durchsetzung und Dominanz der Scharia über

jede politische Gesetzgebung fordern. Eine Debatte über die Möglichkeiten, Islam, Demokratisierung und Säkularisierung zu verbinden, entspreche also nicht der Tradition der Schia und dies schränke Modernisierungsmöglichkeiten im Iran ein.

Zum Konflikt zwischen Modernisten und Traditionalisten in Iran komme das Problem, wie Modernisierung ohne Verwestlichung erreicht werden könne. Eine Frage, an der die Schah-Herrschaft scheiterte. Als Fazit zog Hajatpour, dass zwar Modernisierung im Iran in den Bereichen Wirtschaft und Technik erfolge, die gesellschaftlichen Strukturen und die politischen Reformversuche aber im „Zustand der Vormoderne“ stecken. Der Iran habe eine „mono-klerikatische Herrschaftsstruktur“.

Iran fühlt sich bedroht

Das iranische Nuklearprogramm wirft technische, sicherheitspolitische und völkerrechtliche Fragen auf. Es gehe um die eigentlich „ungerechte“ Welt-nuklearordnung, die die fünf ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrats

bevorzugt. Ferner um die Stabilität des internationalen Ölmarktes, um die Sicherheitspolitik der Region, um Proliferationsrisiken, um nukleare Begehrlichkeiten anderer Regionalmächte wie Ägypten und Saudi-Arabien und um eine potentielle Bedrohung von NATO und EU.

So sieht es Sebastian Harnisch von der Universität Heidelberg. Iran sieht sich von Nuklearmächten – Russland, Israel, Pakistan, Indien und potentiell auch die Türkei – umgeben. Die Bedrohung durch Saddam Hussein ist zwar verschwunden, doch jetzt drohen amerikanische Truppen und damit möglicherweise US- Nuklearwaffen in den Nachbarstaaten Irak und Afghanistan.

Harnisch verfolgte eine machtpolitisch-realistische Hypothese und erläuterte, warum Iran aus eigener Sicht Nuklearwaffen braucht: Teheran fühle sich bedroht und brauche Abschreckung. Nuklearwaffen seien Statussymbol und Machtmittel bei innenpolitischen Auseinandersetzungen. Besonders problematisch allerdings wären zwei verschiedene, rivalisierende Atomprogramme. ■

Saskia Hieber



Die iranische Gaswirtschaft ist in einem desolaten Zustand

Panzer gegen Statuen

Zwischen Kunstraub und Kulturvermittlung

Durch gezielte Zerstörung von Kulturgütern können Machthaber ein sichtbares Zeichen der Abgrenzung von früheren Epochen, anderen Religionsgruppen oder abweichenden politischen Zielen setzen. Oft jedoch geschieht die Zerstörung wichtiger Kulturschätze aus rein wirtschaftlichen Motiven, wie bei den zahllosen Plünderungen im Irak nach dem Krieg. (Kunst)-Historiker und Politikwissenschaftler diskutierten die ambivalente Rolle von Kulturgütern in politischen Konflikten.

Michael Müller-Karpe vom Römisch-Germanischen Zentralmuseum in Mainz berichtete über Kulturzerstörung und Plünderungen im Irak. Er forscht und gräbt dort seit 1974. Seit dem Sturz Saddam Husseins sind um die alten mesopotamischen Städte



Michael Müller-Karpe: „Schäden apokalyptischen Ausmaßes“ im Irak

Raubgrabungen alltäglich geworden. Manche Region gleiche einer Mondlandschaft. Die große Gefahr des vielfachen und großflächigen Durchwühlens des Bodens bestehe darin, dass selbst ein Fachmann die wie in einem Geschichtsarchiv gespeicherten Informationen nicht mehr entschlüsseln kann. Eine Quelle verliere ohne Kontext ihren wissenschaftlichen Wert. Noch dazu waren viele Stücke und Texte nur einmal vorhanden und sind damit unwiederbringlich verloren.

So haben die Kriegshandlungen, obwohl das Militär Kenntnisse von den archäologischen Stätten hatte, zu mas-

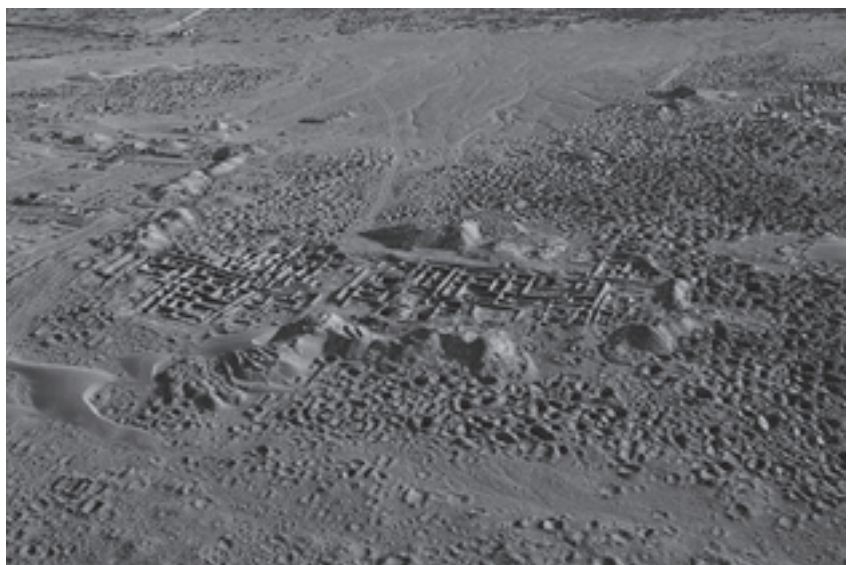
siver Zerstörung geführt. Schlimmer waren aber noch die darauf folgenden Plünderungen mit Schäden „apokalyptischen Ausmaßes“. Die alliierten Truppen hatten 2003 Bagdad, und damit auch das Zentralmuseum, drei Tage zur Plünderung freigegeben. Die Plünderungen und Raubgrabungen seien eine Gefahr für das kulturelle Gedächtnis der Menschheit.

Obwohl das Geschichtsbewusstsein der Iraker sehr ausgeprägt sei, so Müller-Karpe, müssten die Menschen irgendwie ihre Familien durchbringen. Die eigentlich Schuldigen sieht er daher auf Seite der Kunsthändler und -sammler, welche durch ihre Nachfrage erst eine derartige Entwicklung angeheizt hätten. Zudem erleichterten laxer Gesetze hierzulande den Handel mit ge-

stohlenen Kulturgütern, mehr noch, sie legalisierten diesen sogar indirekt. Müller-Karpe forderte daher ein Umdenken und eine Nachbesserung der Rechtspraxis in Deutschland: Objekte, die vor 2006 das Herkunftsland verlassen haben und nicht als undeckelte Raubgrabungsfunde gemeldet sind, gelten in Deutschland als legal. Das Problem ist die Beweislastregelung in Deutschland: Irak, aber auch Syrien und Iran müssten Millionen Stücke dem Bundesanzeiger melden.

Organisiertes Verbrechen

Illegaler Antikenhandel sei kein Kavaliärsdelikt, sondern erfülle mehrere Straftatbestände von Sachbeschädigung über Geldwäsche bis hin zu Schmuggel, Hehlerei und Betrug. In der EU bestehe zwar ein Verbot für den Handel mit Stücken aus dem Irak. Die Folge: Der Fundort wird bewusst verschwiegen oder verschleiert. Instabilität, Auflösung staatlicher Strukturen und Krieg begünstigen Raubgrabungen. Eine wichtige Rolle spielen mafiose Akteure und die internationale Organisierte Kriminalität. Hauptprofiteure dieser illegalen Wertschöpfung sind allerdings Händler, Anleger, Spekulanten und Sammler. Wie groß das Problem ist, zeigen diverse „Archäologiekrimis“. So wurde ein über 4500 Jahre altes irakisches Goldgefäß in München angeboten und als „rö-



Raubgrabungen in Umm al-Agarib im Südirak

Foto: Carabinieri Italia



misch“ bezeichnet. Illegaler Kunsthandel aber, so Müller-Karpe, wäscht nicht nur Einkünfte aus Verbrechen, er finanziert sogar Terrorismus: Der Attentäter Mohammed Atta vom 11. September 2001 in New York finanzierte sich durch illegalen Kunsthandel.

Der in Basra geborene Schriftsteller Najem Wali beschäftigte sich mit Gesellschaft und Kultur im Irak. Die Zerstörung von Kulturdenkmälern und auch Friedhöfen war und ist mit der Verfolgung ethnischer und religiöser Minderheiten verbunden. Der Irak sei ein Vielvölkerstaat und die Wiege der Menschheit: Alle Religionen und Minderheiten seien dort versammelt – und dies seit Jahrtausenden. Die Geschichte des Irak beginne auch nicht mit dem Islam, sondern mit den jüdischen Gemeinden und es sei die Aufgabe des neuen Irak, die vor-islamische Kultur und Geschichte einzubinden, sagt Najem Wali.

Als Negativbeispiel gilt Saudi-Arabien: Vor-islamische Ausgrabungen werden kaum zugelassen. Im Irak erfolgte das große „Aufwachen“ und die Frage nach nationaler Identität jedoch erst 2003/2004. Die Iraker müssten auch lernen, Argumente auszutauschen und Opposition zu üben. Gegenwärtig ist das große Problem, dass alle Gruppen an der Macht beteiligt sein wollen. Der Irak sei informationstechnisch weitgehend abgeschnitten und die Bürger deshalb nicht ausreichend informiert. Das alles sind keine guten Voraussetzungen für ein stabiles politisches System und demokratische Strukturen.

Gründe für die „Arabellion“

Ägypten galt lange als stabiles autoritäres System, das Volk als lethargisch. Wie es zu Beginn des Jahres 2011 dennoch zu Massenprotesten und einem Umsturz kommen konnte, erklärte Annette Büchs vom GIGA-Institut für Nahoststudien in Hamburg.

Die Umbrüche in Ägypten sendeten Schockwellen in die arabische Welt: Es ging hier nicht um das kleine Tunesien, sondern um das größte und erfolgreichste arabische Land. Büchs be-

schrieb anschaulich die Strukturen im System Mubaraks zwischen Repression und Einbindung. Allein die Muslimbruderschaft konnte trotz offiziellem Verbot dieses System umgehen. Indem sie grundlegende Sozialleistungen für die arme Bevölkerung anbot und sich



Der Schriftsteller Najem Wali sprach über Kultur im Irak Fotos: Haas

vehement gegen Korruption einsetzte, gewann sie weite Teile der Bevölkerung für ihre Ziele. Die so geschaffenen zivilgesellschaftlichen Strukturen bildeten schließlich die Basis, auf der neben der Muslimbruderschaft auch die Arbeiter- und Jugendbewegung, die Justiz und lose politische Bündnisse wirken konnten. Ob diese demokratische Bewegung aufrechterhalten werden kann, hänge jedoch von vielen Faktoren, wie der Rolle des Militärs und der Bildung neuer Allianzen auf Seiten der Muslimbruderschaft, ab.

Als Säulen der Macht galten auch vor Mubarak die Zentrale Einheitspartei, das Militär, die Bürokratie und der große Sicherheitsapparat. Unter Mubarak kamen ein erheblicher Ausbau der Sicherheitsdienste, das Ausufern der Korruption und Unterdrückung und Vernichtung der Opposition hinzu. Regiert wurde in Ägypten durch Kooptation und Repression. Annette Büchs wies auf das Phänomen simulierter Politik hin. Opposition werde inszeniert und kontrolliert: „Palaver ist erlaubt, Handeln nicht“.

Dieter Kessler vom Institut für Ägyptologie der Universität München bot Einblicke in die neuen Probleme der Altertumsforschung in Ägypten. Seit 2011 fänden im Land Antiken-Plün-

derungen in großem Stil statt, jedoch ohne dass die Verantwortlichen in Kairo Anstalten machen würden, an dieser Situation etwas ändern zu wollen. Vielfach gelten die Diebstähle lokalen Behörden als „gering“. Anzeigen sind mit Gesichtsverlust, Ärger mit der Zentralen Antikenverwaltung und Papierkrieg verbunden und werden daher vermieden.

Viele Ägypter hätten keinen persönlichen Bezug zu den Antiken und deren Schutz und wenig Kenntnisse über Kultur und Geschichte. Man kenne die Highlights: Nofretete, Echnaton und Ramses und unterscheide grob „pharaonisch“, „griechisch“ und „römisch“. Und „römisch“ gilt nicht als wirklich alt. Auch in den Medien ist die Rolle der Antiken gering. So ist es praktisch unmöglich, den Antikenhandel auszutrocknen. Ganze Generationen von Grabräubern zerstörten bei der Plünderung von Magazinen und auf der Suche nach Gold oft den gesamten Kontext einzelner Antiken. Sie haben sogar ihre eigenen, geheimen Eingänge in Grabungsfelder. Die Motivation, das nationale Erbe zu bewahren sei kaum vorhanden – mit einer Ausnahme: Luxor.

Wüste wird geplant

Ursachen dafür seien die hohe Arbeitslosigkeit und mangelnde Zukunftsperspektiven der rasch zunehmenden Landbevölkerung, die viele Menschen zum illegalen Handel mit Antiken zwingen. Ein weiteres Problem sei der „Hype“ um Funde durch profil-süchtige Archäologen und Ägyptologen. Der Zustand eines großen Teils der Antiken und ganz generell vieler Magazine sei „schwierig“. Zusätzliche Probleme für archäologische Stätten schafften der hohe Bevölkerungsdruck und der „Landdruck“ – also die Notwendigkeit der Landnahme und Besiedelung: Die Wüste, und damit auch archäologische Stätten, werde für neue Siedlungen geplant.

Das Raubgut gelangt üblicherweise über Alexandria und Athen in die Schweiz und von dort aus in Privatbesitz. Die Definition von „legal“ und „illegal“ sei mitunter schwierig. So hat die Staatliche Ägyptische Altertums-



verwaltung bis in die 1960er Jahre viele Tausend Objekte offiziell verkauft, um die Bestände zu leeren. Diese Stücke sind wohl jetzt „legal“ im Ausland. Während der Massendemonstrationen gelangten Diebe über einen Lichtschacht in das Kairoer Museum und konnten nach ihrem Raubzug im Chaos entkommen. Offiziell fehlen nur 37 Stücke. Doch viele Kunstschatze sind

zungsmerkmal historisch nicht Kultur, sondern Religion. Vor dem Krieg herrschte eine enorme Vielfalt – alle Gemeinden waren multi-ethnisch und multi-religiös geprägt. Die interreligiösen und interethnischen Beziehungen galten bis weit in die 1980er Jahre als gut, es herrschte eine Art „Doppelidentität“ zwischen Staat und ethnischer Nationalität.

in ihre ethnischen Bestandteile. Es entstand eine „Kultur des Krieges“, geprägt von Misstrauen, Aggression, Zerstörung und dem Begleichen alter Rechnungen.

Die ethnischen „Säuberungen“ durch Serben wurden generalstabsmäßig geplant, befohlen und ausgeführt. In Bosnien befanden sich zwei Millionen Menschen (von insgesamt 4,5 Millionen) auf der Flucht. In Bosnien wurden fast alle Moscheen, viele Sammlungen und Kirchen zerstört oder vermint. Calic betonte allerdings: Es gibt Täter und Opfer auf beiden Seiten. Auch Kroaten und Bosnier haben großflächig Vertreibungen vorgenommen. Die Folgen werden Europa noch lange beschäftigen. Das Ausmaß der Zerstörung sei noch nicht vollständig erfasst.



Im März 2001 sprengten die Taliban die aus dem 6. / 7. Jahrhundert stammenden riesigen Buddha-Statuen von Bamiyan

Buddha-Statuen zerstört

In Afghanistan wurden nach der Machtübernahme der Mujahedin zwischen 1992 und 2001 das Nationalmuseum mit seiner reichen Sammlung graeco-buddhistischer Kunst und die eindrucksvollen Buddhastatuen von Bamiyan zerstört. Wie es dazu kommen konnte, erklärte Eva Orthmann, Professorin für Islamwissenschaft der Universität Bonn. Im Koran und den Propheten Traditionen gäbe es kein direktes Verbot figürlicher Darstellungen, sondern lediglich Hinweise darauf. Zudem bestünden zahlreiche Ausnahmen vom Verbot wie beispielsweise für Fotografien und Puppen. Auch Mohammed werde oftmals dargestellt, wenn auch meistens verschleiert.

Der Hauptgrund für die Ablehnung von solchen Darstellungen sei die Sorge eines Rückfalls in vor-islamische Praktiken der Götzenverehrung. Aktionen des Bildersturms richteten sich allerdings nicht nur gegen fremde, sondern genauso gegen islamische Kunst früherer Epochen und Herrscher. In Afghanistan spielte zudem die geringe Identifikation mit dem vor-islamischen Erbe eine entscheidende Rolle. Ferner wollten die Taliban der Hazara-Minderheit ihre Identifikationsfiguren nehmen, vom eigenen Versagen ablenken und ein bewusstes Zeichen gegen den westlichen Kulturgüterschutz zu setzen. ■

Saskia Hieber / Lena Förster

nicht genau beschriftet oder registriert und erst recht nicht versichert. Einen Ausweg sieht Kessler jedoch in einer besseren wissenschaftlichen Kooperation mit dem Ausland und dem Aufbau eines Verleihsystems zwischen ausländischen und ägyptischen Museen anstelle des Verkaufs von Antiken.

Eskalation auf dem Balkan

Die Zerstörung von Kulturerbe auf dem Balkan, von Kirchen, Moscheen, Bibliotheken und anderen Denkmälern sei ein Verbrechen, erläuterte Marie-Janine Calic von der Universität München. Kultur auf dem Balkan habe auch immer etwas mit ethnischen Beziehungen zu tun. Dennoch sei das Abgren-

Wirklich „nur Jugoslawe“ sein wollten lediglich 5 Prozent der Bevölkerung. Der Großteil sah sich zusätzlich als Bosnier, Kroat oder Serbe. Wie konnte es so zu den schrecklichen Kriegen zu Beginn der 1990er Jahre kommen?

Dabei ist die Rolle der Gewalt in der jugoslawischen Geschichte zu sehen: die italienische und deutsche Besatzung und die Auseinandersetzungen zwischen Nationalisten und Partisanen. Es kam zur Eskalation, zu gegenseitigen Vertreibungen und diese Erinnerung lebt im kollektiven Gedächtnis fort. Die Konfliktsituation zeichnete sich weiter durch unvereinbare vitale Interessen aus: eine „win-lose-situation“, so Calic. Mit dem Staatszerfall und dem Verlust des Gewaltmonopols zerlegten sich auch die Sicherheitskräfte

Bilder von Leid und Tod

Journalisten und Wissenschaftler fragen nach den Grenzen der Information

Kriegs- und Katastrophenberichte beherrschten die Nachrichten der letzten Wochen und Monate: Revolten und Revolutionen in Nordafrika und Arabien, der Bürgerkrieg in Libyen. Erdbeben und Tsunami in Japan, anschließend die Atomkatastrophe in Fukushima. Das Fernsehen als Bildermedium zeigt Fotos und Filme voller Gewalt – Bilder von Opfern, ihrem Leid und ihrem Sterben. Journalisten treffen die Auswahl: Was sollen, was dürfen, was müssen sie zeigen? Wo sind die ethisch-moralischen Grenzen? Was fordert die Chronistenpflicht? Wo beginnt die Sensationsgier? Was ist noch Information und Aufklärung? Welche Schranken setzen Respekt und Menschenwürde? Eine Akademietagung suchte zusammen mit Journalisten und Wissenschaftlern in Bayreuth nach Antworten.*

Relevanz und Aktualität

Christian Wulf ist Chef vom Dienst bei den ARD-Tagesthemen in Hamburg. Er sieht in seiner täglichen Arbeit zwei zentrale Kriterien der Nachrichtenauswahl: „Relevanz und Neuigkeitswert, also Aktualität.“ Gewaltdarstellungen dürften kein Selbstzweck sein um der Gewalt willen: „Wir zeigen Gewalt, wenn die Politik anfängt, darüber zu diskutieren – ob im Nahen Osten oder bei Schlägereien in der Berliner U-Bahn.“ Es gebe ein professionelles Übereinkommen in der Redaktion, dass keine Schwerverletzten oder Toten als Individuum erkennbar sein dürften. Allerdings: „Fehler passieren in der Hektik des Nachrichtentags immer wieder mal. Wir versuchen, die so schnell wie möglich zu korrigieren und eine Wiederholung zu vermeiden.“

Zur Sicherheit gilt das Vier-Augen-Prinzip: „Nur wenn zwei Redakteure einen Film gesehen haben, wird er gesendet. Und eine Nachricht ohne zweite Quelle ist keine Nachricht.“

Das sieht auch Gerhard Kohlenbach so. Er ist seit 17 Jahren bei RTL aktuell, der Hauptnachrichtensendung des Kölner Privatsenders um 18.45 Uhr. Vom Planungsredakteur hat er es bis zum Redaktionsleiter und Chef vom Dienst gebracht. Für ihn ist „der Zuschauer der Auftrag. Wir dürfen ihm nicht nach dem Mund reden.“ Gewalt



Christian Wulf: „Wir zeigen Gewalt, wenn die Politik anfängt, darüber zu diskutieren“



Gerhard Kohlenbach: „Das härteste Bild ist nicht das beste“

Fotos: Ehnes

allein sei noch nicht publikumswirksam und binde langfristig keine Zuschauer. Das Publikum reagiere mittlerweile sehr sensibel auf sinnlose Gewaltdarstellung. „Das härteste Bild ist

nicht das beste“, sagte Kohlenbach und fügte hinzu: „Niemand stirbt bei RTL für die Quote. Bei uns leidet niemand auf dem Bildschirm.“ Und Tabubrüche wie noch beim Anfang des Privatfernsehens seien heute nicht mehr nötig, um Aufmerksamkeit zu erregen.

Verschweigen nicht akzeptabel

Auch der RTL-Journalist sprach sich dafür aus, dass es für Gewaltdarstellungen einen politischen Zusammenhang geben müsse: „Die Diskussion über den Pflegenotstand können wir nicht mit einer Textnachricht anstoßen. Dafür brauchen wir starke Bilder – mit Respekt vor den Patienten. Und gegen Hunger in der Welt oder für Spenden für Erdbebenopfer in Haiti mobilisieren wir nur mit starken Bildern – nicht mit Worten“, sagte Kohlenbach. Ein Problem treibt ihn um: „Was machen wir, wenn Bilder vom toten Osama bin Laden auf dem Markt sind? Sie sind ein Dokument der Zeitgeschichte und müssten veröffentlicht werden. Aber wie?“

Verschweigen von Gewalt ist jedenfalls für beide Journalisten nicht akzeptabel: „Der Vietnamkrieg hätte ohne die schrecklichen Bilder der Napalm-Opfer wahrscheinlich länger gedauert“, sagte Christian Wulf und plädierte für

eine ethisch vertretbare Gewaltdarstellung gerade auch in Informationssendungen. Und RTL-Kollege Kohlenbach ergänzte: „Nachrichten sind keine Kindersendungen.“

* Die Tagung wurde gemeinsam mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Medienkompetenz (EAM) durchgeführt.

Deswegen plädierte die Direktorin des Münchner Instituts für Medienpädagogik in Forschung und Praxis (JFF), Ulrike Wagner, auch dafür, Kinder und Jugendliche nicht allein vor dem Fernseher zu lassen – gerade auch bei Nachrichten: „Verunsicherung und Angst resultieren besonders aus drastischer und sichtbarer Gewalt, wenn der Zusammenhang real ist und Bezüge zur eigenen Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen hergestellt werden können.“

Hilfen für Medienerziehung

Gerade bei Themen wie Entführung und Ermordung seien Gespräche wichtig, um das Gesehene zu verarbeiten: „Was einem auch selbst passieren kann, wirkt besonders bedrohlich,“ sagte Wagner. Die Heranwachsenden suchten Hinweise zur Bewältigung ihrer Probleme. Dabei müssten ihnen Pädagogen und Eltern helfen. Wichtig seien die bewusste Auswahl und das gemeinsame Ansehen der Sendungen. Über Inhalte und Machart müsse gesprochen werden, um die Kinder vor einer Überforderung durch die Bilder zu schützen. Die Medienforscherin betonte, dass die Medienwirkungsforschung bezüglich Gewalt inzwischen weitgehend Konsens habe: „Gewaltdarstellungen haben eine verstärkende Wirkung von bereits Vorhandenem.“ Kein friedlich und gewaltfrei erzogenes Kind werde durch das Anschauen gewaltvoller Bilder – sei es real oder fiktional – zum Täter. Vielmehr seien Ablehnung, Verunsicherung und Angst die Folgen.

Ethik als Luxus?

Defizite in der journalistischen Ausbildung bei medienethischen Fragen sieht der Bamberger Journalistikprofessor Markus Behmer. Noch vor 40 Jahren sei das kein Thema in der Wissenschaft und in der Ausbildung gewesen. Das sei inzwischen zwar anders, aber der Stellenwert sei immer noch relativ gering. Wichtig sei, dass die Beschäftigung mit medienethischen Fragen nicht zu theoretisch sei und Relevanz für die redaktionelle

Praxis habe. Projekte wie „Bild-Korrekturen“, bei denen sich Journalistik-Studenten mit der Praxis der Berichterstattung über Entwicklungsländer beschäftigen, seien sehr aufwändig und nur mit vielen Partnern und öffentlicher Finanzförderung realisierbar.

Behmer wies auch auf die oft prekäre Situation der vielen freien Journalisten hin, die oft gezwungen seien, auch Werbung und Public Relations zu machen, was häufig die Berichterstattung vermische. Für das Publikum sei häufig nicht erkennbar, was interessegebundene Werbung und was neutrale Information sei. Das „Netzwerk Recherche“ fordere zwar: „Journalisten machen keine PR.“ Aber das sei „eine Luxussituation festangestellter Redakteure in öffentlich-rechtlichen



Ulrike Wagner: „Kinder und Jugendliche nicht allein vor dem Fernseher lassen“

Anstalten oder großen Redaktionen überregionaler Tageszeitungen“, sagte Behmer.

Zahnlose Kontrolle

Die Medienjournalistin Claudia Tieschky von der Süddeutschen Zeitung kritisierte die Aufsichts- und Kontrollgremien der öffentlich-rechtlichen



Claudia Tieschky: „Aufsichts- und Kontrollgremien der öffentlich-rechtlichen Anstalten und Privatsender schlecht gewappnet für ihre Aufgaben“

Anstalten und der Privatsender als „schlecht gewappnet“ für ihre immer vielfältiger werdenden Aufgaben: „Kontrolle von Gewalt wird schwieriger, weil es immer mehr Sender, Programme und digitale Verbreitung im Internet gibt.“ Schließlich würde Ge-

Linktipps

Bildkorrekturen:

<http://www.uni-bamberg.de/kommunikation/news/artikel/projekt-bildkorrekturen/>

Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis (JFF)

<http://www.jff.de/>

Kommission für Jugendmedienschutz

<http://www.kjm-online.de/de/pub/home.cfm>

Bayerische Landeszentrale für Neue Medien

<http://www.blm.de/de/pub/root.cfm>

Programmberatung für Eltern und Erzieher:

<http://www.flimmo.de/>



walt sich immer mehr ausbreiten. Auch in den sogenannten „Helptainment“-Formaten, in denen vermeintliche Hilfe für Familien angeboten werde, zum Beispiel Erziehungsprobleme bei der „Super-Nanny“ auf RTL. „Was an Gewalt entdeckt wird, ist mehr oder weniger Zufall“, sagte Tieschky.

Angeichts der „digitalen Explosion“ im Internet sei die Programmkontrolle auf dem Stand der „Kohl-Zeit“ stehen geblieben. Als bedauerlich bezeichnete die Medienexpertin Tieschky das Scheitern der Politik bei der Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages. „Die Zuständigkeiten für den Jugendmedienschutz sind zersplittert. Und für Kinder und Jugendliche gewinne das Internet immer mehr Bedeutung gegenüber dem Fernsehen. Daraus müsse der Gesetzgeber Konsequenzen ziehen.

Gewalt und Menschenwürde

Walter Keilbart, der Vorsitzende des Fernsehausschusses des Medienrats der Bayerischen Landeszentrale für



Medienrat Walter Keilbart: „Kommission für Jugendmedienschutz leistet gute Arbeit“

Neue Medien (BLM), verwies dagegen auf den umfangreichen Halbjahresbericht 2010 der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM). Der zeige, dass auf diesem Feld viel getan und gute Arbeit geleistet werde. Beim Internet sei man eben nicht für Anbieter verantwortlich, die außerhalb des Berei-

ches der BLM stünden: „Internetseiten aus Kasachstan oder Aserbaidschan unterliegen nun einmal nicht der deutschen Medienkontrollaufsicht“, sagte Keilbart.



Rundfunkrätin Elke Beck-Flachsenberg: „Wir sind keine Zensurbehörde“

Ähnlich sieht es auch Elke Beck-Flachsenberg, stellvertretende Vorsitzende des Rundfunkrats des Bayerischen Rundfunks. Sie fühle sich keineswegs „als zahnloser Tiger“. „Der Rundfunkrat diskutiert immer wieder über unzulässige Gewaltdarstellungen – sowohl bei Informationssendungen wie auch

in Unterhaltungssendungen, zum Beispiel Krimis wie Tatort oder Polizeiruf.“ Sie betonte aber auch: „Wir sind keine Zensurbehörde. Zunächst liegt die Verantwortung bei den Redaktionen bis rauf zum Intendanten. Dann wird gesendet und erst dann kommen wir als Programmaufsicht.“ Das dürfe und wolle auch niemand ändern.

Gewalt sei Teil der Gesellschaft und müsse auch gezeigt werden: „Aber immer unter dem Aspekt der Menschenwürde“, sagte Beck-Flachsenberg, die für die Evangelische Frauenarbeit in Bayern im Rundfunkrat sitzt.

Macht des Publikums

Beide Programmkontrolleure betonten die Macht des Publikums: „Eingaben und Beschwerden werden sehr ernst genommen, allein 500 im zweiten Halbjahr bei der KJM“, sagte Keilbart. Und er, der auch Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Niederbayern ist, fügte hinzu: „Werbetreibende Unternehmen überlegen sich sehr genau, in welchem Umfeld sie Anzeigen schalten. Gewalt fördert das Image eines Unternehmens nicht.“ ■

Michael Schröder

(Siehe Presseschau Seite 45/46)



Zeichnung: Mester

Nachgefragt in Europa

Journalistenreise nach Strassburg

Einen deutlichen Akzent auf das Thema Menschenrechte setzte eine Studienreise für Journalisten zu den europäischen Institutionen nach Strassburg, die in Zusammenarbeit mit dem deutsch-französischen Kulturkanal ARTE organisiert wurde.

Der schwedische Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg, schilderte seine Arbeit in den 47 Mitgliedstaaten. Seine Aufgabe ist die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention, die vor über 60 Jahren in Rom unterzeichnet wurde. Die Bereitschaft zur Unterzeichnung und Ratifikation der Konvention hat sich zu einer festen

men. Insbesondere arbeitet er mit nationalen Ombudsmann-Einrichtungen zusammen – die es übrigens in der Bundesrepublik auf Bundesebene noch nicht gibt. Er selbst hat allerdings keine Schlichtungsbefugnisse. Die Ergebnisse der Inspektionsreisen des Menschenrechtskommissars werden in Berichten veröffentlicht. „In einigen europäischen Staaten werden Gerichts-



Der Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg (Mitte), im Gespräch mit Journalisten der Gruppe Fotos: Schröder

Bedingung für Beitrittskandidaten entwickelt. Alle Mitglieder haben die Konvention in ihr innerstaatliches Recht übertragen. Hammarberg war früher Generalsekretär von Amnesty International und erhielt für diese Organisation 1977 den Friedensnobelpreis.

Der Menschenrechtskommissar hat keine richterlichen Befugnisse und kann deshalb auch keine individuellen Beschwerden entgegennehmen. Er soll die Öffentlichkeit für das Thema Menschenrechte sensibilisieren und dafür sorgen, dass alle Menschen in den Genuss der Konvention kom-

beschlüsse nicht immer respektiert. Dies kommt einer Ablehnung der Rechtsstaatlichkeit gleich und stellt ein ernsthaftes menschenrechtliches Problem dar“, sagte Hammarberg. Seine Stellungnahmen behandeln etwa die Verletzung von Grundrechten im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Terrorismus, die Verletzung der Rechte von Flüchtlingen (wie jüngst in Italien) oder auch die Diskriminierung von Roma oder Homosexuellen.

Unterstützt wird Hammarberg durch die Arbeit des Anti-Folter-Komitees, die Patrick Müller vorstellte. Die Besuche der international zusammenge-

setzten Inspektionsgruppen sind periodisch und angekündigt (bisher 181) oder auch ad hoc (bisher 121).

Aktionen gegen Folter

Die Gruppen haben unbeschränkten Zugang zu Gefängnissen, Polizeistationen, psychiatrischen Einrichtungen und Pflegeheimen. Bei ihren Gesprächen mit Betroffenen über Folter oder unmenschliche und erniedrigende Behandlung gilt das Prinzip der Vertraulichkeit. Die Regierungen erhalten Berichte und haben die Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. Die letzten In-



Der Zeichner Tomi Ungerer protestiert auf einem Plakat des Europarats gegen Folter

spektionen galten Russland (hier besonders dem Nordkaukasus), Bosnien und Herzegowina, Serbien, Albanien, Griechenland, Frankreich, Deutschland und Bulgarien. Schwerpunkte sind dabei die Polizeihaft, Gewalt zwischen Häftlingen und die Abschiebehaft. Müller sieht derzeit besondere Probleme in Griechenland, während sich die Situation in der Türkei spürbar verbessere.

Problem Sicherungsverwahrung

Auch Deutschland wird gelegentlich in den Berichten kritisiert – Stichwort Sicherungsverwahrung. Wegen der Praxis, die Sicherungsverwahrung



von Straftätern, die ihre Haftstrafe verbüßt haben, nachträglich zu verlängern oder nachträglich anzuordnen, ist Deutschland in den vergangenen anderthalb Jahren mehrfach vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt worden.

Angelika Nußberger, seit Jahresbeginn 2011 deutsche Richterin in Strassburg, wollte zwar weder das jüngste europäische, noch das Karlsruher Urteil zur Sicherungsverwahrung im Einzelnen



Angelika Nußberger ist seit Jahresbeginn 2011 die deutsche Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

kommentieren. Sie zeigte sich aber grundsätzlich zufrieden, dass die deutschen Verfassungsrichter den europäischen Kollegen in wesentlichen Punkten gefolgt seien. Dabei lobte sie auch den guten Kontakt und den offenen Dialog zwischen Strassburg, Karlsruhe und dem EU-Gerichtshof in Luxemburg.

Überlasteter Gerichtshof

Der Menschenrechtsgerichtshof kann sich über mangelnde Beschäftigung nicht beklagen. Allein aus Deutschland sind derzeit über 3000 Fälle anhängig. Aber: „90 bis 95 Prozent der Beschwerden gehören nicht hierher“, sagte Nußberger. Der Mechanismus werde mit unzulässigen Beschwerden „verstopft“. Schließlich müssten alle Beschwerden geprüft und dabei einem Richter oder einer Kammer vorgelegt werden. Die Prüfung brauche viel Zeit,



Der Sitz des Europäischen Parlaments in Strassburg wird immer wieder kritisch diskutiert

aber man wolle auch keine zu hohen Hürden aufbauen, um den Zugang zum Gericht nicht zu erschweren. Anwaltzwang oder Gebühren wären Hürden, die gegenwärtig diskutiert werden, die aber wohl auch manchen Betroffenen von einer – vielleicht berechtigten – Klage abhalten könnten. Voraussetzung für eine Beschäftigung mit einem individuellen Fall auf europäischer Ebene ist ohnehin die Erschöpfung des nationalen Rechtswegs.

Europastadt Strassburg

Bei der Tagung wurde immer wieder die Frage nach dem Standort Strassburg für das Europäische Parlament gestellt. Offiziell ist die Stadt zwar Sitz des Parlaments, doch nur 12 Wochen im Jahr kommen die Abgeordneten für eine Sitzung nach Strassburg. Die meiste Arbeit wird in Brüssel am Standort der Kommission erledigt. Gerade als

Symbol der deutsch-französischen Aussöhnung seien Strassburg und das Elsass ein wichtiger Standort für das europäische Zusammenwachsen, sagte der Strassburger Stadtplaner Eric Chenderowsky, der eine grenzüberschreitende Stadtplanung zusammen mit Kehl favorisiert.

Und auch die Abgeordneten sehen nicht nur die Kosten. Manfred Weber (CSU) aus Niederbayern hat „sowieso das Büro im iPad. Wir müssen keine Aktenkoffer mehr zwischen Brüssel und Strassburg verschicken.“ Süddeutsche klagen ohnehin nicht viel, weil die Wege kurz sind. „Aber fragen Sie mal Lappländer oder Maltesen“, bemerkte der Saarländer Jo Leinen.

Und die Allgäuerin Barbara Lochbihler von den Grünen kritisiert die schlechten Verkehrsverbindungen: „Da sind Frankreich und Strassburg gefordert, wenn sie den Standort hier retten wollen.“ ■

Michael Schröder

Linkstipps:

Europäischer Menschenrechtsgerichtshof
<http://www.coe.int/T/D/Menschenrechtsgerichtshof/>

Europarat: <http://www.coe.int/>

Anti-Folter-Komitee des Europarats
<http://www.cpt.coe.int/german.htm>

Der „Unvermeidliche“ lädt – die Gäste kommen in Scharen

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter wird von den Kabarettisten auf dem Nockherberg – Martin Zeil erinnerte daran – „der Unvermeidliche“ genannt, weil er in den Medien so stark vertreten ist. Wenn dieser Unvermeidliche zum Gartenfest lädt, sind illustre Gäste nicht weit. Dieses Jahr kamen von der FDP



Reinhold Bocklet

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Wirtschaftsminister Martin Zeil und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Landtag Renate Will.

Von der CSU kamen die Landtagspräsidentin Barbara Stamm, der 1. Landtagsvizepräsident Reinhold Bocklet und die Abgeordnete und Akademiekuratorin Ursula Männle. Die SPD war vertreten durch ihren Fraktionsvorsitzenden Markus Rinderspacher, die Freien Wähler durch den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Michael Piazzolo.



Markus Rinderspacher

Auch die Vorsitzenden des Kuratoriums und des Beirats, Hans Maier und K. Heinz Eisfeld, waren unter den gut 400 Gästen. Sie sahen weiß-blauen Himmel, ein neues Auditorium und einen neu gestalteten Park.

Sie hörten die Begrüßung des Akademiedirektors (siehe nachfolgenden Text), Musik des Cordula-Schickel-Trios und Grußworte des bayerischen Wirtschaftsministers Zeil sowie von Florian Schuller, dem Direktor der Katholischen Akademie in Bayern. Unsere Hauswirtschaft servierte warme, kalte, deftige und süße Köstlichkeiten.

■ *Sebastian Haas*



Prominente Gäste beim Sommerfest: (v.l.) der bayerische Wirtschaftsminister Martin Zeil, Monika Oberreuter, Akademiedirektor Heinrich Oberreuter, Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Kuratoriumsvorsitzender Hans Maier, die Präsidentin des Bayerischen Landtags Barbara Stamm
Foto: Haas

Bilanz und Auftrag

Der Direktor über die Akademiearbeit
in herausfordernden Zeiten

Im neu gestalteten Rosengarten auf dem Dach unseres in Kürze fertig gestellten neuen großen Hörsaals begegnen wir uns in einem durchaus eindrucksvollen Ambiente, mit erheblich verbesserten Chancen des Arbeitens und Tagens.

Dies ist zunächst Anlass zum Dank, ganz besonders an den damaligen Finanzminister Kurt Faltlhauser, der ausgerechnet während eines Sommerfestes der Nachbarakademie mit mir gemeinsam – politisch er wohl mehr als ich – den Kultusminister von diesem Projekt überzeugte. Ein Projekt, mit dem der Direktor bei seinem Kuratorium auf höflich-distanzierten Unglauben stieß. Nicht allzu lange zuvor hatte ein anderer Finanzminister aus fiskalischen Gründen noch den Standort Tutzing in Frage gestellt. Ihn von seinen Alternativen abzubringen, ist nicht ganz einfach gewesen.

Diese Neugestaltung ist aber auch Anlass, Bilanz zu ziehen. Zu Beginn meiner Amtszeit betrug der Haushalt 3,1 Millionen D-Mark; jetzt sind es 3,9 Millionen Euro und mit dem zusätzlichen Investitionshaushalt in gleicher Höhe für den Hörsaalbau dieses Jahr sogar fast 8 Millionen.

Wir schwimmen nicht in Geld, aber wir sind arbeitsfähig. Über die Jahre sind eine ganze Reihe von Renovierungen und Modernisierungen vorgenommen worden, die das Haus auf einen angemessenen Stand brachten, technisch und optisch. Man denke nur an Bettenhaus und Eingangshalle. Die Erweiterung des Speisesaals wird 2012 folgen. Die entsprechenden Bauanträge werden der Gemeinde im September vorliegen.

Verändert hat sich auch die Struktur des Kollegiums. Unsere Themenpalet-



te ist breit, aktuell und ohne Lücken: Vom institutionellen und partizipatorischen Wandel der Demokratie bis zu zeitgeschichtlichen Fragestellungen; von der Revolution im Netz und anderen medienpolitischen Themen über ethische Herausforderungen der Politik (z.B. die Implikationen der Präimplantationsdiagnostik) bis zur „Arabellion“; von der gesellschaftlichen Integration bis zum Diskurs der Religionen; von Wirtschaft und Sozialem bis zu den europäischen und internationalen Dimensionen der Politik. Wir haben sogar unsere Arbeit selbst internationalisiert, z.B. durch Projekte mit russischen, chinesischen und japanischen Institutionen. „Scholars in Residence“ beherbergt haben wir u.a. aus den USA, Großbritannien, Frankreich und Rumänien. Zusätzlich gibt es Kontinuitäten: z.B. Tutzingener Radiotage, Foren zur menschenwürdigen Wirtschaftsordnung, zur Kommunalpolitik, zur Didaktik politischer Bildung und sogar für Schüler.

Wir tun, was unser Gesetz uns befiehlt; wir tun, was ein Kraftzentrum politischer Bildung (wie Hildegard Hamm-Brücher dieses Haus bei seiner Gründung bezeichnet hat) tun muss; wir tun es wissenschaftlich fundiert, auch das befiehlt uns das Gesetz. Dies ist keine Heimvolkshochschule de luxe, sondern ein intellektueller Stern am (nicht nur) bayerischen Akademiehimmel – und auf unserem Spezialgebiet muss er der hellste sein. Unsere Publikationen sollen davon zeugen.

Umbrüche

Bei seiner Einführung habe ich dieses Fest als „Arbeitsfest“ gerechtfertigt, weil ja alles Neue ganz ernsthaft gerechtfertigt werden muss! Demnach wäre jetzt ein längerer Vortrag über die Krise der Gesellschaft im Allgemeinen und der Politik im Besonderen fällig. Da möchte ich Sie enttäuschen – aber nicht völlig.

Dass wir in vielfältigen Umbrüchen und in vor kurzem noch ungeahnten, sogar krisenhaften, Herausforderungen leben, sei angemerkt. Auch scheint

es, als ob Politik und Gesellschaft sich immer mehr voneinander entkoppeln. Das Politische wird in der Öffentlichkeit nicht mehr so ernst genommen, wie es notwendig wäre. Aber diese Politik soll andererseits auch die Krisen meistern, die uns umgeben. Dass sie das könnte, bezweifeln viele Stimmen, auch solche im wissenschaftlichen Diskurs; Stimmen, welche die demokratischen Institutionen nur noch als Symbole, als Kulissen neuer und anderer Entscheidungs- und Machtstrukturen sehen. Kein Geringerer als der Bundestagspräsident beklagt sich mehr und mehr über die Marginalisierung der Parlamente.

Hätten alle diese Stimmen recht und würde das Volk wirklich nur noch Symbole und Rituale legitimieren, wäre die Demokratie substantiell am Ende. Herausgefordert ist sie allemal.

Kurzschlüsse

Andere meinen, das Volk müsse die Dinge selbst in die Hand nehmen: Demokratie als Selbstregierung. Sie vertrauen auf das Volk allein, das nach Umfragen für Plebiszite ist, sich selbst aber diese anstrengende Gesetzgebungsfunktion materiell gar nicht zutraut und zudem weit davon entfernt ist, eine aktive politische Rolle permanent spielen zu wollen. Man darf auch die Komplexität der Probleme nicht unterschätzen, die mittlerweile selbst politische Profis herausfordern, wenn nicht sogar überfordern. Und man sollte auch unseren Mandatsträgern einmal Respekt bekunden für ihre Leistungen über die Jahrzehnte – alles in allem gesehen. Stattdessen preisen wir die Demokratie zwar als ideale Staatsform, aber kaum mehr die Hälfte der Bevölkerung ist mit ihrem Funktionieren zufrieden. Zufriedenheit aber richtet sich nach den empfangenen und empfundenen ökonomischen und sozialen Leistungen.

Wir kritisieren die Parteien ob ihrer angeblich übermäßigen Flexibilität und mangelnden Prinzipientreue, übersehen aber gerne, dass es die Gesellschaft selbst ist, die in ihrer Pluralisie-

rung, in ihren Individualisierungstrends, ja in ihrer Egozentrik („unterm Strich zähl' ich“) die Orientierung an „Markenkernen“, an Prinzipien oder am Gemeinwohl erschwert. Denn demokratische Politik braucht Zustimmung. Die oft beklagte Demoskopiehörigkeit kommt nicht von ungefähr.

Zumutungen

Wir denken in personellen, regionalen und nationalen Zusammenhängen – müssten aber doch längst präzise wissen, wie unser Leben supranational – europäisch – und international bestimmt wird. Wir müssten dies auch ohne Finanz- und Eurokrise und ohne weltweite Schuldentürme wissen, in deren Schatten wir relativ gelassen zusehen, wie offensichtlich mit reduzierter Verantwortungsbereitschaft und strittiger Kompetenz, gelegentlich vielleicht sogar krisenverschärfend agiert wird. Wir müssten sehen, wie in den USA sogar mit dem Feuer gespielt wird. Manches davon geschieht wohl auch, weil man uns, dem Volk, die eine oder andere Notwendigkeit nur zögerlich zumuten möchte.

Wie groß die historischen und weltpolitischen Veränderungen sind, mag man daran sehen, dass China mittlerweile zum Schutz seiner finanziellen Interessen als deren derzeit größter Gläubiger in den USA interveniert. Ist uns diese Ungeheuerlichkeit bewusst? Oder reagieren wir „griechisch“? Einen Griechen nämlich habe ich jüngst im Radio sagen hören: „Krise? Wo ist die Krise? Hier feiern doch alle!“.

Alles zu seiner Zeit. Politische Bildung muss sich all dem stellen, nicht zuletzt den internationalen europäischen Prozessen. Sie muss grundsätzliche Erkenntnisse auf die Zeit anwenden. Sie sollte dem Individuum helfen, die Umwelt zu verstehen und sich in ihr zu verhalten, gesellschaftlich und politisch. Sie sollte ihm helfen, im Strudel des Wandels nicht unterzugehen. Das versuchen wir zu tun. ■

Hans Maier: Ein Mann des Maßes

Dem Vorsitzenden unseres Kuratoriums zum 80. Geburtstag

Ein „selbstentworfenes Abbild“ seines Lebens sieht Hans Maier in seiner Autobiographie. Das ist sie, zweifelsohne. Sie ist aber noch mehr: Spiegel einer Persönlichkeit, für die bei all ihren Talenten und Erfolgen in Wissenschaft, Politik und Kultur kein Begriff kennzeichnender ist als der aus der Mode gekommene des Maßes.

Es ist das Maß, das zu jener Gelassenheit befähigt, die der Autor bei seinem Rückblick nicht nur in Anspruch nimmt, sondern auch durchgehend praktiziert. Maß bewahrt in der Tat vor „Abrechnungen“, befähigt aber auch zu klarem Urteil. Maß unterdrückt aber auch nicht berechtigten Zorn, bewahrt ihn jedoch vor Blindheit, begrenzt ihn, führt über bloßes Klagen hinaus zu fruchtbarer Aktivität: „Ich gehe auf Gegenkurs.“

So etwa 1968 angesichts leidvoller Erfahrungen in der fast zum rechtsfreien Raum degenerierten Universität, als allzu viele stumm und ratlos blieben. So auch im Konflikt mit Rom, als er den allzu formal dekretierten Ausstieg aus der Schwangerenberatung angesichts der damit verbundenen Nöte nicht für angemessen hielt – auch und gerade nicht im Diskurs mit Ratzinger, von dem er, so ist zwischen den Zeilen zu lesen, nach dessen konziliarem Aufbruch früher im Amt des Papstes dann mehr erwartet hätte.

Brillanter Minister

Maß und analytische Distanz offenbaren auch die Reflexionen über seine Erfahrungen in den Ministerjahren – unter dem „Landesvater“ Alfons Goppel (der damals schon seinen Kabinettsmitgliedern ihre Benotungen aus „Resonanzstudien“ mitteilen, ihnen jedoch einen längeren Zügel ließ) wie unter dem „Bayernherrscher“ Franz-Josef Strauß (der um der eigenen Karrierepläne in Bonn willen die Maier angetragene Kandidatur als Bundespräsident verhinderte und sich gerne in Details der Ministerien einmischte).

Die gleiche Tugend ermöglichte auch eine unglaublich erfolgreiche Politikerkarriere aus dem Nichts. Denn für den vom Reiz der Aufgabe ebenso angetan wie von Zweifeln angenagten parteilosen Seiteneinsteiger galt es zu kalkulieren, wie er sich im Dickicht von Regierung, Fraktion, Opposition und



Ein Konservativer, der viel verändert hat: der ehemalige bayerische Kultusminister Hans Maier

eigenem Haus geschickt verhalten und durchzusetzen vermöchte – und dies über eine lange Strecke in herausfordernder Zeit und angesichts einer sensiblen Öffentlichkeit. Es ist ein Erfolg geworden – ein allzu großer für manche, die den „brillanten“ (so „Die Zeit“) Kultusminister gerne etwas kleiner gehabt hätten.

Wodurch war Maiers Maß bestimmt? Stets durch Kompetenz und Verantwortung, auch durch wohlverstandenen „Eigensinn“, zu dem analytische Po-

tenz, klare Zielvorstellungen und Durchsetzungswille (um der Problemlösung willen!) befähigen: Kompromisse natürlich, aber nicht in der Substanz, und, wenn es sein muss, auch Unbeugsamkeit.

Konflikte mit der Staatskanzlei

Auf dieser Basis hat Hans Maier das politische Spiel beherrscht und Gefallen an ihm gefunden. Daher wusste er auch mit der Verfassungsnorm, nach der Minister ihre Geschäftsbereiche durchaus selbständig und unter eigener Verantwortung dem Parlament gegenüber führen, etwas anzufangen – auch um den Preis von gelegentlichen Konflikten mit der Staatskanzlei. Diese Praxis ist seit Längerem aus der Übung gekommen, seitdem jedenfalls Ministerpräsidenten nur noch alleine stark sein wollen.

Als Strauß und seine engere Entourage das Amt teilten, um einen allzu Eigenständigen zu beschneiden, hat Maier dessen Hälfte – zur offensichtlichen Überraschung – nicht akzeptiert. Er ging, durchaus mit „Bitterkeit“, aber sich treu bleibend. Die Erklärung, warum solche Unabhängigkeit selten geworden ist, lieferte er implizit wenig später bei seiner Rede zum Abschied aus dem Landtag: Die Politik leide an Politikern, die schon in jungen Jahren ihre Brücken zum zivilen Leben abbrechen. Für sie gelte: alles oder nichts; in Krisenfällen hätten sie wenig Widerstandskraft. „Sie werden immer geneigt sein, das Votum einer Partei vor die eigene Meinung zu setzen, sich von Stimmungen in der Öffentlichkeit beeindrucken zu lassen oder die Zornesausbrüche eines Vorsitzenden für Dienstanweisungen zu halten.“ Wie prophetisch!

Schon früh in seiner Amtszeit hat sich Maier daran gemacht, das Bildungssystem gründlich und für andere anerkanntermaßen vorbildhaft zu re-



formieren. Am Ende war es neu vermessen, nicht zuletzt in einer über die Maßen der theoretischen Bildung zugewandten Zeit gerade auch in seinen berufspraktischen Dimensionen.

Neu vermessenes Bildungssystem

Die Hochschulen (auch die Fachhochschulen) hatten erheblich expandiert, die Studentenzahlen sich verdoppelt; all das nicht auf Kosten von Qualität und Leistung, die für ihn nie zur Disposition standen, wie damals schon in nördlicheren Gefilden.

Über den Süden von heute schweigt Hans Maier, der stets ein zutreffendes Verhältnis zwischen Bewahren und Verändern angestrebt hat – übrigens auch schon 1968 ff. in der Universität. Heute fragt er sich, warum ihm eigentlich der Ruf des Konservativen vorausseile, da er doch so vieles verändert habe. Wahrscheinlich ist das so, weil grundstürzender Reformeifer die Ten-

denz zur Maßlosigkeit bis zur Ideologisierung in sich tragen kann. Der eine oder andere beiläufige Hinweis auf Politisierungstendenzen kultureller Ikonen und Institutionen illustriert diesen damaligen Zeitgeist trefflich.

Alles, was hier angedeutet wurde, gilt auch für die nachpolitische Zeit auf dem Guardini-Lehrstuhl mit neuen Forschungsprojekten. Es gilt ohnehin für den bekennenden, seiner Kirche und Eigentümlichkeiten der vatikanischen Regierungsweise gegenüber keineswegs blinden Katholiken. Sonst könnte ein Satz wie der folgende gar nicht entstehen: „Auf der Suche nach dem Christentum entdeckte ich die Christen verschiedener Konfessionen.“ Und bemühte mich um den ökumenischen Dialog, wäre hinzuzufügen. Dialog und Standpunkt – auch hierin zeigt sich Maß. Die Vielfalt der Kontakte und Begegnungen, von denen hier Zeugnis abgelegt wird, hinein in die Bereiche von Politik, Wissenschaft, Kirche, Literatur, Kunst und

Musik, ist unermesslich. Man fragt sich unwillkürlich, worauf all das beruht. Natürlich zuerst auf Begabung und intellektueller Neugier, auf familiärem Halt in vielfältig maßloser Zeit, auch auf Späteinflüssen der (später hätte man gesagt: reformorientierten) katholischen Jugendbewegung, auf dem intellektuellen und kulturellen Klima der Universitätsstadt Freiburg, deren Überschaubarkeit vieles Prägende auch in die Nähe junger Menschen rückt.

Und welchen Anteil hat die Zugehörigkeit zu einer Alterskohorte zwar nach der Flakhelfergeneration, aber doch schon mit wacher Erfahrung von NS-Herrschaft und Krieg sowie frühzeitigen Aufgaben im sozialen Umfeld, von der Begleitung der Umbruchs- und Aufbauzeit danach nicht zu reden? Aber man muss auch solche Belastungen, Herausforderungen und Chancen erst einmal wahrnehmen – ganz persönlich. ■

Heinrich Oberreuter



Menschen zwischen Völkern Akteure der deutsch-russischen Geschichte des 20. Jahrhunderts

(= Materialien der deutsch-russischen Historikerkonferenz in Tutzing, 25. – 29. April 2009), Moskau 2010, 262 S.

Der Band gliedert sich in die Abschnitte **Krieg und Revolution** (u.a. mit Beiträgen zur bayerischen Räterepublik, zu deutschem Geld in der russischen Revolution, zu Verfolgungen unter Hitler und Stalin sowie zur Wiederentdeckung der Bolschewiki in der deutschen Jugendrevolte der 1960er Jahre); **Frieden und Krieg** (u.a. über antiwestliche Strömungen im russischen Exil und der Weimarer Republik, Alfred Rosenbergs Massenkriegsideologie sowie zu Stalingrad); **Die Zeit des Kalten Krieges** (u.a. zum Alltagsleben von Sowjetsoldaten in Deutschland, zum sowjetischen Atomprojekt in der DDR, zu den Deutschlandexperten im ZK der KPdSU, zum Kampf um die Ostverträge in der CDU/CSU-Fraktion und zum Einfluss des SPIEGEL auf die Führung der SU) und **Innenpolitische Begegnungen** (u.a. über Alfred Herrhausen und Michael Voslenskij).

Das Buch dokumentiert intensive Forschungsbemühungen nicht zuletzt der jüngeren Forschergeneration aus ganz Russland auch jenseits des Moskauer Dunstkreises sowie die Kooperation mit der deutschen Historikerkunft jenseits ausgetretener Pfade. Es erfreut sich in Russland großer und intensiver Resonanz.

Waldemar von Knoeringen: Geistiger Vater der Akademie

Architekt der Vierer-Koalition starb vor 40 Jahren

Waldemar von Knoeringen wurde am 6. Oktober 1906 auf Gut Rechetsberg bei Weilheim geboren. Als einer der herausragenden deutschen Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts war er maßgeblich am Wiederaufbau der SPD in Bayern nach 1945 beteiligt. Sein politisches Engagement ging jedoch weit über die bayerischen Landesgrenzen hinaus.

Knoeringens politisches Wirken begann in der Weimarer Republik. Er war sowohl in Wort wie auch in Schrift ein sehr früher Gegner des Nationalsozialismus. Nach dessen Machtübernahme 1933 stand sein Name ganz oben auf seinen schwarzen Todeslisten. Zunächst flieht er nach Österreich, später in die Tschechoslowakei, von wo aus er die bayerische Widerstandsbewegung als Grenzsekretär organisierte. 1938 ging er zunächst nach Frankreich, 1939 nach Großbritannien ins Exil. Zusammen mit anderen Emigranten betrieb er von Oktober 1940 bis Juni 1942 den „Sender der Europäischen Revolution“, der sich an die Arbeiter im deutschen Sprachraum richtete. Zudem arbeitete er von 1940 bis 1943 für das deutschsprachige Programm der BBC.

Nach dem Kriegsende kehrte er nach Bayern zurück, wo er sofort wieder mit der politischen Arbeit in der SPD begann. Er wirkte an der Bayerischen Verfassung mit und wurde Landtagsabgeordneter und bayerischer SPD-Vorsitzender. Als in der ab Dezember 1946 amtierenden bayerischen Koalitionsregierung die SPD-Programmatik nicht durchzusetzen war, führte er die SPD im September 1947 in die Opposition.



Starb am 2. Juli 1971 im Alter von knapp 65 Jahren: Waldemar von Knoeringen Foto: APB-Archiv

Nach der Landtagswahl 1954 gelang es von Knoeringen, eine Viererkoalition von SPD, FDP, Bayernpartei und BHE mit Wilhelm Hoegner (SPD) als Ministerpräsidenten gegen die CSU zusammenzuschmieden. Ein positives Ergebnis der Viererkoalition im Sinne von Knoeringens war vor allem die Errichtung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Zwar trägt das Akademiegesetz nicht seine Unter-

schrift, ist jedoch von seiner Handschrift bestimmt. Ohne ihn gäbe es die Akademie nicht.

Weitere bildungs- und forschungspolitische Initiativen von Knoeringens waren die Gründung der Landeszentrale für Heimatdienst (später: für politische Bildungsarbeit) sowie die Ansiedlung des Max-Planck-Instituts für Physik und Astrophysik in München.

Kraft und Macht der Bildung

Knoeringen war Zeit seines Lebens beseelt vom Glauben an die Kraft und Macht der Bildung. Rationalität und die Überzeugung durch den Diskurs sind seine Maximen. Er war von der Rentabilität von Investitionen in Bildung und Wissenschaft überzeugt. Schon immer glaubte er an die Chance, dass durch intensive politische Bildung die Basis für ein demokratisches Nachkriegsdeutschland gelegt werden könnte.

Als Beitrag zur Sicherung der Demokratie durch eine umfassende politische Bildung gründeten von Knoeringen und die bayerische SPD 1948 die „Georg-von-Vollmar-Schule“ in Kochel am See. Er kann als früher Vordenker dessen, was wir heute die Wissensgesellschaft nennen, bezeichnet werden.

Ab 1962 zog sich von Knoeringen schrittweise von seinen politischen Ämtern zurück. In der politischen Diskussion und der politischen Bildungsarbeit blieb er aber aktiv.

Waldemar von Knoeringen starb am 2. Juli 1971 in der Klinik Höhenried am Starnberger See. Er wurde im Grab Georg von Vollmars auf dem Münchner Waldfriedhof beigesetzt. ■

Michael Schröder

„Er hatte die Gabe, die Wirklichkeit von heute und morgen oft deutlicher zu erkennen, als es manche derer vermochten, die dem bloßen Tagesgeschehen verhaftet waren.“

Willy Brandt



Stefan Köppl
Politik in Italien: Vom Kartell zum Wettbewerb?
 Parteien – Parlament – Regierung
 Politika. Passauer Studien zur Politikwissenschaft
 Bd. 5, Nomos 2011, 387 S., brosch., 49,– Euro
 ISBN 978-3-8329-6009-4

Die turbulenten Umbrüche während der 1990er Jahre ließen Italien zum Experimentierfeld mit häufigen Wahlen, institutionellen Reformen, fluiden Parteiorganisationen und entsprechend reagierendem Wählerverhalten werden. Die Studie erforscht die Auswirkungen dieser Umbrüche im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess im Dreieck von Parteien, Parlament und Regierung. Untersucht werden insbesondere die Folgen der Wahlrechtsreformen für das Parteiensystem und darauf aufbauend die Effekte des veränderten Parteienwettbewerbs im politischen Prozess zwischen Parlament und Regierung. Leitmotiv ist dabei die Frage, ob die mit der Einführung der Mehrheitswahl verbundenen Ziele, u.a. Regierbarkeit und demokratische Kontrolle, erreicht wurden. So wird die erste umfassende Analyse der aktuellen italienischen Politik vorgelegt, die Parteiensystem und zentrales politisches Entscheidungssystem verbindet. Über den Fall Italien hinaus werden damit Erkenntnisse über Effekte und Reichweite institutioneller Reformen sowie über das Verhältnis von Akteuren und Institutionen gewonnen. Stefan Köppl forscht zum Vergleich politischer Systeme westlicher Demokratien und zur europäischen Integration.



Deutschland und Russland – Partner in Europa

**THE LESSONS OF THE GREAT PATRIOTIC WAR
 FOR EUROPE OF THE XXI CENTURY**

Moskau 2011, 241 S., ISBN 978-5-91299-104-2

Die Vorträge der deutsch-russischen Konsultationen in Tutzing mit Vertretern des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften sind unter dem Titel „The Lessons of the Great Patriotic War for Europe of the XXI Century“ erschienen. In dem Band finden sich unter anderem Texte von Nikolai Schmeljow, Alexej Gromyko, Michail Nosow, Jan Philipp Engelke, Valentin Fjodorow, Horst Teltschik, Igor Maximytschew, Vladislav Below, Martin Zeil, Reinhold Bocklet und Ekaterina Timoschenkowa.

Ein Lob der Vielfalt

Heinrich Oberreuter denkt historische Erfahrungen weiter

„Die Deutschen sind einen langen Weg zur gelückten Demokratie gegangen.“ Diesen Satz hebt Heinrich Oberreuter, Professor für Politikwissenschaft in Passau und Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, gleich zu Beginn seines Buches „Wendezeiten“ hervor. Auf den folgenden gut 400 Seiten schickt er sich an, diesen Weg und seine zeitgeschichtlichen Stationen zu beschreiben.

Doch Oberreuter verfasst nur auf den ersten Blick ein Geschichtsbuch (als solches kann es freilich auch dienen), sondern er geht von der Schilderung stets sogleich in die Analyse über. Immer im Blick dabei: Was kann und muss Demokratie für den Einzelnen bedeuten, wie haben die historischen Erfahrungen Mentalitäten und Verhaltensweisen geprägt, was kann der mündige Bürger von heute aus der Zeitgeschichte lernen?

Heinrich Oberreuter

Wendezeiten

Zeitgeschichte als Prägekraft politischer Kultur
München 2010, Olzog Verlag, 384 S., 29,90 Euro
ISBN 978-3-7892-9290-3

Der Autor widmet sich dem Verlauf der Weimarer Republik mitsamt ihrem bröckeligen Fundament: der aus dem Kaiserreich verbliebenen Untertanenkultur, der hohen Zahl von Demokratiegegnern selbst an den entscheidenden Stellschrauben des Staates; oder den „Vernunftsrepublikanern“, die sich auf die Republik zähneknirschend einließen, ohne das System grundsätzlich zu bejahen. Über die Ideologie und Verbrechen der NS-Diktatur kommt Oberreuter zur Neugründung der Bundesrepublik mit ihrer wenig intensiven Vergangenheitsbewältigung, aber dafür mit einer Verfassungsentwicklung zurück zu den Menschen- und Bürgerrechten. Es handelt schließlich den DDR-Staat und die Wiedervereinigung ab und reflektiert die vollzogene Einheit.

Oberreuters Abhandlung betreibt aber keine selbstgenügsame Geschichtswissenschaft, erst recht keine simple Beweishäufung von demokratischen Errungenschaften, sondern ein Weiterdenken von historischen Erfahrungen: sozusagen die Geschichte der Geschichte. Es ist ein

Buch geworden, das vorzüglich in die Zeit passt – eine Zeit, in der einerseits das Vertrauen in die politischen Institutionen schwindet, andererseits das Interesse an Demokratie und Mitgestaltung ausgeprägt wie selten zuvor scheint. Oberreuter spannt einen breiten inhaltlichen Bogen, argumentiert aber dennoch strukturiert. Sein Stil ist erfreulich unaufgeregt ohne überflüssige sprachliche Blüten, jedoch zugleich keineswegs hölzern.

Insgesamt betrachtet gewinnt der Politologe Oberreuter über den Historiker klar die Oberhand: Ihm geht es letztlich auch um eine Analyse der heutigen Demokratie – und auch ihrer möglichen Gefährdung. „Lange Zeit war die Legitimationskrise,

die uns eingeredet werden sollte, nicht in Sicht. Die zur Mitte drängenden Volksparteien sahen sich noch in der Blüte ihrer Integrationskraft; fundamentale System-

kritik traf auf Zustimmung bestenfalls in intellektuellen Zirkeln“, schreibt er. Inzwischen habe sich die Lage geändert: Allerorten sei die Rede „von Parteien, die sich den Staat zur Beute machten und am Bürger vorbeigierten“, das Protest- und Nichtwähler-Potenzial nehme zu, manche Medien machten sich einen Sport daraus, Parteien, Politiker und Parlamente vorzuführen. Dies gehe nicht nur vom Bürger aus, vielmehr trage die Politik selbst die Schuld, indem sie um Probleme herumschleiche, schlecht mit der Bevölkerung kommuniziere und sich allzu gerne selbstreferentiell in ihrer eigenen Welt abschotte.

Oberreuters Empfehlung ist daher Vielfalt, die auch einen gewissen Konservatismus nicht ausblendet: „Politik muss zwar führen, neues Bewusstsein bilden und neue Themen setzen. Aber sie muss genauso auf konventionelle Themen und traditionelle Einstellungen antworten.“

Johann Osel
Passauer Neue Presse

Carolin Töpfer in der Starnberger SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 10. Juni 2011:

Radikales Gegenüber

Ein Theaterstück soll Schüler für die Problematik der Fremdenfeindlichkeit sensibilisieren

Die Bühne in Hörsaal 1 im Altbau der Politischen Akademie in Tutzing ist spärlich ausgestattet: Zwei Stühle und eine Tafel. Elly (Stefanie Boettger) sitzt auf dem einen Stuhl und starrt ins Publikum. Sie trägt weiße Anstaltskleidung. Ingo (Daniel Zimpel) sitzt neben ihr. Er trägt schwere schwarze Springerstiefel und eine schwarze Bomberjacke. Beide sind Figuren in einem Stück gegen Ausländerfeindlichkeit des Regensburger ueTheaters.

Elly erklärt, ihr Stuhl stehe symbolisch für die Zelle in einer Nervenheilanstalt. Ingo möchte, dass der Zuschauer sich seinen Stuhl als Pritsche in einer Gefängniszelle vorstellt. Ingo spricht laut, schreit das Publikum an. Elly redet leise und bedächtig. Beide Figuren sinnieren abwechselnd über ihre Kindheit und all die Dinge, die sie an diesen Ort gebracht haben. Die Figur der Elly ist der Regensburger Volksschullehrerin Elly Maldaque nachempfunden, die zum Ende der Weimarer Republik von den Nationalsozialisten verfolgt wurde, ihre Arbeit verlor und schließlich in die Regensburger Nervenheilanstalt kam, wo sie kurz darauf verstarb.

„Ingo ist’n Nazi. Neonazi. Einer von der gewalttätigen Sorte.“, erklärt Schauspieler Daniel Zimpel seine Rolle. Alle Eigenschaften sind Büchern wie „Unter Glatzen“ von Christiane Tramitz aus Leutstetten entnommen. Ingo erzählt im Stück von seinen gewalttätigen Eltern, falschen Freunden und Selbsthass. Vor allem aber von dem Hass auf andere und Gewalttaten gegenüber Schwächeren und Ausländern. Elly dagegen erzählt von der Liebe und ihrem Engagement für ihre Schüler. Sie glaubt an die Menschenrechte und daran, dass alle Menschen gut sein können.

Mit dieser radikalen Gegenüberstellung zweier Personen, einem Opfer des Nationalsozialismus und einem modernen Neonazi, will das ueTheater Schüler auf die Problematik rechtsradikaler Gewalt aufmerksam machen. Regisseur Kurt Raster und die beiden Schauspieler Stefanie Boettger und Daniel Zimpel können Schulen für 300 Euro pro Aufführung mieten. Das Stück ist in sechs Kapitel aufgeteilt und so geschrieben, dass es in eine Doppelstunde passt – inklusive Diskussionsrunde. Die Schauspieler fallen immer wieder aus ihren gegensätzlichen Rollen, erklären Inhalte und regen zum Nachdenken an. So soll die Problematik Schülern aller Schultypen zugänglich gemacht werden. Die Hauptfigu-

ren sind bewusst ausgewählt. Trotz ihrer unterschiedlichen Gesinnung weisen die dargestellten Lebensläufe von Elly und Ingo viele Parallelen auf. Beide kommen aus einem autoritären Elternhaus und erfahren keinerlei Zuneigung.

Am Ende verschwimmen beide Welten. Elly befindet sich in der Situation, in der die Gestapo ihre Wohnung stürmt und sie in die Klinik verschleppt. Er beschreibt, wie er auf einen Migranten-Jungen einprügelt. Zum Schluss liegen beide Darsteller regungslos auf dem Bühnenboden. In dieser beklemmenden Situation muss Regisseur Kurt Raster als erster klatschen, denn das Publikum traut sich nicht.

(siehe Bericht Seite 7-8)

Roland Töpfer im NORDBAYERISCHEN KURIER vom 23. Mai 2011:

„Das härteste Bild ist nicht das beste“

Wie weit Medien gehen dürfen

... In den Krisenregionen der Welt ist die Kamera live dabei. Mit Digitalkamera, Laptop und Satellitentelefon können Reporter von jedem Punkt der Welt blitzschnell berichten. Der Tsunami läuft quasi in Echtzeit. Doch viele Bilder, die in den Nachrichtenredaktionen einlaufen, werden gar nicht gesendet oder gedruckt. Was ist zumutbar, was ist notwendig, um den ethischen Vorgaben einer Berichterstattung zu genügen?

Für die Nachrichtenauswahl gibt es klare Kriterien, sagt Christian Wulf, Chef vom Dienst bei den Tagesthemen/ARD-aktuell (Hamburg). Relevanz, Neuigkeitswert und Aktualität gehören dazu. Die Abweichung vom Alltäglichen schafft Zuschauerinteresse. Weil Gewalt ein Teil der Lebenswirklichkeit ist, lässt sie sich nicht aus den Nachrichten verbannen. Oberstes Prinzip bleibe aber: Die Würde des Menschen ist unantastbar. „Wir zeigen keine Schwerverletzten in ihrem Leid, keine Toten und Verstümmelten, die nicht mehr erkennbar sind.“

Die Grenzen sind fließend. Beispiel Syrien. Um die Brutalität des Systems sichtbar zu machen, hat die ARD schockierende Bilder gesendet. Sie zeigen Bauchschüsse oder am Boden liegende Menschen, auf die weiter hemmungslos mit Schlagstöcken eingepöbelt wird. Ja, den Kampf um das beste Bild gibt es, räumt Wulf ein. „Nichts

ist stärker als Bilder.“ Aber ist das brutalste, das spektakulärste Bild immer das beste? Letztlich sei doch der journalistische Wert entscheidend.

Das sieht auch Gerhard Kohlenbach, Redaktionsleiter von RTL aktuell (Köln) so. Gewalt per se sei nicht publikumswirksam. Die Leute würden sensibel reagieren, wenn Bilder nicht sinnvoll sind. „Das härteste Bild ist nicht das beste. Der Tabubruch bringt langfristig keine Zuschauer. Das Publikum ist angewidert und wird sich abwenden.“ Kohlenbach sagt aber auch: „Nachrichten sind keine Kinder-

sendung.“ Da seien auch die Eltern gefordert, die einordnen und erklären müssten. Wenn die ersten Bilder des erschossenen Top-Terroristen Osama bin Laden auftauchen („irgendwann werden die Bilder kommen“), wird Kohlenbach sie vermutlich senden. Wenn Bin Laden darauf zu erkennen ist, dann sei dies die Bestätigung der Nachricht, dass er tot sei. Den zerschossenen Hinterkopf dürfe man aber nicht zeigen.

Im Content-Center von ARD-aktuell laufen alle Bilder und Nachrichten zusammen. Aber zeigen die Bilder auch immer das, was sie vorgeben zu doku-

mentieren? Die Prüfung von Bildern aus dem Internet ist aufwendig und schwierig. SM-Redakteure (SM steht für Social Media) versuchen, die Echtheit der Bilder zu checken. In Ausnahmefällen wird auch gesendet, wenn die Authentizität der Bilder nicht bewiesen ist, dann aber mit einer entsprechenden Information für die Zuschauer. „Das Internet ist immer schneller als wir“, sagt Fernsehmann Wulf. „Es bleibt aber ein Informationssteinbruch. Da muss jeder wissen auf was er sich einlässt. Wir sortieren, ordnen ein, geben Gewähr, dass es richtig ist.“

(siehe Bericht Seite 33-35)

Stefanie Lindner in der PASSAUER NEUEN PRESSE vom 27. Juni 2011
über den 14. Passauer Tetralog:

„Toleranz ist ein beständiger Kampf“

Zweifel nach innen zulassen, Toleranz nach außen tragen: Der 14. Passauer Tetralog unter dem Titel „Abraham und seine Nachkommen – Religionen im politischen und gesellschaftlichen Diskurs“ war ein Manifest mit vielen Stimmen. Joachim Gauck, Avi Primor, Hans Maier und Bassam Tibi haben als Botschafter ihres jeweiligen Glaubens, aber auch als Vertreter einer pluralistischen Ordnung der Religionen gesprochen. Mit optimistischer Grundstimmung – wenn auch deutlich wurde: Konflikte müssen sich nicht unbedingt zwischen den Glaubensrichtungen, sondern auch im Innern abspielen.

„Wie hast du’s mit der Religion“: ein Thema, das so viele Zuhörer an die Passauer Universität lockte, dass wenige Minuten vor Beginn noch ins Audimax umgezogen wurde. „14 Jahre haben wir dafür gebraucht, dass ein so großes Auditorium voll wird“, scherzte der scheidende EW-Intendant Freiherr Pankraz von Freyberg.

Nicht als die Suche nach der objektiven Wahrheit wollte Heinrich Oberreuter, Moderator des Podiumsgesprächs und Direktor der Akademie für Politische Bildung Tutzing, das Thema des Tetralogs verstanden wissen. Da sei auch die Berufung auf Abraham im Motto ein schwacher Trost, würde ja auch dessen Rolle unterschiedlich interpretiert. Das Gedenken an den Stammvater Israels verbinde uns, so Hans Maier, ehemaliger bayerischer Kultusminister und Katholik, der die Religionen durch die Globalisierung enger zusammenrücken sah. ...

Ex-Botschafter Avi Primor, der das Judentum vertrat, und der Wissenschaftler Bassam Tibi, theoretischer Begründer des modernisierten „Euro-Islams“, zeichneten ein vielschichtiges Bild ihrer Religionen. „Im Islam gibt es keine Glaubensfreiheit“, räumte Tibi ein und meinte die Möglichkeit, sich statt für Allah für einen Religionswechsel oder den Atheismus zu bekennen. Er verlangte Vielfalt innerhalb seiner Religion („Muslime müssen untereinander

Globalismus lernen“) – und konnte damit dem Bekenntnis von Bundespräsident Christian Wulff, wonach der Islam zu Deutschland gehöre, nur eingeschränkt zustimmen. „Der Islam ist nicht einheimisch, kann es aber noch werden.“ Ohnehin gebe es nicht „den“ Islam. ...

So wie der gebürtige Syrer Tibi in seinem Heimatland bei vielen nicht als gläubiger Moslem gelte, sei auch er als Liberaler kein richtiger Jude, bemerkte Primor selbstironisch. Sein Bekenntnis zur Zwei-Staaten-Lösung zwischen Israel und Palästina fand spontanen Applaus.

Joachim Gauck spannte als evangelischer Theologe und DDR-Regimegegner den Bogen von Religionsfragen weiter zum Kampf der Ideologien. Der Glaube habe vielen Menschen die Kraft gegeben, die „Götter der Zeit, das Erlösungsangebot Kommunismus zu relativieren. ...

Toleranz sei ein beständiger Kampf, so Joachim Gauck. ...

(siehe Bericht Seite 3-4)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

S e p t e m b e r

35-1* 31. August – 2. September

Neue Herausforderungen der internationalen Sicherheitspolitik

Jahrestagung der Jugendoffiziere Süddeutschlands

In Zusammenarbeit mit dem Wehrbereichskommando IV

Leitung: Uwe Löffler

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

36-1 5. – 8. September

Wirtschafts- und Sozialmodelle im Wandel

Ferienseminar 3

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

36-2 9. – 11. September

Widerstand und Auswärtiges Amt

In Zusammenarbeit mit der Ruhr-Universität Bochum und

dem Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, TU Dresden

Leitung: Michael Mayer / Manfred Schwarzmeier / Jan E. Schulte / Michael Wala

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

37-2 15. – 18. September

8. Nachwuchstagung – Sommerakademie ASIEN

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Hans-Georg Lambertz

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

37-3* 18. – 20. September

Tutzingen Radiotage

In Zusammenarbeit mit dem Projektteam Hörfunk

der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Leitung: Michael Schröder / Berthold L. Flöper

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

38-1* 22. – 23. September

Unterschiedliche Kulturen – Gemeinsames Lernen

Soziale Arbeit und interkulturelle Verständigung

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Berufsverband Soziale Arbeit (DBSH) Bayern und der Interkulturellen Akademie München

Leitung: Michael Spieker / Ulrike Faust / Katherina Friderich

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

38-2 23. – 25. September

Europa – Weg(e) aus der Krise?

Leitung: Ondrej Kalina / Gero Kellermann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Internet: www.apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

38-4* 25. – 30. September

Am Puls der Hauptstadt

Politik – Kultur – Medien – Geschichte

Studienfahrt nach Berlin

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen – erhöhte Tagungsgebühr

39-1* 26. – 30. September

Jugend und Recht

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Gero Kellermann / Günter Grunick

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

39-2* 26. – 30. September

Krisenregion Naher und Mittlerer Osten: von Palästina nach Pakistan

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Evelin Mederle

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

O k t o b e r

39-3* 2. – 7. Oktober

Philosophie vor Ort – Studienreise nach Athen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen – erhöhte Tagungsgebühr

40-1 4. – 7. Oktober

Zwischen Europäisierung, Globalisierung und Tradition: südosteuropäische Alltagskultur im Wandel

50. Internationale Hochschulwoche in Zusammenarbeit mit der
Südosteuropa-Gesellschaft München

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

40-2 7. – 9. Oktober

Das Volk gegen seine Repräsentanten?

Mehr Bürgerbeteiligung an der Demokratie

In Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern

der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)

Leitung: Michael Schröder / Armin Scherb

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Internet: www.apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

41-1* 10. – 14. Oktober

Fakultas Sozialkunde: Soziologie

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien

4. Sequenz / 4. Lehrgang

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Evelin Mederle

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

41-2* 10. – 14. Oktober

Politischer Extremismus und wehrhafte Demokratie

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Barbara Keppeler

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

41-3 14. – 16. Oktober

Japan und Deutschland: Partner in internationaler Verantwortung

Tagung zum 150. Jahrestag deutsch-japanische Freundschaft

In Zusammenarbeit mit dem Japanischen Generalkonsulat München

Leitung: Heinrich Oberreuter / Yoshie Funaki-Kobayashi

Sekretariat: Ina Rauß Tel. 08158/256-53

42-4* 17. – 19. Oktober

„Wutbürger“ in der Demokratie

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Polizeigewerkschaft

Landesverband Bayern e.V.

Leitung: Gero Kellermann

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

42-1 17. – 19. Oktober

Recht brisant

Rechtsfragen der journalistischen Praxis

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

42-2 19. – 21. Oktober

Im Namen des Lesers

Journalistische Praxis der Gerichtsberichterstattung

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

42-3 19 – 21. Oktober

Grüne Gentechnik – neue Herausforderungen für die Landwirtschaft

In Zusammenarbeit mit dem Verband des Landwirtschaftlich-

Technischen Dienstes in Bayern e.V.

Leitung: Martin Schüßler / Jochen Veit

Sekretariat: Ina Rauß Tel. 08158/256-53

Internet: www.apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

42-5 21. – 23. Oktober

Großprojekte – Technikentwicklung – Partizipation

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Heinrich Oberreuter / Thomas Krüger / Wolfgang Beer

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

43-4 24. – 26. Oktober

Von Web 2.0 bis PID – Hightech als ethische Herausforderung

Leitung: Gero Kellermann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

43-1* 24. – 28. Oktober

Sozialkunde am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Gymnasium (WSG-S)

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

43-3 28. – 30. Oktober

Ohne Partizipation keine Integration!

In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft

Kooperation in der interkulturellen Arbeit (AKIA) München

Leitung: N.N.

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

N o v e m b e r

44-1* 3. – 4. November

Fit in die Zukunft. Mit Bildung ein Leben lang gewinnen!

In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landesausschuss für Hauswirtschaft e.V.

Leitung: N.N.

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

45-1* 7. – 10. November

Schülerforum Politik: Der israelisch-palästinensische Konflikt

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Michael Spieker

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

45-2 11. – 13. November

Obamas Amerika und die transatlantischen Beziehungen

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Hans-Georg Lambertz

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

46-1* 14. – 18. November

Ethik und Politik

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldungen über die Akademie Dillingen

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

46-2* 14. – 18. November

Kulturelle Vielfalt als Ressource und Konfliktstoff

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Angelika Klemenzt-Klebl

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

46-4 18. – 19. November

Das Phänomen Macht

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP)

Leitung: N.N. / Tilman Mayer

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

46-5 19. November

Ethik in der Politik – nur ein Thema für Sonntagsreden?

Leitung: Gero Kellermann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Außenveranstaltung in Regensburg

47-1 21. – 25. November

Journalisten als Meinungsmacher

Kommentar – Leitartikel – Glosse – Rezension

Workshop mit Peter Linden

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

47-3 21. – 25. November

Russland in Europa

In Zusammenarbeit mit dem Europa-Institut der Akademie der Wissenschaften, Moskau

Leitung: N.N.

Sekretariat: N.N.

47-2 25. – 27. November

Energiewende im Klimawandel

Leitung: Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

48-1* 28. November – 2. Dezember

Grundlagen des politischen Systems und der politischen Kultur in Deutschland

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

48-2* 28. November – 2. Dezember

Gerechtigkeit – Glück – Politik

In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut München

Leitung: Michael Spieker / Peter Schmidbauer

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Internet: www.apb-tutzing.de

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter referierte bei einer Deutsch-russischen Fachtagung in Moskau über „Geistesgeschichtliche Fundamente als Rahmen der Modernisierung eines Staates“. In Tallinn hielt er anlässlich der internationalen Konferenz „Brücken bauen in Europa – Literatur, Werte und europäische Identität“ einen Vortrag zu „Mauerfall, deutsche Einheit, europäische Einigung – 20 Jahre danach“. Im Münchner Amerika-Haus sprach Oberreuter über die Perspektiven und Erwartungen an die polnische EU-Ratspräsidentschaft und debattierte dazu mit der Generalkonsulin der Republik Polen Elzbieta Sobótka. In Ruhstorf stellte er bei der Podiumsveranstaltung „Zukunftsregion Niederbayern“ Überlegungen zu „Niederbayern als Leistungszentrum zwischen Metropolregionen und ländlichem Raum“ an und diskutierte diese u.a. mit Staatsminister Martin Zeil. Beim Empfang des Kreises Rosenheim zum 1. Mai hielt Oberreuter den Festvortrag zum Thema „Politik als Show? Tendenzen zur Mediendemokratie“. In der Katholischen Akademie Bayern bestritt er ein Round-Table-Gespräch zu Chancen und Grenzen plebiszitärer Beteiligungsformen. Ebenfalls in München debattierte er anlässlich einer Veranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung mit russischen Abgeordneten über Situation und Perspektiven der deutsch-russischen Beziehungen, im Landesbeirat für Erwachsenenbildung über Probleme politischer Grundbildung und im Münchner Presseclub über die Glaubwürdigkeit der Politik als aktuelle Herausforderung der Demokratie. Beim Gartenfest überreichte ihm der Direktor der Katholischen Akademie in Bayern, Florian Schuller, das Freundeszeichen seines Hauses.

KOLLEGIUM

Dr. Saskia Hieber hielt bei den Trierer China-Gesprächen 2011 in Berlin einen Vortrag über die Beziehungen zwischen China und Russland unter Berücksichtigung militärischer Aspekte der China-Politik Russlands. Auf Einladung des Verbands der Landwirtschaftlichen Auslandspraktikanten sprach sie in München über die neuen Großmächte China und Indien.

HAUSWIRTSCHAFT

Unsere Küchenleiterin **Gertraud Lehner** ist nach 22 Jahren Dienstzeit in den Ruhestand gegangen. Ihre Nachfolgerin ist die bisherige Stellvertreterin **Marion Käsbauer**. Neu im Team der Hauswirtschaft ist als Köchin und stellvertretende Küchenleiterin **Barbara Lorenz**.

Die Hauswirtschaftshilfen **Waltraud Radner** und **Johanna Schuster** haben sich nach 30 bzw. 19 Dienstjahren ebenfalls in den Ruhestand verabschiedet. Wir bedanken uns bei den Ausgeschiedenen für ihren unermüdlichen Einsatz und ihr Engagement zum Wohl unserer Tagungsgäste.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

.....
Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße..... PLZ..... Ort.....

Tel..... E-Mail.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing